

Aktuelle Chronik

Chronik der politischen Entwicklung Asiens vom 1. April bis 30. Juni 1973

UWE G. FABRITZEK

Erklärtes Ziel der Aktuellen Chronik ist eine umfassende Information über die relevanten Ereignisse in Asien im Berichtszeitraum. Die zugrunde gelegten Quellen werden aus dem nachstehenden Abkürzungsverzeichnis ersichtlich, wobei Verweise auf Zeitungsartikel in der Regel als Hinweise auf ausführlichere Darstellungen und Hintergrundinformationen zu verstehen sind.

Eine Aufnahme von Dokumenten ist wegen des begrenzten Umfangs nicht vorgesehen, doch bestimmt hier die Ausnahme die Regel.

Zur Gliederung: Die Chronik ist in die Regionen Süd-, Südost- und Ostasien unterteilt. Innerhalb der einzelnen Regionen wird die Entwicklung der Staaten detailliert dargestellt, wobei zumeist eine Unterteilung in Inneres, Wirtschaft und Äußeres vorgenommen wurde.

Der Berichtszeitraum umfaßt jeweils das volle Quartal, das vor dem Erscheinungsmonat des Internationalen Asienforums liegt. Wenn nicht anders vermerkt, beziehen sich die angegebenen Daten der Quellen sämtlich auf das Jahr 1973.

Abkürzungen

ADN	– Amtliche Deutsche Nachrichtenagentur, DDR
AFP	– Agence France Press, Frankreich
AIR	– All India Radio, Indien (nach MD)
ATA	– Albanian Telegraph Agency
BTA	– Bulgarian Telegraph Agency
CTK	– Československá Tisková Kancelár (Agentur der CSSR)
DPA	– Deutsche Presseagentur, BRD
FCN	– Free China News, Taipeh
FAZ	– Frankfurter Allgemeine Zeitung
FE	– Summary of World Broadcasts, Part 3, The Far East, BBC London
FEER	– Far Eastern Economic Review, Hongkong
HNA	– Hsinhua News Agency, Daily Bulletin, London
ISI	– Indian Standards Institutions, Rundfunk Indien
Isv	– Isvestija, Moskau
JAT	– The Japan Times, Tokio
JMJP	– Jen-min Jih-pao (Volkszeitung), Peking
KCNA	– Korean Central News Agency, Nordkorea
KMJP	– Kuang-ming Jih-pao, VR China
Kr. Sv.	– Krasnaja Svesda, Moskau
MD	– Monitor-Dienst der Deutschen Welle, Köln
MENA	– Middle East News Agency, Ägypten
MTI	– Magyar Távírási Iroda, Nachrichtenagentur Ungarns
NCNA	– New China News Agency, VR China
ND	– Neues Deutschland, DDR
NZ	– Neue Zeit, Moskau
NZZ	– Neue Zürcher Zeitung
PAP	– Polska Agencja Prasowa, Nachrichtenagentur Polens

Pr	— Prawda, Moskau
PR	— Peking Rundschau, Peking
R.	— allgemein für Radio
RD	— Rabotnicesko Delo, Bulgarien
RP	— Radio Peking
SCMP	— South China Morning Post, Hongkong
SZ	— Süddeutsche Zeitung, München
TASS	— Telegrafnoje Agenstwo-Sowetskowo Ssojusa, UdSSR
TST	— The Straits Times, Manila
USIS	— United States Information Service
VNA	— Vietnam News Agency, Nordvietnam
W	— Summary of World Broadcasts, Part 3, The Far East, Weekly Report

I. Südasien

1. Afghanistan

Inneres und Wirtschaft Im Rahmen der Neuorganisation des Gesundheitswesens werden insgesamt 150 Gesundheitszentren errichtet, jedes von ihnen ist für etwa 40–50 000 Menschen zuständig. Das Land ist in mehrere Gesundheitszonen unterteilt, die alle ein großes Krankenhaus haben; das Programm kostet insgesamt 450 Mio. Afghani (NCNA 1. 5.). Der vom Parlament angenommene Entwurf des 4. Fünfjahresplanes sieht Kapitalinvestitionen in Höhe von 30,93 Mio. Afghani für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung vor, 49% mehr als im Vorjahr. Das Sozialprodukt soll um 25%, das Pro-Kopfeinkommen um 12,5% ansteigen (Tass 14. 5. W 725). Mit Hilfe einer Fünf-Jahres-Kampagne gegen das Analphabetentum sollen mehr als 2 Mio. Analphabeten (Alter 18–25 Jahre) unterrichtet werden. In 14 wirtschaftlichen Entwicklungsprojekten in 12 Provinzen sollen im ersten Jahr Grundschulen errichtet werden, wozu 500 erfahrene Lehrer herangezogen werden sollen. Etwa 85% der 17 Mio. Einwohner Afghanistans sind Analphabeten (NCNA 6. 6.).

Äußeres Vom 21.–25. Mai besuchte der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Nikolai Podgorny, Afghanistan. Er wurde u. a. von König Mohamed Zahir Shah und dem Regierungschef empfangen, die Gespräche betrafen vor allem die Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten, nicht ohne daß Podgorny die Gelegenheit zu einem Plädoyer für das asiatische kollektive Sicherheitssystem nutzte. Im gemeinsamen Kommuniqué wurde „die erfolgreiche Verwirklichung des beidseitigen Abkommens über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit (vom 11. 7. 1972) (als) einer der wichtigsten Faktoren des Aufschwungs der Wirtschaft Afghanistans“ hervorgehoben (Tass 21., 24., 27. 5., FE 4302, 04, 06). Der Besuch Podgornys ist dabei nur äußeres Anzeichen für den zunehmend stärker werdenden Einfluß Moskaus in Afghanistan, nachdem die USA in den letzten Jahren ihre Hilfeleistungen einschränkten. Nach sowjetischen Angaben wurden insgesamt 70 Objekte mit technisch-wirtschaftlicher Unterstützung der SU realisiert, vor allem Industriebetriebe, Kraftwerke, Straßen etc. (R. Moskau 6. 6. W 728). Vom 13.–16. Mai wurde in Kabul eine Sitzung des vorbereitenden Komitees der 16 Staaten für die 4. Konferenz der Staatsoberhäupter der blockfreien Staaten abgehalten (Tanjug 14.–16. 5. FE 4297 98, 99). Im Verhältnis zu Pakistan ergab sich eine ernste Verstimmung, die Mitte Mai zur Schließung der Grenze für 15 Tage führte. Afghanistan ist über die Behandlung der Pathanen in der an Afghanistan grenzenden NWFP verärgert, was auch durch Rundfunksendungen, in denen Bhutto davor gewarnt wurde, daß Afghanistan es nicht dulden werde, daß das Selbstbestimmungsrecht der Pathanen „mit Füßen getreten“ werde, deutlich wurde (SZ 16. 5.).

2. Bangla Desh

Inneres Am 7. 4. wurde das am 7. 3. gewählte 310köpfige Parlament vereidigt. Mit Ausnahme von 5 unabhängigen und 2 Oppositionsmitgliedern gehören alle Abgeordneten der Awami-Liga an. Zum Sprecher der Verfassungsgebenden Versammlung wurde erneut Mahmoodullah gewählt (Dawn 8. 4.). Abu Sayeed Choudhury wurde am 8. 4. wieder zum Präsidenten gewählt und am 10. 4. vereidigt (ANSA 9., 10. 4. NZZ 10. 4.). Bei den notwendigen Nachwahlen Mitte

Mai erhielt die Awami-Liga zwei, die NSR (Nationale Sozialistische Partei) einen, einer ging an die Unabhängigen (Dawn 23. 5.). Mitte April wurde eine Liste mit den Personen veröffentlicht, denen die Staatsbürgerschaft aberkannt wird, weil sie seit der Unabhängigkeit des Landes im Ausland (d. h. Pakistan) leben; unter ihnen sind in erster Linie im einstigen Ostpakistan geborene Politiker (JAT 23. 4.). Am 15. 5. beschloß die Regierung eine Amnestie für unter dem Kollaborateur-Sondertribunal 1972 Verurteilte, die sich auf Personen beschränkte, die sich keiner Verbrechen oder „ernsthafter“ politischer Vergehen schuldig gemacht haben (R. Dacca 16. 5. FE 4298, Tass 17. 5.). Von der Amnestie sind etwa 20 000 Personen betroffen. Fast gleichzeitig bestätigte die Regierung ihre Absicht, Kriegsverbrecherprozesse gegen 195 gefangene Pakistani (trotz des Protestes Pakistans beim Internationalen Gerichtshof) durchzuführen (AIR 23. 5.). Die Ruhe im Inneren des Landes ist noch nicht wieder hergestellt. Am 15. 5. rief die maoistische NAP zu einem achtstündigen Generalstreik auf, um die Forderungen des Parteivorsitzenden Maulana Bhashani zu unterstützen, der im wesentlichen die Senkung der Lebensmittelpreise, die Beendigung der „Unterdrückungskampagne“ gegen die Opposition und die Wiederherstellung der Ordnung im Lande verlangt. Bhashani brach am 22. 5. seinen Hungerstreik ab, nachdem weitere Oppositionsführer zusagten, an einer Massenprotestkampagne teilzunehmen (AFP 21. 5., Dawn 24. 5.). Bei Zusammenstößen zwischen Anhängern der Awami-Liga und der NSP Ende Mai kam es zu Zwischenfällen in Narsinghdi, Pabna, Bogra und weiteren Städten, bei denen es mehrere Tote und Verletzte gab (JAT 29. 5., NZZ 30. 5.). Die KP rief ihre Mitglieder zum Kampf gegen die Opposition auf (Tass 5. 6.) und warnte sowohl vor chinesischen wie vor „reaktionären“ Kräften (Tass 11. 6. FE 4319). Im Juni wurde die Existenz einer Untergrundbewegung mit dem Namen „Muslim Bangla“ bekannt, die sich aus von der Entwicklung seit der Unabhängigkeit Enttäuschten zusammensetzten und zunehmenden Einfluß in mehreren Distrikten des Landes haben soll (Dawn 13. 6.). Ende Juni traten etwa 3000 Strafgefangene und Untersuchungshäftlinge im Zentralgefängnis von Dacca in den Hungerstreik, um gegen die unzureichende Ernährung und ärztliche Versorgung zu protestieren (FAZ 25. 6.). Am 20. 6. erließ Rahman eine Direktive gegen die Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz, da nach der Verfassung Männer und Frauen gleichberechtigt sind (R. Dacca 20. 6.). Der Wohlfahrtsminister Rahman Choudhury trat am 18. Mai von seinem Posten zurück; seine Ämter werden vom Arbeitsminister mitverwaltet (R. Dacca 30. 5.).

Wirtschaft Naturkatastrophen wie ein Wirbelsturm im April und Überschwemmungen im Mai und Juni kosteten mehrere tausend Menschenleben und richteten große Ernteschäden an. 31 000 qkm (etwa 25% der gesamten Fläche) standen unter Wasser, fast die Hälfte der Ernte soll vernichtet worden sein (FAZ 21. 4., NZZ 15. 5.). Am 25. 4. erklärte der Minister für Bodenschätze, Mafiz Choudhury, daß die Regierung einen Plan zur Nutzung von Bodenschätzen erstelle und daß mit einer Reihe von Staaten Verhandlungen über die Erschließung insbesondere von Erdöl im Gange seien (R. Dacca 21., 25. 4.). Premier Rahman warnte am 30. 4. erneut vor Korruption und der Aktivität der „antisozialen Elemente“ anläßlich einer Ansprache vor der Universität Ganabhanan (R. Dacca 30. 4. FE 4285). Um die durch Naturkatastrophen ausgefallene Ernte zu sichern, wurden offiziellen Angaben zufolge Verträge abgeschlossen, um 2,5 Mio. t Nahrungsmittel einzuführen (R. Dacca 9. 5. W 724). Der Verkauf von Jute soll für das laufende Finanzjahr 250 Mio. Taka erbringen (R. Dacca 11. 5. W 725). Angesichts der schwierigen Situation äußerte sich Finanzminister Ahmed besorgt über die Wirtschaftslage, die nach seinen Worten „kurz vor dem Zusammenbruch“ stehe (SCMP 14. 5.). Am 22. 6. gab Industrie- minister Nazrul Islam vor dem Parlament bekannt, daß nahezu 98% der verstaatlichten Industrien die Produktion aufgenommen haben (R. Dacca 22. 6. W 730). Der Haushaltsplan für 1973/74 wurde am 14. 6. vorgelegt und sieht einen Überschuß von 109 Mio. \$ vor. 16% des Haushaltes (64–86 Mio.) sind für Verteidigungsausgaben vorgesehen. Die Gesamteinnahmen werden auf 3743 Mio., die Ausgaben auf 2953 Mio. Taka veranschlagt, wobei die erhöhten Einnahmen mit 10% auf geplante Steuererhöhungen entfallen. Die Ausgaben sehen eine Erhöhung um 30% vor, wobei das Erziehungswesen mit 598 Mio. Taka an der Spitze steht, während das Entwicklungs- und Wiederaufbauprogramm ein Volumen von 525 Mio. Taka hat. Die geplanten Steuererhöhungen betreffen die Anhebung der Einfuhrzölle, während die 50%ige Importsteuer auf alle groben Baumwollgewebe entfallen soll (R. Dacca 14. 6. W 729, Dawn 16. 6.). Der erste Fünfjahresplan beginnt am 1. 7., seine Aufgabe im ersten Jahr besteht darin, „die Grundlagen für die langfristige sozialistische Entwicklung des Landes zu

schaffen"; Hauptziele sind die Selbstversorgung bei Nahrungsmitteln und Bekleidung, Vollbeschäftigung und die Neuverteilung des Nationaleinkommens (Tass 29. 6.). Die Jute-Industrie nimmt mit 80% der Devisenerlöse die Hauptrolle in der Wirtschaft ein. Diese Abhängigkeit von einem einzigen Produkt macht die Wirtschaft des Landes verwundbar und schafft außerdem eine Reihe von sozialen Risiken, wobei hinzukommt, daß seit der Unabhängigkeit auf diesem Bereich keine Fortschritte zu verzeichnen sind. Seit ihrer Verstaatlichung hat die Juteindustrie eine Einbuße in Höhe von 10 Mio. £ erlitten. Das für 1972/73 anvisierte Exportziel von 400 Mio. US-\$ wird um etwa 100 Mio. \$ verfehlt werden, was weitreichende Auswirkungen für die gesamte Wirtschaft hat (Dawn 25. 6., NZZ 29. 6.).

Äußeres/Allgemein Am 31. 3. und 1. 4. fand in Dacca eine internationale Konferenz über die Entwicklung Bangla Deshs statt, auf der 17 Geberländer versuchten, den Bedarf des Landes an kurz- und mittelfristiger Entwicklungshilfe abzuschätzen. Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß nach der Überwindung der ersten Notstandsphase der Ausbau der Landwirtschaft und die Familienplanung im Mittelpunkt stehen müssen. Wenn auch keines der Geberländer (unter ihnen Rumänien und Jugoslawien) verbindliche Zusagen machte und auch nicht feststeht, ob nach dem Vorbild Indiens ein Hilfskonsortium gebildet wird, wurde der Regierung bescheinigt, daß sie große Hilfe zu günstigen Konditionen benötige, um die Situation zu meistern. Das Problem der Schuldentrückzahlung nimmt eine wichtige Rolle ein, da mehrere Geberländer erst dann neue Verpflichtungen eingehen wollen, wenn sich eine Lösung für die alten Schulden abzeichnet. Schwierigkeiten ergaben sich auch daraus, daß Pakistan die Haltung vertritt, daß mindestens ein Drittel der gesamten Auslandshilfe in Höhe von etwa 4 Mia. US-\$ in die damalige Ostprovinz geflossen sei und Bangla Desh deshalb auch dafür als Schuldner Verantwortung trage (Dawn 1. 4., R. Dacca 31. 3., NZZ 11. 4.). Vom 23.-5. 5. fand in Dacca eine „Asiatische Friedenskonferenz“ statt, an der 150 Delegierte und zahlreiche Gäste teilnahmen. Die Schlußdeklaration hebt hervor, daß die Zusammenarbeit der asiatischen Völker auf den Grundsätzen der Ablehnung von Gewaltanwendung, der Achtung der territorialen Unversehrbarkeit, der Integrität, der Souveränität und der Nichteinmischung in interne Angelegenheiten beruhen müsse (R. Dacca 23. 5., Tass 25. 5., ADN 26. 5.). Die UNO wurde von Mujibur Rahman um Hilfe bei der Rückführung von etwa 15 000 Bengali aus Pakistan ersucht, wozu auch vier Sonderdelegierte nach den USA, Kanada, West- und Osteuropa sowie dem Nahen Osten entsandt wurden (R. Dacca 11. 4., JAT 30. 4.). Am 18. 4. wurde Bangla Desh in die ECAFE aufgenommen; die VR China stimmte als einziges Land dagegen (JAT 19. 4.). **Asien:** Außenminister Kamal Hossain besuchte vom 13. bis 17. 4. I n d i e n zu Gesprächen mit Swaran Singh, die nach dem Schlußkommuniqué eine „volle Übereinstimmung“ auf allen Gebieten erbrachten (R. Delhi 13., 17. 4. FE 4272, 73). Im Mittelpunkt stand wieder die Frage nach dem Austausch der etwa 200 000 in Pakistan lebenden Bengalen mit den etwa 250 000 Bihari in Bangla Desh sowie die Freilassung der pakistanischen Kriegsgefangenen in Indien und die Kriegsverbrecherprozesse in Dacca. Die demonstrative Übereinstimmung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Lösung dieser Frage weiter denn je entfernt ist, da Dacca die Aufnahme von direkten Kontakten über diese Fragen von einer Anerkennung durch Pakistan abhängig macht, das dazu nicht bereit ist. Zwar wurde am 17. 4. zwischen Indien und Bangla Desh eine „Gemeinsame Erklärung“ unterzeichnet, nach der Bangla Desh der Repatriierung der Kriegsgefangenen in Indien zustimmte, wenn Pakistan die Bengalen freiließe und sich bereit erkläre, die Bihari aufzunehmen, doch folgten dieser Erklärung keine Taten (NZZ 19. 4., FAZ 15. 5.). Am 21. 5. kam der Planungsminister W. P. Dhar nach Dacca, wo er eine Reihe von Abkommen unterzeichnete. Indien erklärte sich u. a. bereit, weitere 600 Mio. Rupien als kurz- bzw. langfristigen Kredit zu gewähren; 350 Mio. Rupien davon werden zu „weichen“ Bedingungen für sofortige Verfügung bereitgestellt. Ein kurzfristiger Kredit von 150 Mio. wurde für den Kauf von Baumwolltextilien bewilligt. Bei einer Reihe weiterer Projekte, beispielsweise einer Baumwolltextilfabrik und einem Eisenerzprojekt will Indien Hilfestellung leisten. Zum Grenzhandel erklärte Dhar, daß es keine Möglichkeit für die Wiedereinführung des unbegrenzten Grenzhandels im Hinblick auf die vergangenen Erfahrungen und Komplikationen gäbe (R. Dacca 21., 25. 5. W 726). Nachdem am 18. 5. ein Abkommen über die Anwendung des 80-Mio.-Rupien-Kredits für die Entwicklung des Eisenbahnwesens unterzeichnet wurde, bot Indien Kredite für die Ausrüstung des Eisenbahnbaus an. Auch an einer Reihe weiterer Industrieprojekte sowie an einem Projekt zur Regulierung des Ganges wird Indien mitwirken (R. Dacca 18., 25. 5. W 726). Am 4. 6. reiste Handelsminister A. H. Kamaruzzaman nach

Delhi, um ein neues Handelsabkommen zu unterzeichnen (R. Delhi 4. 6. FE 4313). Im Handel zwischen beiden Staaten hat sich ein großes Ungleichgewicht zugunsten Indiens ergeben, was für Bangla Desh problematisch ist, als es nach den Vertragsbedingungen des Abkommens vom März 1972 das Defizit in Devisen ausgleichen muß. Während das Abkommen einen Warenaustausch in Höhe von 250 Mio. Rupien vorsah, exportierte Bangla Desh nur Waren im Werte von 50 Mio., während es für 90 Mio. Rupien importierte. Von den vorgesehenen Waren wie Fisch, Jute, Molasse und Gewürzen im Werte von 180 Mio. Rupien wurden jedoch nur Fisch im Wert von 8 Mio. (anstelle von 90 Mio.) und Jute im Werte von 10 (anstelle von 70 Mio.) Rupien exportiert (Dawn 16. 6.). **Afrika:** Der Außenminister Ägyptens, Sayat, hielt sich am 24. 3. in Banga Desh auf, wobei er seinem Gesprächspartner Hossain die Hilfe bei der Normalisierung der Beziehungen zu Pakistan zusagte (JAT 26. 3.). Mit Algerien wurde zum Abschluß des Besuches einer Delegation am 24. 3. in einem Kommuniqué die Bedeutung der für den September geplanten Konferenz der Blockfreien Staaten herausgestellt (Tanjug 26. 3.). **Europa:** Am 28. 5. wurde der Sonderbotschafter Siddkui von Außenminister Walter Scheel empfangen, dem er einen Brief an Bundeskanzler Brandt mit der Bitte um Vermittlung mit Pakistan und der Hoffnung auf eine verstärkte Hilfe aus der Bundesrepublik übergab (FAZ 30. 5.). Am 4. 6. wurde ein Abkommen unterzeichnet, nach dem die BRD für das Telekommunikationszentrum in Khulna Experten und Ausrüstung entsenden wird (R. Dacca 4. 6. W 728). Schweden erklärte sich am 16. 5. bereit, weitere 75 Mio. Kronen als Hilfe für den Wiederaufbau und die Entwicklung zur Verfügung zu stellen. Das Abkommen sieht vor, daß fast der ganze Betrag für die Finanzierung bestimmter Entwicklungsprojekte zu verwenden ist (R. Dacca 16. 5. W 725). Zusammen mit der Internationalen Entwicklungsgesellschaft (IDA) wird Schweden 24,5 Mio. \$ für ein Projekt zur Lagerung und Verteilung von Nahrungsgetreide zur Verfügung stellen (R. Dacca 22. 5.). **Sozialistische Staaten:** Die UdSSR unterstützt Bangla Desh weiterhin nachhaltig. Am 21. 4. erklärte die Sowjetunion, daß sie Bangla Desh zwei Passagierflugzeuge zur Verfügung stellen werde, die demnächst geliefert werden sollen (R. Dacca 22. 4. W 721). Außerdem lieferte die UdSSR 10 MIG-21-Düsenflugzeuge, die in Einzelteilen im Hafen Chittagong eintrafen und Bestandteil der Militärhilfe sind, die Moskau 1972 zugesichert hatte (NZZ 28. 4.). Am 28. 4. wurde ein Abkommen über die Versorgung mit Ausrüstungsgütern und Experten eines 110 Megawatt-Kraftwerkes bei Ghorasal unterzeichnet (R. Dacca 28. 4. W 722). Alle von der UdSSR im Hafen von Chittagong gehobenen Schiffe sollen ein Geschenk für das Volk von Bangla Desh und ein Zeichen der Freundschaft sein. Der Wert der insgesamt 15 Schiffe, von denen 10 gehoben sind, wird auf 90 Mio. Taka geschätzt (R. Dacca 15. 4. W 721). Über diese sowjetische Arbeit im Hafen von Chittagong kam es zu Auseinandersetzungen zwischen der SU, der Bundesrepublik und Japan. Moskau verwarnte sich energisch gegen die von der „Deutschen Welle“ und der japanischen Zeit „Sankei Shimbun“ aufgestellten Behauptung, daß der Hafen in „sowjetischer Hand“ sei und daß die SU eine Marinebasis errichte (Tass 21. 4., NCNA 7. 6.). Am 13. 6. wurde ein Abkommen über die Lieferung von 4 MI-8-Hubschraubern für Rettungsarbeiten unterzeichnet. Die UdSSR will bis April 1974 auch die Kosten für diese Flugzeuge übernehmen (R. Dacca 13. 6. W 729). Ein Abkommen über den Luftverkehr wurde mit der DDR am 22. 6. zum Abschluß des Besuches einer Delegation aus Ost-Berlin in Dacca unterzeichnet (R. Dacca 23. 6. W 730). Ein Abkommen über einen Kredit in Höhe von 4 Mio. £ wurde am 23. 6. mit Bulgarien vereinbart; er soll primär für die Weiterentwicklung und Fertigstellung verschiedener Projekte verwendet werden (Laufzeit 12 Jahre, Aufschub 2 Jahre) (R. Dacca 23. 6. W 730). Mit Jugoslawien wurde anlässlich des Besuches von Ministerpräsident Bijedic vom 25.–28. 3. ein Abkommen über technische Zusammenarbeit, eines über einen Kredit in Höhe von 420 Mio. Taka für den Ausbau des Hafens Chalna vereinbart (Tass 27. 3., Dawn 29. 3.). Die CSSR erklärte sich bereit, einen Kredit in Höhe von 5 Mio. £ zu gewähren; ein entsprechendes Abkommen wurde am 27. 4. unterzeichnet (R. Dacca 27., 27. 4. W 722). **Amerika:** Mit den USA wurde am 29. 5. ein viertes Hilfsabkommen abgeschlossen, das eine weitere Unterstützung im Werte von 45 Mio. \$ vorsieht (Dawn 31. 5.). Ein weiteres Abkommen über die Unterstützung bei Programmen für die Familienplanung im Werte von 1,5 Mio. \$ wurde am 11. 5. unterzeichnet (R. Dacca 11. 5. W 725). **Sonstiges:** Der Libanon anerkannte Bangla Desh am 29. 3., Ägypten schloß sich diesem Schritt am 2. 5. an (Dawn 29. 3., R. Dacca 29. 5.).

3. Indien

Inneres Die innenpolitische Situation ist von einer zunehmenden Instabilität, bedingt durch die politisch-wirtschaftliche Entwicklung und eine Unrast in mehreren Provinzen gekennzeichnet, die Anzeichen für eine Unterhöhnung der Regierungsautorität sind. Die KP Indien meldete für 1972 einen Zuwachs um 30 000 Mitglieder auf insgesamt 254 673; Bihar ist mit mehr als 40 000 die größte Organisation der KP (Tass 7. 4.). Das Oberste Gericht entschied am 24. 4., daß die 24. Verfassungsänderung (die das Parlament ermächtigt, jeden Teil der Verfassung einschließlich des Kapitels über die Grundrechte abändern zu können) gültig sei (AIR 24. 4.). Auf Kollisionskurs mit der Justiz geriet Frau Gandhi, als sie beim Nachfolger für den Obersten Richter vom üblichen Prinzip des Dienstalters abwich und den in der Rangfolge an 4. Stelle stehenden Ayit Nath Ray ernannte, eine offensichtlich politisch motivierte Entscheidung. Als Protest dagegen traten die übergangenen Richter zurück, die Anwaltsvereinigung erklärte sich mit ihnen solidarisch (R. Delhi 26. 4. FE 4281 NZZ 8. 5.). In mehreren Reden beschuldigte Frau Gandhi die Opposition, das Volk irrezuführen und das Niveau der Politik herabzusetzen, wobei sie sich energisch gegen den Vorwurf wehrte, das Land zum Kommunismus zu führen. „Unsere Partei bewegt sich nicht auf den Kommunismus zu und wird diese Richtung auch nicht einschlagen“ (ISI 6. 5.). Im Hinblick auf die Kongresspartei erklärte sie, daß diese vor ihrer „größten Prüfung“ stehe, wozu sie u. a. die Parteijugend aufforderte, zur Lösung der bevorstehenden Aufgaben beizutragen, in die Dörfer und Fabriken zu gehen, um die Politik von Partei und Regierung zu erläutern (ISI 15. 5.). In Uttar Pradesh kam es Mitte Mai zu einer Revolte von Tausenden Polizisten gegen die Armee, als diese die Polizei entwaffnen wollte: es gab über 50 Tote, einige Hundert Verletzte (FAZ 24. 5. NZZ 17. 6.). Bis Mitte Juni wurden 1042 Personen verhaftet, unter ihnen der Präsident der Polizeigewerkschaft. Frau Gandhi forderte wegen dieser Zwischenfälle den Rücktritt von Regierungschef Kamalapatne Tripathi, worauf am 12. 6. die Provinz unter president's rule gestellt wurde (R. Delhi 10., 13. 6. FE 4318, 20). Zu Unruhen kam es auch in Kaschmir im Zusammenhang mit islamischen Protesten gegen den Inhalt eines 1888 veröffentlichten britischen Schulbuches (NZZ 25. 5.). In Bihar kam es zum Rücktritt der Regierung wegen innerer Zerwürfnisse der Kongreßpartei und zu Abwahl des Ministerpräsidenten Kedar Pandey (mit 155 gegen 79 Stimmen, 8 Enthaltungen). Damit war die 13. Regierung seit den Wahlen 1967 in Bihar zurückgetreten (NZZ 26. 6.). Neuer Chefminister wurde Abdul Gafoor (R. Delhi 29. 6. FE 4335). Die Lok Sabha wurde durch eine Verfassungsänderung um 20 auf 545 Mitglieder erhöht (R. Delhi 8. 5. FE 4291). Das Ressort des durch einen Unfall ums Leben gekommenen Ministers für Stahl und Bergbau wurde interimistisch von Frau Gandhi übernommen (NZZ 8. 6.).

Wirtschaft Mit der Kollektivierung des Weizengroßhandels vom 1. April an hat sich die Regierung auf ein zweifelhaftes Unterfangen eingelassen. Durch diese Maßnahme wurden 8 Millionen Großhändler durch die staatliche Food Corporation of India (FCI) ersetzt, die bisher 5–7 Mio. t Getreide, künftig aber 30–40 Mio. t vertreiben soll. Das eigentliche Ziel der Maßnahme, durch sozialistische Marktwirtschaft dem Land zu größtmöglicher Autarkie zu verhelfen, scheint auf diesem Wege kaum erreichbar (R. Delhi 1. 4. W 719, AIR 5. 4., ISI 6. 4., NZZ 5. 5.). Eine Verstaatlichung des Import-Exporthandels hat dagegen Handelsminister Chattopadhyaya ausgeschlossen (AIR 9. 4.). Anfang April legte eine Lohnkommission das Ergebnis ihrer dreijährigen Arbeit auf 5000 Seiten vor, die im wesentlichen Empfehlungen zur Vereinfachung der Gehaltsstruktur und zur Anhebung der Gehälter für 3 Millionen Beamte und Angestellte sowie 1 Million Angehörige der Streitkräfte enthält. Die Vorschläge kosten die Regierung 1,44 Mia. Rupien jährlich mehr, ohne eine befriedende Lösung bringen zu können. Die untersten Angestellten sollen statt 160 künftig 185 Rupien monatlich erhalten, obwohl eine Allindische Arbeiterkonferenz 314 Rupien monatlich als Minimum bezeichnete. In Landwirtschaft und Industrie werden weitaus geringere Löhne bezahlt. Statt der bisher über 500 Gehaltskategorien sind künftig nur 80 vorgesehen (NZZ 11. 4.). Die Versorgungslage verschlechterte sich im Laufe des April erheblich und führte zu Hungersnöten in verschiedenen Teilen des Landes. Ursache war neben der rückläufigen Wirtschaftsentwicklung auf vielen Gebieten die Verstaatlichung des Weizenhandels, die zu einem Zusammenbruch des Vertriebsgeschäftes geführt hatte (AIR 16. 4. ISI, 30. 4. NZZ 3. 5., 3. 6.). War die landwirtschaftliche Produktion 1970/71 um 7,3% gestiegen, so fiel sie 1971/72 um 1,7% und 1972/73

um etwa 7⁰%. Die Produktion von Nahrungsgetreide sank von 108 Mio. (1970/71) auf 104 Mio. (1971/72), für 1972/73 wird ein Rückgang auf unter 100 Mio. t erwartet. Im Industriesektor stieg die Wachstumsrate auf etwa 7⁰% für 1972, doch kann die Stromknappheit, die zur Schließung zahlreicher Betriebe führte, 1973 ein niedrigeres Ergebnis bewirken. Die Zahlungsbilanz verschlechterte sich von einem Devisenvorrat von 1,164 Mia. Rupien 1971/72 auf ganze 598 Mio. im Finanzjahr 1972/73, was in erster Linie auf die drastische Reduzierung der amerikanischen Kapitalhilfe bei steigenden Rückzahlungsverpflichtungen zurückzuführen ist. Das reale Pro-Kopf-Einkommen ging 1971/72 um 1⁰%, 1972 um 2,7⁰% zurück (NZZ 3. 5., 3. 6.). An dieser negativen Perspektive können die Erfolgsmeldungen auf einigen Gebieten nichts ändern; die staatliche Elektronik-Gesellschaft erhöhte ihre Produktion 1973 mit einem Gewinn von 10 Mio. Rupien um 100⁰% (AIR 11. 4.); die Kaffeexporte erreichten mit 48 000 t (Wert 310 Mio. Rupien) und einer Steigerungsrate von 42⁰% einen Rekordwert (AIR 8. 5.). Die Pläne für einen Ausbau des Erziehungswesens (Kosten 11 Mia. Rupien) für die Jahre 1974–1979 sowie für den Ausbau der petrochemischen Industrie nehmen sich gegen die Meldung, daß in Orissa fast 10 000 Dörfer ohne Trinkwasserversorgung sind (Times of India 5. 5.) allerdings nicht wie Erfolgsmeldungen aus. Am 7. 5. legte die Planungskommission die Richtlinien für die Landreformen vor, die eine Verteilung des überschüssigen Teils des an die Regierung übertragenen Bodens innerhalb von 12 Monaten, die rechtzeitige Bereitstellung von Produktionsmitteln und Investitionshilfen als Hauptpunkte vorgesehen. Nicht Zivilgerichte sollen in die Durchführung der Landreformen mit einbezogen werden, sondern „reisende Gerichte“ (ISI 7. 5.). Planungsminister Dhar verteidigte vor dem Oberhaus am 19. 5. die Ziele des Wirtschaftsplanes und die Übernahme des Weizengroßhandels, wobei er auf das angestrebte Ziel – den Abbau der Ungleichheit und die Selbstversorgung hinwies (ISI 20. 5.). Das Verteidigungsministerium arbeitet an einem fünfjährigen Verteidigungsplan für 1974–1979, der in den Wirtschaftsplan des Landes eingebaut werden soll (R. Delhi 4. 5. FE 4288). (Zur Situation in Uttar Pradesh vgl. NZZ 24. 6. 73, zum Tierschutz in Indien SZ 16. 4.)

Außenpolitik/Asien Die Regelung der Verhältnisse auf dem Subkontinent steht nach wie vor im Mittelpunkt. Am 1. 4. entsandte Frau Gandhi ihren wichtigsten Vertrauten, T. N. Haksar, nach Bangla Desh, um Scheich Rahman für eine gemeinsame Initiative zu gewinnen. Ein Gegenbesuch von Außenminister Kamal Hussain vom 13.–16. 4. brachte eine „gemeinsame Erklärung“ als Ergebnis, in der der Wunsch nach einer Lösung für alle humanitären Probleme ausgedrückt wurde (NZZ 2., 7. 4., ISI 17. 4. FE 4275). Mitte Juni wurden 4 Pakistani aus indischer Gefangenschaft entlassen, 9 internierten Bengalen gestattete Pakistan die Ausreise (SZ 16. 6.) (vgl. Bangla Desh und Pakistan). Vizepräsident G. S. Pathak hielt sich vom 7.–12. 6. in Afghanistan auf, wo er u. a. Hilfe für ein Industrieprojekt bei Kabul in Höhe von etwa 25 Mio. Rupien zusagte (AIR 13. 6.). Außenminister Singh besuchte vom 5.–9. 4. Birma (R. Rangun 6. 4. FE 4266); am 31. 5. wurde ein Luftverkehrsabkommen unterzeichnet, nach dem am 3. 6. der Flugverkehr von Rangun nach Kalkutta, der zeitweise unterbrochen war, wieder aufgenommen wurde (ISI 1. 6.). Nach Außenminister Singh gibt es „Anzeichen“ dafür, daß die VR China eine Normalisierung der Beziehungen zu Delhi erwäge. Anfang Mai hob Indien den Visazwang für chinesische Staatsbürger bei direkter Durchreise auf, und am 24. 6. erklärte Frau Gandhi erneut, daß Indien seine Beziehungen mit Pakistan sowie China „verbessern“ wolle (NZZ 12. 4., ISI 5. 5., 29. 6.). Vom 1.–5. 4. besuchte Außenminister Singh Indonisien; das Schlußkommuniqué begrüßte die Entwicklung in Indochina, sprach sich für eine Anerkennung der Realitäten auf dem Subkontinent aus und betonte, den Anspruch auf den Indischen Ozean als eine „Friedenszone“ (R. Delhi 3. 4. FE 4263, ISI 4. 4.). Der Erdöl- und Mineralminister des Irak, Dr. Hammad, hielt sich vom 1.–6. 4. in Indien auf, wo er 5 Abkommen zur Ausweitung und Intensivierung der wirtschaftlich-technischen Beziehungen vereinbarte. Eines sieht die Lieferung von 30 Mio. t Rohöl innerhalb von 10 Jahren, beginnend 1977, vor, ein anderes einen Kredit in Höhe von 50 Mio. \$ zur Verbesserung der indischen Zahlungsbilanz (R. Delhi 1., 6. 4. W 719). Bei weiteren Verhandlungen sagte der Irak die Lieferung von 82 Mio. t Rohöl zu (R. Delhi 27. 4. W 722), und am 26. Mai wurde die Lieferung von einer Mio. t noch 1973, einer weiteren 1974 zur Minderung der bestehenden Ölknappheit vereinbart (ISI 28. 5.). Am 19. 4. folgte ein Kulturabkommen (R. Delhi 20. 4. FE 4279), und am 25. 5. besuchte Singh auf seinem Wege nach Europa Bagdad (FE 4304). Der Minister für Wasserwirtschaft und Energie, K. L. Rao, traf am 20. 5. zu einem siebentätigen Besuch im Iran zu Gesprächen über die Ausweitung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit

ein (AIR 21. 5.); kurz darauf wurde die angebliche Aufrüstung des Iran durch Indien attackiert (R. Delhi 24. 5. FE 4305). **J a p a n** zog 15 Landwirtschaftsfachkräfte der OISCA (Organisation für Entwicklungshilfe), die seit 7 Jahren in Indien arbeiten, als Folge der ablehnenden Haltung Indiens gegenüber technischer Hilfe aus dem Ausland ab (JAT 11. 5.). Vom 4.—6. 6. fand ein Treffen des gemeinsamen wirtschaftlichen Kooperationsausschusses in Tokyo statt, ohne daß die Meinungsverschiedenheiten über die Verstaatlichung der privaten Industrie Indiens beigelegt wurden (JAT 7. 6., Kyodo 6. 6. FE 4317). Mit **N o r d k o r e a** wurde am 25. 4. ein Handelsabkommen für 1973 geschlossen (ISI 25. 4.), während der Parlamentarier-austausch mit **S ü d k o r e a** nach einem Besuch des Sprechers des Unterhauses in Seoul erweitert werden soll (R. Soul 28. 6.). Planungsminister D. T. Dhar traf am 29. 4. zu einem fünftägigen Besuch in **N e p a l** ein, wo er über die Ausweitung der technisch-wirtschaftlichen Kooperation verhandelte (R. Kathmandu 29. 4. FE 4306). **S r i L a n k a** war das Ziel eines Staatsbesuches von Frau Gandhi vom 27.—29. 4. Im gemeinsamen Kommuniqué wird die Bündnisfreiheit als lebenswichtig bezeichnet, die Schaffung einer Friedenszone im Indischen Ozean befürwortet und eine Förderung der Wirtschaftskooperation sowie eine Steigerung der Repatriierungsrate indischer Staatenloser in Sri Lanka (um 10% gegenüber dem 1964 festgesetzten Höchstsatz von 35 000) vereinbart (R. Delhi 27.—29. 4. FE 4283, JAT 1. 5., NZZ 15. 5.). Zu den zahlreichen Problemen zwischen beiden Staaten kam kürzlich auch die Insel Kachatvu hinzu, die zwischen Sri Lanka und Tamil Nadu liegt und die beide Staaten für sich beanspruchen (NZZ 16. 5.). Als unmittelbare Folge des Besuches wurden im Mai und Juni Regierungsgespräche über die Entwicklung der bilateralen Beziehungen abgehalten (AIR 10. 5., R. Delhi 12. 6. FE 4320). **Ozeanien:** Vom 3.—6. 6. besuchte **A u s t r a l i e n s** Premierminister Gough Whitlam Indien; im Schlußkommuniqué bekräftigten Whitlam und Frau Gandhi ihren Willen, beim Wiederaufbau Indochinas mitzuhelfen und zur Schaffung einer Friedenszone im Indischen Ozean beizutragen (R. Melbourne 7. 6., R. Delhi 4. 6. FE 4316, 13, AIR 4. 6., 6. 6. NZZ 8. 6.). **Afrika:** Der Außenminister **N i g e r i a s**, Okoi Arikpo, hielt sich vom 3.—5. 5. zu einem offiziellen Besuch zur Erörterung der bilateralen Beziehungen in Indien auf (R. Delhi 3. 5. FE 4287). **Amerika:** Die Beziehungen zu den **U S A** können nach Innenminister Dikshit nur dann stabilisiert werden, wenn Washington „klare Aussagen über seine Politik macht und seine Haltung gegenüber Indien und dem Indischen Subkontinent zu erkennen gibt“, was auf die Waffenlieferungen der USA an Pakistan bezogen war (ISI 7. 5.). Das Angebot von Präsident Nixon in seiner Rede vor dem Kongreß, die Beziehungen zu Indien zu verbessern, wurde von der Presse reserviert aufgenommen, während der designierte Botschafter Indiens in den USA, T. N. Kaul, die Ansicht vertrat, daß es zwischen beiden Staaten keine grundlegenden Interessenkonflikte gebe (R. Delhi 13. 5. FE 4296, ISI 14. 5.). Vom 17.—23. 6. hielt sich Frau Gandhi in **K a n a d a** auf und erwiderte damit den Besuch von Ministerpräsident Trudeau im Jahre 1971 (AIR 19. 6., NZZ 19. 6.). **Europa:** **L u x e m b u r g s** Außenminister Thorn traf am 29. 4. zu einem fünftägigen Besuch in Delhi ein (NZZ 30. 4.); der indische Außenminister Singh traf am 19. 6. zu einer zweitägigen offiziellen Visite in **Norwegen** ein (NZZ 21. 6.). Mit **Schweden** wurde am 17. 6. ein Abkommen über Entwicklungshilfe im Werte von 217 Mio. Rupien bis 1975/76 unterzeichnet (R. Delhi 18. 6. W 730). Am 25. 6. traf Frau Gandhi zu einem Kurzbesuch in **Großbritannien** ein, wo sie mit Premier Heath u. a. über den Stop der illegalen Einwanderung von Indien konferierte (NZZ 26., 27. 6.). **Sozialistische Staaten:** Am 30. 5. traf der Minister für industrielle Entwicklung C. Subramaniam zu einem Besuch in **Bulgarien** ein, der im Zeichen von Gesprächen über die Ausweitung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit stand (BTA 30. 5. W 727). Mit der **CSSR** wurde am 1. 4. ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet (CTK 11. 4. W 721). Eine Parlamentarierdelegation unter Alois Indra hielt sich zu einem kurzen Zwischenaufenthalt am 21. 4. in Delhi auf (CTK 12. 4. FE 4272). Auf Einladung seines Amtskollegen traf Außenminister Singh am 29. 5. zu einem dreitägigen offiziellen Besuch in der **CSSR** ein; er unterzeichnete am 30. 5. ein Abkommen über wissenschaftliche, technologische und industrielle Zusammenarbeit (CTK 30. 5.); im gemeinsamen Kommuniqué wurde eine weitgehende Übereinstimmung in internationalen Problemen festgestellt, die Unterzeichnung der Abkommen über Indochina begrüßt; eine Normalisierung auf dem indischen Subkontinent könne nur auf der Grundlage der Anerkennung der „politischen Realitäten“ erfolgen (CTK 1. 6.). Der Handel mit Jugoslawien betrug 1972 lediglich 35 Mio. US- $\text{\$}$ (1970 waren es 80 Mio.), was auf die Besorgnis indischer

Geschäftsleute über eine Änderung der Währungskonvertibilität und den Umstand, daß die größten Güter im Handelsverkehr Schiffe sind, die während ihres Baus nicht zu Buche schlagen (R. Belgrad 28. 5. W 719). Am 5. 4. wurde ein Abkommen über die Lieferung zweier großer Öltanker unterzeichnet, wovon das erste im September 1974, das zweite im März 1976 fertiggestellt werden soll; die Kosten betragen je 287 Mio. Rupien (R. Delhi 5. 4. W 719). Am 15. 6.—16. 6. hielt sich Frau Gandhi in Belgrad auf, wo sie u. a. mit Präsident Tito zusammentraf (SZ 16. 6.). Mit P o l e n wurde am 6. 4. ein Protokoll über einen erweiterten Handelsaustausch vereinbart, demzufolge sich der Export 1973 auf 72 Mio. Zloty belaufen und neben traditionellen Gütern auch Kühlschränke, Elektro- und Haushaltsgeräte umfassen soll (PAP 6. 4.); ein weiteres Abkommen vom 6. 4. sieht eine Zusammenarbeit auf dem Fischereiwesen vor (R. Delhi 6. 4. W 719). Mit U n g a r n wurde ein Abkommen über langfristige Zusammenarbeit auf dem wirtschaftlichen Sektor für innerhalb der nächsten 3 Jahre unterzeichnet. Die Kooperation bezieht sich u. a. auf die Bereiche Metallurgie, Kohleförderung, Fernmeldewesen und Schwermaschinenbau (Tass 7. 4., MTI 16. 4.). Mit der U d S S R wurden Konsultationen über ein Weltraumprogramm (R. Moskau 8. 4.), über die Erforschung des Monsuns (Tass 11. 4.) sowie über die Zusammenarbeit in der Elektronikindustrie konferiert (AIR 26. 4.). Am 21. 5. wurde ein Abkommen über Vorbereitungsarbeiten für das Kupferprojekt von Malanjhand in Madhya Pradesh, das jährlich 20—30 000 t Kupfer fördern soll, unterzeichnet (ESI 22. 5.). Am 22. 6. folgte ein Protokoll über die sowjetische Unterstützung bei der Ausweitung der indischen Produktion von Pharmazeutika (R. Delhi 22. 6. W 730). Wie Handelsminister D. P. Chattopadhyaya am 15. 6. bekanntgab, sollen für den verstärkten Handel mit den osteuropäischen Staaten neue Formen der Handelsbeziehungen ausgearbeitet werden (R. Delhi 12. 6. W 729); Berichte über einen angestrebten Beobachterstatus Indiens beim COMECON wurden bisher nicht bestätigt.

4. Nepal

Inneres und Wirtschaft In seiner Rede zur Eröffnung der XXII. Sitzung der Nationalversammlung am 21. 6. erklärte König Birendra zur Wirtschaftspolitik, daß zur Verbesserung der regionalen Entwicklung ein Zweijahresprogramm innerhalb des laufenden Fünfjahresplanes entwickelt werde. Der neue Fünfjahresplan wird auf der Grundlage der Empfehlung der Nationalen Planungskommission ausgearbeitet; sein Schwerpunkt liegt auf der Landwirtschaft bzw. auf der Verhinderung von Erosin und Überschwemmungen. Im Hinblick auf die Außenpolitik betonte er, daß Nepal auch weiterhin eine Politik des Non-Alignment verfolgen werde, wobei er den Besuch von Jugoslawiens Premier Bijedic und die guten Beziehungen mit China und Indien hervorhob (R. Kathmandu 21. 6. FE 4330, W 730). Berichte über die Verfolgung von Christen, die Anfang des Jahres und im April kursierten, gehen auf einen Paragraphen der Verfassung von 1962 zurück, wonach zwar jede Person ihre ererbte Religion frei ausüben kann, jedoch niemandem gestattet ist, Bekehrungen vorzunehmen. Obwohl diese Bestimmung nur recht selten angewendet wird, der Staat nur eingreift, wenn Privatpersonen gegen „Fehlbare“ klagen, kam es im Zusammenhang damit zu den erwähnten Presseberichten (NZZ 4. 4. 73). In der Schuhproduktion konnten große Fortschritte erzielt werden. In der Bansbari Schuh- und Lederfabrik wurden im Finanzjahr 1971/72 602 000 Paar Schuhe produziert, der Gesamtwert der Produktion betrug 2,66 Mio. Rupien, 60% mehr als im Finanzjahr 68/69 (NCNA 18. 5. 73). Die erst ein Jahr alte Filmindustrie Nepals hat mehr als 30 Dokumentarfilme, Wochenschauen und einen Spielfilm (den ersten, der ausschließlich von nepalesischen Technikern hergestellt wurde) produziert (NCNA 1. 6. 73, FE 4313).

Äußeres Mit I n d i e n wurde am 1. Mai nach dreitägigen Beratungen eine Vereinbarung geschlossen, nach der dieses eine Reihe wichtiger Straßenbauprojekte durchführen und Nepal bei einigen Kraftwerkprojekten unterstützen will. Eines dieser Projekte ist die 170 km lange Himalaya-Straße zwischen Dhankuta und Dulalghat, deren Planung bis Ende 1975 abgeschlossen sein soll. Darüber hinaus will Indien Studienplätze für Ingenieure aus dem Kraftwerkwesen und der Zementindustrie bereitstellen (R. Kathmandu 3. 5. 73, W 723). Am 3. 6. wurde ein mit indischer Hilfe erbauter 84 km langer Kanal im Rahmen des Gandak-Projektes seiner Bestimmung übergeben. Die Kosten dafür betragen 48 Mio. Rupien; mit ihm können 33 000 ha Land bewässert werden (R. Delhi 3. 6. W 728). Die V R C h i n a lieferte Ende März 200 t Zeitungsdruckpapier (Dawn 23. 3. 73). Anfang Mai wurde eine Brücke über

den Madi, die mit chinesischer Hilfe erbaut wurde und mit 370 m die längste des Landes ist, für den Verkehr freigegeben (R. Kathmandu 4. 5. W 714). Nach Nepal reiste am 13. 6. eine weitere Gruppe von P a k i s t a n i, womit bisher insgesamt 976 repatriert wurden; weitere 5000 Pakistani sollen auf ihren Rücktransport warten (Dawn 14. 6. 73). J u g o s l a w i e n s Premier Bijedic besuchte Nepal vom 28.—30. 3. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die wirtschaftliche Zusammenarbeit, nachdem bereits am 27. 3. ein Abkommen mit fünfjähriger Laufzeit über die technische Kooperation unterzeichnet worden war (R. Dacca 28. 3., AFP 29. 3.). Mit der U d S S R wurde am 12. 6. ein Abkommen über Hilfe bei der Errichtung eines Betriebes zur Verarbeitung vegetarischen Öls unterzeichnet (R. Kathmandu 12. 6. W 729). Mit Hilfe eines Kredits der I D A in Höhe von 5,5 Mio. \$ soll das Fernmeldenetz Nepals bis 1979 erweitert und modernisiert werden (Dawn 8. 5.).

5. Pakistan

Inneres Hervorragendes Ereignis im Berichtszeitraum war die Verabschiedung der neuen Verfassung, während andererseits Unruhen in verschiedenen Teilen des Landes anhalten. Am 30. 3. wurden mehrere Militärs und Zivilisten unter Beschuldigung, ein Komplott geplant zu haben, verhaftet (AFP 30. 3., R. Pakistan 3. 4.). Weitere 3 Befehlshaber der Armee wurden am 12. Mai unter der gleichen Beschuldigung verhaftet, womit die Zahl der seit dem 30. März verhafteten Offiziere auf 36 anstieg. Angeblich soll der Putsch vor der Proklamation der Verfassung geplant worden sein; der frühere Chef der Luftwaffe, Asghar Khan, sollte an die Macht gebracht werden (Tass 14. 5., NZZ 15. 5.). Am 3. 4. wurde die Präambel der neuen Verfassung angenommen (R. Pakistan 3. 4.); ihre weitere Beratung wurde von Teilen der Opposition boykottiert (R. Karachi 7. 4., FE 4266, 4268). Gleichzeitig bemühte sich Bhutto mit Erfolg um eine zumindest teilweise Übereinstimmung mit der Opposition (R. Karachi 9. 4. FE 4268). Die Verfassung wurde am 10. 4. angenommen, wobei auch der größte Teil der Opposition unterzeichnete, was auf einige Zugeständnisse zurückzuführen ist. Nach ihnen wird nicht der Premierminister, sondern das (zu wählende) Staatsoberhaupt nomineller Oberbefehlshaber der Streitkräfte, wird die Frist, in der der Regierungschef nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit abgewählt werden kann, von 15 auf 10 Jahre verringert. Außerdem wird auf eine „Parteienklausel“, wonach Abgeordnete im Falle des Übertritts zu einer anderen Partei ihren Sitz verlieren, verzichtet. Die Annahme der Verfassung ist ein Erfolg für Bhutto, dem es damit gelang, eine erste Konsolidierung nach der Abspaltung Ost-Pakistans zu erreichen (R. Karachi 10. 4., FE 4269, 4270, NZZ 25. 4.). In den Provinzen war die Innenpolitik von Unruhen gekennzeichnet. Dies trifft vor allem auf Belutschistan zu, in das bereits im Januar Truppen entsandt worden waren. Am 27. 4. wurde dort ein Koalitionskabinett vereidigt, an dessen Spitze Mohammad Akbar Khan Boete steht (R. Karachi 27. 4. FE 4282). Auch danach wurde aber von Guerilla-Aktivitäten berichtet, womit der Verbleib der Armee begründet wurde (R. Karachi 19. 5. FE 4300, AFP 21. 5. Dawn 10. 6.). In der Provinz Sind kam es ebenfalls zu Verhaftungen von führenden Kritikern der Sind National Awami Party und der Sind United Front (R. Karachi 7. 5., 1. 6. FE 4290, 4311). Ende Mai wurden prominente Mitglieder der oppositionellen Nationalen Awami-Partei unter dem Vorwurf verhaftet, die Beziehungen zwischen Pakistan und dem Iran zu stören (NZZ 1. 6.). Am 30. 5. wurde außerdem der Präsident der NAP von Sind ebenso wie der Herausgeber der Oppositionszeitung „Mehran“ unter der Beschuldigung, eine Kampagne gegen den Schah von Persien geplant zu haben, festgenommen (JAT 1. 6.). Mitte Juni kam es erneut zu Unruhen und Streiks, wobei die Regierung die Opposition beschuldigte, die Gründung eines separaten Staates im Nordosten Pakistans zu planen. In mehreren Städten legten über 20 000 Angestellte der Finanzverwaltung die Arbeit nieder und forderten höhere Gehälter sowie andere Verbesserungen. Tatsächlich erscheinen die Schwierigkeiten der Regierung, autonomistische Bewegungen in Belutschistan sowie der NWFP zusammen mit einer allgemeinen Unzufriedenheit mit der Politik Bhuttos die Bestrebungen zur Rezession und damit zu einer Fortsetzung des Zerfalls von Pakistan zu führen (SZ 26. 6. FAZ 30. 6.). Vom 1. Juli an wird an jeden Bürger Pakistans über 18 Jahren ein Personalausweis ausgegeben (R. Karachi 4. 6. FE 4313).

Wirtschaft Präsident Bhutto erklärte am 1. 4. in Lahore, daß sich die Wirtschaft des Landes wesentlich gebessert habe und daß für das laufende Jahr eine Wachstumsrate von 4,4% (gegenüber 1,6% im Vorjahr) erwartet werde. Für den Export rechne man mit 645 Mio. Dollar

(597 im Vorjahr) (R. Karachi 1. 4. W 719). Die Schwerpunkte des Entwicklungsprogrammes für 1974 liegen in der Steigerung des Investitionsniveaus durch höhere Produktion und effektivere Ausnutzung der Kapazitäten sowie durch eine Ankurbelung des Exportes; außerdem ist eine gerechtere Verteilung der Produktionsgüter angestrebt und eine Erhöhung der Ausgaben auf dem Gebiet des Erziehungs-, Gesundheits- und Wohnungswesens sowie eine stärkere wirtschaftliche Entwicklung von rückständigen Gebieten und schließlich die Balance zwischen Preisen und Einkommen (R. Karachi 18. 5. W 726). Am 17. 5. wurde der Entwicklungsplan der Provinz Belutschistan für das Finanzjahr 73/74 angenommen, der u. a. Entwicklungsprojekte auf dem Waffen-, Energie- und Mineralsektor vorsieht. Für 13 größere Projekte sollen 23,5 Mia. Rupien bereitgestellt werden (Dawn 13. 5.). Die Zentralregierung wird sich mit 81 Mio. Rupien am Haushalt der Provinz beteiligen, um das Defizit zu mindern (R. Karachi 2. 5. W 723). Auf dem landwirtschaftlichen Bereich soll das Genossenschaftswesen eingeführt werden, um die Produktion zu steigern (R. Karachi 27. 5. W 727). Am 9. 6. wurde der Haushalt für 1973/74 vor der Nationalversammlung beraten, der insgesamt 5575 Mio. Rupien beträgt. Im Haushalt 1972/73 wuchs das Bruttosozialprodukt auf 6,5% gegenüber 1,4% im Vorjahr. Die landwirtschaftliche Produktion konnte um 3,8% gesteigert werden. Die Schwerpunkte des neuen Haushalts liegen auf einer stärkeren Entwicklung der Randgebiete und der Aufrechterhaltung der Preisstabilität (R. Karachi 9., 10. 6. W 728, 729). Der Vorrat an Devisen stieg von 170,9 Mio. im Dezember 1971 auf 341,7 Mio. im März 73; die Industrieproduktion stieg gegenüber dem Vorjahr um 6,2%, die von Weizen um 9, von Zucker um 7%, während die Bautätigkeit eine Steigerung von 13% der Export eine Rekordsteigerung um 30% verzeichnen konnte (R. Karachi 8. 6. W 729). **Verschiedenes:** Am 21. 4. wurde von Bhutto der „Weltdienst“ von Radio Pakistan eröffnet, (R. Karachi 21. 4. FE 4278). Nach Bhutto wird ein Fonds für Minderheiten geschaffen, der vorerst mit 2 Mio. Rupien ausgestattet sein soll (R. Karachi 27. 4. FE 4285). Weitere 2,5 Mio. Rupien sind als Stipendien für begabte Studenten vorgesehen (R. Karachi 9. 5. FE 4292). Als Folge einer Untersuchung der USA über die Opiumproduktion wird künftig das Rauschgiftgesetz erheblich verschärft, Anbau und Verkauf von Opium beschränkt (JAT 30. 4.).

Äußeres Allgemein: Zur Außenpolitik betonte Bhutto die „ausgezeichneten“ Beziehungen zur VR China, zur UdSSR und zu den USA; darüber hinaus verfüge Pakistan über gleich gute Beziehungen zu allen Moslem-Staaten. Der Freundschaft mit dem Iran räumte er Priorität ein, wobei er die Zusammenarbeit auf dem Verteidigungssektor hervorhob. Im Hinblick auf Afghanistan erklärte sich Bhutto bereit, über die Verbesserung der Kontakte zu verhandeln, wobei jedoch die Integrität Pakistans kein Verhandlungsgegenstand sein könne, womit er auf Paschunistan anspielte (R. Karachi 15. 5. FE 4299, R. Karachi 13. 6. FE 4321). Der Stabschef der Armee, General Tikka Khan, nahm an der Ende März in Washington stattfindenden Jahres-sitzung des Militärausschusses der CENTO teil (Jat 29. 3.), was die Kritik der Opposition nach sich zog (Dawn 15. 6.). Das von der UdSSR vorgeschlagene asiatische Sicherheitssystem wurde von Pakistan abgelehnt, da der Konflikt um Ost-Pakistan deutlich die Nutzlosigkeit eines derartigen Projektes gezeigt habe (NCNA 29. 5.). **Asien:** Der Besuch Bhuttos im Iran vom 10.–14. 5. wurde zum Gegenstand einer öffentlichen Kontroverse, als die Oppositionsparteien Bhutto aufforderten, den Besuch zu verschieben und seine Außenpolitik vor der Nationalversammlung zu erklären (AFP 5., 7. 5. 73). Ursache dafür war ein Interview des Schah gewesen, in dem er erklärt hatte, daß er einen „Zerfall“ Pakistans befürchte und daß er Indien aufgefordert habe, der „schwankenden“ Regierung Pakistans zu helfen, um die Autonomiebestrebungen unter Kontrolle zu bringen. In einer Regierungserklärung über die Beziehungen zum Iran wurden die „brüderlichen und freundlichen Beziehungen“ betont und Einzelheiten über die militärische Hilfe des Iran während der Kriege 1965 und 1971, die größer waren als die „irgend eines anderen Moslem-Staates“ veröffentlicht. Hervorgehoben wurde, daß von den 5 Nachbarn Pakistans – UdSSR, Afghanistan, Indien, Iran, China – nur die beiden letzten Pakistans Wunsch nach Freundschaft entgegengekommen seien und diese unterstützten, als es nötig war (R. Karachi 8. 5. FE 4291). Das Abschlußkommuniqué des Besuches Bhuttos gab als Schwerpunkte der Gespräche die Intensivierung der gegenseitigen Beziehungen, die Situation auf dem indischen Subkontinent sowie im Nahen Osten an (R. Teheran 11., 14. 5. FE 4294, 96). Vom 19.–23. 4. besuchte der Erziehungsminister des Irak, Al-Dschuuar, Pakistan, wo er die Wiederaufnahme der Beziehungen nach den Waffenfunden in der Irakischen Botschaft in Pakistan im Februar 73 (vgl. IASF 3/73, S. 534) besprach (R.

Bagdad 25. 4.). Am 13. 6. wurden erneut Botschafter zwischen beiden Staaten ausgetauscht (JAT 14. 6.). In den Beziehungen zu Indien und Bangla Desh ergaben sich keine wesentlichen Veränderungen; Bhutto erneuerte seine Einladung an Indira Ghandi zu Gipfelgesprächen am 15. 4. (R. Karachi 15. 4. FE 4273) (vgl. Bangla Desh, Indien). Wegen der Absicht Indiens, 195 Kriegsgefangene an Bangla Desh auszuliefern, wandte sich Pakistan an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag, wobei Indien seine Teilnahme an den Verhandlungen ablehnte (NZZ 7. 6.). Mit dem Königreich K a m b o d s c h a unter der Exilregierung Sihanouks wurde am 26. 5. die Aufnahme diplomatischer Beziehungen beschlossen (NCNA 26. 5.). Mit Singapur wurde am 23. 5. ein Luftverkehrsabkommen unterzeichnet (NCNA 23. 5.). Am 22. 5. wurde mit der VR China ein Abkommen über die Einrichtung einer 220-kW-Leitung am Tarbela-Damm als Anschluß an das pakistanische Stromnetz unterzeichnet (R. Pakistan 22. 5.). Am folgenden Tag wurden die Dokumente für den Grenzhandel 1972 ausgetauscht (NCNA 23. 5.). (Zum Besuch des chinesischen Außenministers in Pakistan vgl. VR China.) Mit Nordkorea wurde am 14. 6. ein Abkommen über die Stärkung der kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit unterzeichnet (NCNA 14. 6.). **Afrika:** Der Außenminister N i g e r i a s , Okoi Arikpo, besuchte vom 6.—7. 5. Pakistan zu Gesprächen über die Intensivierung der Zusammenarbeit (Dawn 7., 8. 5.). Innenminister Abdul Khan besuchte Saudi-Arabien am 11. 5. zu einem siebentägigen Aufenthalt, bei dem die Kooperation auf dem Erdölsektor im Mittelpunkt stand (R. Karachi 11. 5. FE 4293). Mit dem Sudan wurde am 6. 6. ein Handelsabkommen (R. Omdurman 6. 6. W 729) mit T a n z a n i a eine verstärkte industrielle Zusammenarbeit am 23. 5. (R. Pakistan 23. 5.) und mit Libyen ein Luftfahrtabkommen am 13. 5. (R. Karachi 13. 5. W 725) unterzeichnet. **Europa:** Als Sonderbotschafter des Präsidenten reiste N. A. Bhutto Anfang Mai nach Europa, wo er neben Italien auch Frankreich und die Bundesrepublik besuchte. Mit Italien wurden Exportabschlüsse im Werte von 3,5 Mio. Rupien getätigt (Dawn 9. 5.). Eine Handelsmission besuchte Portugal und Spanien und vereinbarte mit beiden Staaten eine Intensivierung der Handelsbeziehungen (R. Karachi 30. 5., 2. 6., W 727). Mit Frankreich wurde ein Abkommen über die Lieferung von 10 000 t Weizen als Nahrungsmittelhilfe unterzeichnet (R. Pakistan 18. 6.). **Sozialistische Staaten:** Nach der Ausweitung der pakistanischen Fischereizone am 21. 3. zog die UdSSR Anfang April ihre Trawler aus den pakistanischen Gewässern ab (R. Pakistan 3. 4.). Ein dreijähriges Handelsabkommen wurde am 27. 4. in Islamabad unterzeichnet (R. Karachi 28. 4. W 722). Danach wird Pakistan eine Reihe von Fertigwaren u. a. Haushaltswaren, Handtücher, Schuhe exportieren, während die UdSSR Rohstoffe liefern wird. Zu den Maifeierlichkeiten reiste eine Delegation unter Arbeitsminister N. Hanif nach Moskau (R. Karachi 6. 5. FE 4289). Am 2. 6. wurde ein Abkommen über die Ausrüstung eines 3. Generators für das Guddu-Kraftwerk unterzeichnet, 2 weitere werden derzeit von der CSSR finanziert (R. Karachi 2. 6. W 727). Bulgarien verlängerte die Verwendungsfrist für ein 8-Mio.-\$-Projekt bis zum 31. 12. 74 auf ein entsprechendes pakistanisches Gesuch hin (Dawn 12. 5.). **Amerika:** Mit den USA wurde am 19. 4. ein Ölforschungs- und Schürfabkommen unterzeichnet (R. Pakistan 10. 4.).

6. Sri Lanka

Inneres und Wirtschaft Am 18. 5. wurde mit einer feierlichen Zeremonie die Bandaranaike-Konferenzhalle, die mit chinesischer Hilfe erstellt wurde, feierlich eröffnet (NCNA 20. 5.). Der 1. Jahrestag der Republik wurde am 22. 5. mit einer Militärparade begangen. In einer Botschaft an die Nation erklärte Frau Bandaranaike, daß das endgültige Ziel ihrer Politik wirtschaftliche Freiheit sei, da politische Freiheit allein bedeutungslos sei (NCNA 22. 5. 73). Anfang Mai wurde ein technisches Beratungsbüro durch das Ministerium für Bewässerung und Energie errichtet, das eine Einsparung an ausländischen Beratern und Devisen bringen soll, für die in den letzten zehn Jahren angeblich 24,2 Mio. Rupien ausgegeben wurden (NCNA 13. 5.). Einem Bericht der Zentralbank zufolge stieg die Industrieproduktion 1972 um 10,6% gegenüber dem Vorjahr und hatte einen Gesamtwert von 244 Mio. Rupien. 80% dieser Waren wurden durch die Fabriken im Umkreis von 20 km von Colombo erwirtschaftet (R. Colombo 2. 4. W 719). Die Autarkie auf dem wirtschaftlichen Gebiet steht im Mittelpunkt der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik. Frau Bandaranaike erklärte den Anbau aller benötigten Nahrungsmittel zur einzigen Lösung der Probleme, denen sich das Land gegenüber sehe, und appellierte an die

Bevölkerung mit Opferbereitschaft für die angestrebten Ziele zu arbeiten (NCNA 2. 4.). Durch die Drosselung von Gemüseimporten sowie den Einfuhrstopp von Reis sollen Devisen eingespart werden, wozu eine „Gemüsekampagne“ initiiert wurde (NCNA 1., 2. 4.). Die Handelsgesellschaft des Landes erwarb seit ihrer Gründung im Juni 1971 6 Handelsschiffe, das sind 75% des im Fünfjahresplan gesetzten Zieles (NCNA 6. 6. 73). Der Edelsteinexport des Landes betrug von Januar bis Mai 73 52,7 Mio. Rupien und überstieg damit das für 1976 vorgesehene Planziel (Tass 10. 6.). Die größte unabhängige Zeitungsgruppe, die vor 47 Jahren gegründete „Lake House“ Gruppe, soll verstaatlicht werden. Die Gruppe wird von der Familie Wijewardene geführt und verfolgte einen antikommunistischen Kurs, weshalb die Kommunisten und trotzkistischen Mitglieder der Regierung auf eine Verstaatlichung gedrungen haben. 25% sollen im Besitz der Familie bleiben, der Rest wird an die Öffentlichkeit ausgegeben (SCMP 2. 5.). Mit Wirkung vom 1. 7. werden weitere 6 Teeplantagen verstaatlicht. Die Maßnahme erfolgt im Rahmen des Bodenreformgesetzes, das den Landbesitz auf 50 acres beschränkt (SCMP 23. 6.). Bereits nach 3 Jahren konnte die im Rahmen des Fünfjahresplanes vorgesehene Erweiterung des automatischen Fernsprechnetzes vorgenommen werden. Damit sind 29038 der 38508 Fernsprechanchlüsse des Landes an den Fernsprechseldbstwähldienst angeschlossen (NCNA 24. 6.).

Äußeres In die n sagte Sri Lanka eine Wirtschaftshilfe innerhalb der nächsten 5 Jahre in Höhe von 10 Mio. Rupien zu, wobei diese Mittel in erster Linie für die Entwicklung der Kautschuk- und graphitverarbeitenden Industrie sowie für die Errichtung einer Mikrowellenverbindung zwischen Colombo und Südindien verwendet werden soll (R. Delhi 13. 5. W 725). Der stellv. Außenminister Lakshman Jayakody gab am 27. 6. bekannt, daß unter dem Sirimavo Shastri-Pakt bisher etwa 87 000 Personen indischer Abstammung repatriiert wurden. Mehr als 50 000 Personen erhielten unter diesem Pakt die Staatsbürgerschaft von Sri Lanka (R. Colombo 28. 6. FE 4334). Vom 15.–20. 5. hielt sich eine Delegation aus der VR China in Sri Lanka auf, wo sie an der Einweihung der Bandaranaike-Kongreßhalle teilnahm (Hsinhua 20. 5.). Die UdSSR erhielt Ölschürfrechte im Gebiet der Stadt Mammur (150 Meilen nördlich von Colombo); erste Bohrungen sollen im September beginnen. Die Kosten der Suche werden von der UdSSR in Form eines langfristigen Kredits in der Höhe von 15 Mio. Rupien finanziert (JAT 23. 5. SCMP 23. 5.). Am 14. 6. wurde ein Abkommen unterzeichnet, nach dem die Sowjetunion Ausrüstungen für Schulen im Werte von 26 500 £ an Sri Lanka liefert. Außerdem sagte die UdSSR ihre weitere Unterstützung für einige lokale Projekte in der Höhe von 250 Mio. Rupien sowie die Entsendung von sowjetischen Experten bei der Öl- und Gasausbeute zu (R. Colombo 15. 6. W 729).

7. Sikkim

Anfang April kam es im Fürstentum Sikkim zu heftigen Demonstrationen gegen den Chogyal (König) Palden Thondup Namgyal, die diesen angeblich am 5. 4. veranlaßten, Indien um „militärische Unterstützung“ zu ersuchen. Die Protestaktionen hatten nach der Verhaftung des Präsidenten der oppositionellen Janata-Partei, Krishna Chandra Pradhan, begonnen und fielen mit der Einsetzung eines neuen Regierungsrates zusammen, der aus den Wahlen vom Januar hervorgegangen war. Die Janata-Partei und der mit ihr agierende National-Kongreß behaupten, daß diese Wahlen manipuliert seien und forderten eine Demokratisierung der Verfassung. Die Verwaltung brach zusammen obwohl der König Indien ausdrücklich gebeten hatte, ihm bei der Wiederherstellung der Ruhe zu unterstützen, ließen es die sofort eingesetzten indischen Truppen zu, daß tausende von Demonstranten ihren Marsch auf Gangtok fortsetzten und am 8. 4. den Palast belagerten. Bereits am 4. 4. war der frühere politische Beamte Indiens für Sikkim und Bhutan, Avtar Singh, entsandt worden um über notwendige Sicherheitsmaßnahmen zu beraten (NZZ 7. 4., 11. 4.). Die Konflikte müssen vor dem Hintergrund latenter Spannungen zwischen den Ureinwohnern Sikkims, den Bhutia-Lepshas und den eingewanderten Nepalesen gesehen werden, die inzwischen etwa 70% der Gesamtbevölkerung ausmachen. Um trotz dieses Ungleichgewichtes eine politische Parität aufrechtzuerhalten, können beide Bevölkerungsgruppen nur je sieben direkt zu wählende Mitglieder in den sogenannten Sikkimischen-Rat entsenden, der in etwa die Funktion einer Legislative wahrnimmt. Ein Sitz wird den kastenlosen Hindus zugestanden, ein weiterer dem nepalesischen Tsong-Stamm, ein dritter den lamaistischen Mönchen. Der noch verbleibende Sitz steht in

freien Wahlen allen Bevölkerungsgruppen offen. Sechs zusätzliche Mitglieder werden vom König direkt berufen; sie gehören der Legislative an, bilden aber auch den Exekutivrat. Am 8. 4. übernahm der indische politische Offizier K. S. Bajpai angeblich auf den Wunsch des Königs die Verwaltung (AIR 8. 4.), den am 12. 5. B. S. Das ablöste (ADN 12. 5.).

Am 19. 5. wurde nach langen Verhandlungen, die vom Staatssekretär im Außenministerium Indiens Kewal Singh geführt wurden, ein Abkommen unterzeichnet, das Sikkim eine „demokratische Zukunft“ sowie administrative Reformen verspricht, zugleich aber enge Bindungen an Indien vorsieht. Künftig wird an der Spitze der Verwaltung ein indischer Beamter stehen, während der König sein „hohes Amt in Übereinstimmung mit den neuen Vereinbarungen“ führen wird. Auf der Basis eines allgemeinen Stimmrechts soll in Kürze ein Parlament gewählt werden, doch soll ein Modus verhindern, daß eine ethnische oder politische Gruppe dominiert. Ein Exekutivrat wird eingesetzt, dessen Chef von Indien bestimmt und vom König ernannt wird. In der Übergangszeit soll die Verwaltung durch einen Beraterstab aus Repräsentanten der drei Parteien bestehen. Eine Nationalversammlung mit der Vollmacht, Gesetze für die „Wohlfahrt des Volkes“ vorzuschlagen, alle vier Jahre gewählt werden. Sie wird jedoch weder gegen die Rechte des Königs noch mit der Ernennung des Vorsitzenden des Exekutivrates oder mit anderen Angelegenheiten, die in die Verantwortung Indiens fallen, zu tun haben. Chef der Verwaltung ist der Vorsitzende des Exekutivrates; alle Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem König werden vom politischen Offizier entschieden, der seine Anweisungen von Indien erhält. Dies schließt Fragen im Hinblick auf die Bevölkerung, die demokratische Regierung und die Verwaltung ein. Indien wird nach dem Abkommen die „notwendigen Vollmachten haben, um seine Verantwortung gegenüber Sikkim zu tragen“. Diese schließt die Verteidigung und territoriale Integrität, die Außenpolitik, die kommunale Harmonie, die Verwaltung und die soziale wie wirtschaftliche Entwicklung ein (Text R. Delhi 8. 5. FE 4192).

Letztlich hat damit der König, der sich seit einiger Zeit bemühte, das seit 1950 bestehende Abkommen zwischen Sikkim und Indien, das Sikkim mehr einen Protektoratsstatus verlieh, eine Niederlage erlitten.

Indien konnte seine Position ausbauen und kann sowohl innen, wie außenpolitisch die Politik Sikkims entscheidend mitbestimmen. Zahlreiche Berichte sprechen von einer von Indien herbeigeführten Provokation bzw. von einer ausgesprochen geschickten Ausnutzung der innenpolitischen Konflikte. Die Presse Chinas verurteilte das indische Eingreifen ebenso wie das Abkommen vom 8. 5. (NCNA 12. 4., 12. 5.). Die Bedeutung Sikkims in außenpolitischer Hinsicht liegt dabei vor allem in seiner strategischen Lage zu China, woraus sich das indische Interesse ableitet (vgl. NZZ. 27. 4., 11. 5.).

II. Südostasien

1. Birma

Inneres und Wirtschaft Vom 8.—8. 10. tagte die Burmesische Sozialistische Programmpartei (BSPP) unter dem Vorsitz von Ne Win. Das Hauptthema war die Veränderung der Amtszeit des Parteikongresses und die Verbesserung der Verfassung. Aus der Abschlußrede Ne Wins wurde jedoch deutlich, daß wirtschaftliche Fragen im Vordergrund standen, im einzelnen die wenig erfolgreiche Realisierung der wirtschaftlichen Pläne. Besonders die landwirtschaftlichen Genossenschaften stehen vor großen Problemen, wodurch die Versorgung in Mitleidenschaft gezogen wurde. Ne Win verzichtete darauf Schuldige anzuklagen, führte die Mißerfolge auf „menschliche Schwächen“ bei Arbeitern, Bauern und Parteimitgliedern zurück (R. Rangun 7.—10. 4. FE 4268, 4277). Am 12. 4. wurden 975 Gefangene, die während der Operationen „Sinbyudaw“ und „Suzag“ verhaftet worden waren, freigelassen (R. Rangun 12. 4. FE 4271). Gleichzeitig wurde der Kampf gegen die Opiumhändler und ihre Privatarmee verstärkt, wobei es Anfang Mai gelang, die ehemaligen Kuomintangtruppen (etwa 15 000 Mann) und die Armee des „Opiumkönigs“ Lo Hsing-han nach Thailand bzw. Laos zu vertreiben. Die Kuomintang-Soldaten sind Reste der 93. Nationalen Division, die 1950 aus Yünan geflüchtet waren (SCMP 4. 5.). Die Rolle der Armee wurde dahingehend bestimmt, daß sie aktiv an der Konstruktion eines sozialistischen demokratischen Staates und der neuen Verfassung teilnehmen solle (R. Rangun 21. 5. FE 4304).

Ende 1972 bestanden in Birma 11 664 Genossenschaften, von denen 17 Verbrauchergenossenschaften, 69 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, 11 050 landwirtschaftliche Genossenschaften, 19 Industrieproduktionsgenossenschaften, 272 Kreditgenossenschaften und 237 Armeegenossenschaften waren (R. Rangun 15. 4. W 722). Im Rahmen der Industrialisierung des Landes wurden ein Traktormontagerwerk in Malun, eine Fabrik für Agrargeräte in Sinde, ein Kunstdüngerwerk in Chanchaoung sowie zwei Textilwerke im Gebiet von Sagaing im Finanzjahr 71/72 in Dienst gestellt (Tass 4. 5.). Am 9. 5. erließ das Handelsministerium eine Verfügung, nach der jeder mit Wirkung vom 10. 5. Getreide und Reis verkaufen, transportieren usw. kann (R. Rangun 9. 5. W 724). Anfang Juni wurden verschiedene Komitees zur Verbesserung des Wirtschaftsplanes geschaffen, die in allen Verwaltungseinheiten eingesetzt werden; sie sind dem wirtschaftlichen Komitee der Regierung verantwortlich (R. Rangun 8. 6. FE 4317). Rangun hatte nach offiziellen Angaben am 19. 5. 3 186 886 Einwohner, 637 088 Familien und 489 696 Gebäude (R. Rangun 19. 5. W 726).

Äußeres/Asien: Am 26. 4. wurde Birma als 39. Land in die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) aufgenommen, es beteiligt sich an deren Grundkapital mit 20 Mio. US- $\text{\$}$ (JAT 27. 4.). Der nicht als reiselustig zu bezeichnende Ne Win besuchte im Berichtszeitraum mehrere Staaten Südost- und Ostasiens, was Vermutungen über eine außenpolitische Öffnung Birmas nahelegt, das sich bisher von seiner Umwelt abriegelte. Vom 18. 4.–1. 5. hielt er sich zu einem informellen Besuch in Japan auf, wo er mit Premier Tanaka zusammentraf und die Hilfe beim Bau einer Ölraffinerie erörterte; vom 2.–5. 5. besuchte er Thailand (Kyodo 1. 5., R. Bangkok 2. 5. FE 4286). Vom 11.–15. 6. hielt er sich in Indonesien auf, wo er mit Präsident Suharto und Außenminister Malik vor allem wirtschaftliche Fragen erörterte; eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erdölwirtschaft wurde vereinbart (R. Djakarta 11.–15. 6. FE 4319 bis 23, NZZ 21. 6.). Anschließend reiste er nach Malaysia weiter, wo er ebenfalls über eine Kooperation in Südostasien konferierte. **Sozialistische Staaten:** Durch die Entführung zweier sowjetischer Experten durch Rebellen des Shan-Volkes wurde Birma erstmals Schauplatz einer Entführungsaffäre und politischer Erpressung. Auf das Angebot, die Sowjets gegen Rebellenführer auszutauschen ging die Regierung nicht ein (Dawn 15. 6., Deutsche Zeitung 6. 7., R. Rangun 14. 6. FE 4322). Aus der UdSSR kam im April eine Handelsdelegation nach Birma (R. Rangun 7. 4. FE 4267), aus Jugoslawien eine Parlamentarierdelegation (Tanjug 24. 4. FE 4281), Ungarn entsandte eine Kulturdelegation (R. Rangun 21. 5.), während eine Studiendelegation im Rahmen des Kulturaustauschprogramms 14 Tage lang die DDR besuchte (R. Rangun 9. 6. FE 4319).

2. Indonesien

Inneres Am 11. 4. fand die 1. Sitzung des zweiten Kabinetts Suharto statt, auf dieser die Hauptziele für die nächsten fünf Jahre umriß: 1. Ausreichende und umfassende Versorgung mit Nahrungsmitteln und Textilien bei besserer Qualität zu erreichbaren Preisen. 2. Umfassendere und verbesserte öffentliche Wohlfahrt auf der Basis der wirtschaftlichen Erfolge. 3. Eine geachtete Position Indonesiens in der Welt. Durch die Verteilung von Projekten in den Provinzen soll eine gezieltere Entwicklung ermöglicht, Lokalverwaltungen und Dörfer direkt unterstützt werden. Hauptaugenmerk liegt auf der Bevölkerungsgruppe mit niedrigem Einkommen. Der Schwerpunkt der Außenpolitik liegt auf der Intensivierung der Beziehungen zu den ASEAN-Staaten (Antara 12. 4. FE 4271). Die Bedeutung der Religion für den Fortschritt des Landes wurde von Suharto zum Gedenken an den Geburtstag Mohammeds betont (Antara 17. 4.). Am 17. 5. begann eine gesamtindonesische Arbeitstagung der Gouverneure, die die Probleme der Regierungspolitik erörterte. Suharto betonte die Bedeutung der „zwei-Wege-Kommunikation“ zwischen Regierung und Bevölkerung und unter der Bevölkerung selbst (R. Djakarta 17. 5. FE 4299). Die kommunistische Gefahr scheint noch nicht gebannt; angeblich sollen kommunistische Zellen in Regierungs- und öffentlichen Institutionen bestehen, wobei es sich um Kommunisten der Kategorie „F“ handeln soll (Antara 19. 5. FE 4302). Wiederholt wurde vor „kommunistischer Subversion“ auf Sumatra gewarnt (R. Djakarta 15., 19. 4. FE 4273, 77), noch immer finden Prozesse gegen Teilnehmer des Putsches von 1965 statt, so z. B. gegen den früheren Bürgermeister von Bandung, Oberst Djukardi (Antara 8. 6.), während ein anderer Führer, die Rachman, am 4. 6. zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde (Antara 5. 6. FE 4316, s. a. FE 4317, 19). Die Nachrichtenagentur Antara wird modernisiert, wozu u. a. ein

20stöckiges Gebäude erstellt werden soll, ohne daß der Status der Agentur bisher klar definiert ist (Antara 12. 4.). Die seit April 1969 erscheinende Wochenzeitschrift „Chas“ wird am 1. 5. 73 eingestellt, da ihr Ziel (die Wiederherstellung der Stabilität in allen Bereichen des öffentlichen Lebens) erreicht wurde (R. Djakarta 28. 4. FE 4283). Ein Rauschgiftproblem existiert auch in Indonesien: Wie der Minister für soziale Wohlfahrt, Sunawar Sukowati, am 6. 6. erklärte, gibt es in Städten und auch auf dem Land Rauschgiftzentren; die meisten Süchtigen sind Jugendliche (Antara 7. 6. FE 4316). Zum Direktor der Nationalen Atomenergieagentur (BATAN) wurde am 19. 4. Prof. Baiquni ernannt (R. Djakarta 20. 4. FE 4279). Im Militärwesen wurde eine Reihe von Umbesetzungen vorgenommen. Neben den in Heft 3/73 erwähnten fanden auch auf der Ebene der untergeordneten Stabs- und Kommandobereiche zahlreiche Veränderungen statt. Die integrierten regionalen Verteidigungsbereiche wurden von sechs auf vier verringert, der Personalbestand der Streitkräfte soll um 30% auf etwa 200 000 verringert werden (Heer: 40 000, Marine und Luftwaffe: je 30 000). (Die vier Verteidigungsbereiche sind Medan für Sumatra und Westkalimantan, Yogyakarta für Java, Madura und Nusatenggara, Ojongpandang für Sulawesi, Ost-, Zentral- und Südkalimantan sowie Biak für Maluku und Irian Jaya (R. Djakarta 30. 4. FE 4285.)

Äußeres/Allgemein: Ende Mai gewährte die Weltbankgruppe Indonesien einen Kredit von 46 Mio. \$ über die IDA für eine Erweiterung der Energieerzeugerkapazität in Westjava (IDA-Pressemitteilung 31. 5.). Die Ford-Stiftung hat in den letzten beiden Jahren 2,5 Mio. \$ zur Verfügung gestellt; es war im wesentlichen für Projekte auf dem Gebiet des Erziehungswesens, der Wirtschaftsplanung, der Forschung und Ausbildung bestimmt (Antara 3. 7.). Die 14. Konferenz der Inter-Governmental-Group on Indonesia (IGGI) im Juni brachte einen Vertrauensbeweis der nichtkommunistischen Welt in die Politik des Landes. Hatten sich auf der vorhergehenden Konferenz im Dezember 1972 die Geberländer auf eine Kapitalhilfe von 760 Mio. US-\$ festgelegt, so wurde dieser nunmehr auf insgesamt 876,6 Mio. erhöht. Von 167 Mio. 1967 erhöhten sich die Zuwendungen laufend – 1968 waren es 361 Mio. 1969/70 507 Mio. 1970/71 609 Mio. und 1971/72 633 Mio. US-\$. Die Hilfe der IGGI ist in Devisenkredite für den Ausgleich der Zahlungsbilanz, Projekthilfe und Nahrungsmittelhilfe gegliedert. Bei einer Würdigung der Wirtschaftspolitik Suhartos wurde die unzureichende landwirtschaftliche Produktion kritisiert, für die neben der Witterung „menschliches Versagen“ verantwortlich war, was auf die Zuverlässigkeit der Beamten auf der mittleren und unteren Ebene betrifft. Kritisiert wegen ihrer expansiven Kreditpolitik wurde die staatseigene Erdölgesellschaft Pertamina. Die Hilfe der IGGI 1973/74:

Geber	Devisenhilfe	Kreditihilfe (in Mio. \$)	Total
Australien	10,5	13,3	23,8
Belgien	3,8	3,7	7,5
Kanada	3,0	10,0	13,0
Frankreich ¹	10,4	15,9	26,3
Bundesrepublik Deutschland	22,8	34,2	57,0
Italien	—	4,0	4,0
Japan	64,2	115,8	180,0
Niederlande	26,0	25,7	51,7
Neuseeland	1,3	2,2	3,5
Schweiz	—	6,0	6,0
Großbritannien	10,0	19,8	29,8
USA	90,0 ²	60,0	150,0
Weltbank/IDA	—	133,0	133,0
ADB (Asiatische Entwicklungsbank)	—	31,0	31,0
Insgesamt	242,0	474,6	716,6

¹ im Fiskaljahr 1972/73

² einschließlich Baumwolle

Die Kredite haben eine Laufzeit von 25–50 Jahren, Aufschub von 7–10 Jahre, Zinssatz 2,5–3% (alle Angaben NZZ 15. 7). **Asien:** Außenminister Malik hielt sich vom 1.–5. 4. in **I n d i e n** auf; Gesprächsthemen waren die mögliche Entmilitarisierung des Indischen Ozeans, die Gipfelkonferenz der blockfreien Länder sowie bilaterale Fragen. Nach Malik gibt es „keine Probleme“ in den Beziehungen (NZZ 3. 4., R. Djakarta 6. 4. FE 4266). Mit **J a p a n** wurde am 1. 5. ein Abkommen über eine Anleihe in Höhe von 19,171 610,5 Mia. Yen für 10 Öl-Projekte und ein Erdgasprojekt vereinbart; es ist ein Teil des 62 Mia-Kredites für 17 Projekte, das im April unterzeichnet wurde (Antara 5. 5. W 724). Vom 21.–23. 5. tagte in Djakarta eine gemeinsame Kommission über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Überwachung des Meeres die eine Verbesserung der Sicherheit der Schifffahrt im Gebiet von Lombok und der Makassar-Straße beschloß (Antara 26. 5. W 726). Handelsminister Prawiro besuchte am 7. 4. **Tokyo** wo er am 11. 6. mit Außenminister Ohira über Reis- und Kunstdüngerhilfe für 1973 konferierte; Japan sagte eine Lieferung von 380 000 t Reis zu (Kyodo 11. 6. W 729). Über das **Asahn-Projekt** (Bau eines Kraftwerkes und einer Aluminiumhütte) unterbreitete er einen neuen Kompromißvorschlag. Die Verhandlungen gerieten im Vorjahr ins Stocken als Djakarta die Kontrolle über die Anlage nach 30 Jahren sowie die Bezahlung des Wasserverbrauches aus dem **Asahn** forderte (JJI-Press 18. 6). Der Handel mit **S ü d k o r e a** betrug 1972 65 Mio. US-\$, davon 19,2 Mio. Importe (Antara 18. 5. W 726). Vom 5.–9. 6. besuchte Außenminister Malik **S ü d k o r e a** wo er über Fragen regionaler Kooperation konferierte und periodische bilaterale Gespräche auf höchster Ebene vereinbarte (R. Semoul 9. 6. FE 4317). Malik erklärte zur Koreafrage, daß, wenn beide Korea zwei Staaten bleiben wollten, Indonesien auch mit Südkorea – mit dem nur konsularische Beziehungen bestehen – Botschafter austauschen, gleichzeitig für eine Wiedervereinigung und die Aufnahme beider Staaten in die UNO eintreten werde (Antara 13. 6. FE 4323). Die politische und wirtschaftliche Unterstützung für **K a m b o d s c h a** wurde anlässlich eines Besuches des Botschafters bei Außenminister Malik bekräftigt (R. Djakarta 23. 4. FE 4281). Handelsminister Prawiro traf am 8. 6. mit **T h a i l a n d s** Premier Kittikachorn zusammen, den er um die Lieferung noch 1973 ersuchte, wozu dieser sich außerstande erklärte (R. Bangkok 8. 6. FE 729). Malik besuchte Anfang April **Thailand**, wo er die Ratifizierungsurkunden über ein Abkommen über den Grenzverlauf des Festlandsockels in der Straße von Malakka und im Andaman-Meer austauschte (Antara 9. 4.). **Amerika:** Von den **USA** erhielt Indonesien eine Anleihe in Höhe von 50 Mio. \$ zur Deckung von Lebensmittellankäufen (SCMP 2. 5.); eine weitere in Höhe von 4 Mio. \$ soll den Bau einer Düngemittelfabrik in Südsumatra mitfinanzieren (SCMP 3. 5.). Am 23. 5. wurde im Rahmen der Militärhilfe eine Zerstörer übergeben (Antara 24. 5. FE 4305). Mit **K a n a d a** wurde ein Abkommen über eine Anleihe im Finanzjahr 1972/73 in Höhe von 7,2 Mio. Kan. \$ vereinbart (Antara 19. 4. W 721); eine Anleihe für den Warenaustausch in Höhe von 8 Mio. \$ und ein Projekthilfe-Abkommen im Werte von 25 Mio. \$ wurde am 4. 5. gewährt, (rückzahlbar in 50 Jahren, Aufschub 10 Jahre) (Antara 5. 5. W 724). **Europa:** Der Außenminister der **B u n d e s r e p u b l i k**, Scheel, besuchte vom 26.–29. 4. Djakarta zu einer Konferenz deutscher Botschafter in Asien (NZZ 9. 5.). Am 19. 6. wurde ein Kredit in Höhe von 13 Mio. DM für telegraphische Ausrüstung der Eisenbahn vereinbart (Laufzeit 30 Jahre, 2% Zins) (R. Djakarta 19. 6. W 730) (Zur Investitionspolitik der BRD vgl. FAZ 18. 6.). Mit **G r o s s b r i t a n n i e n** wurde am 29. 6. ein Luftfahrtabkommen unterzeichnet (SCMP 29. 6.). **Ozeanien:** **A u s t r a l i e n** erklärte sich nach einem Besuch von Außenminister Barnard im April bereit, seine Militärhilfe zu verstärken; zugesagt wurden 8 Patrouillenboote und 4 Erkennungsflugzeuge (R. Melbourne 8. 4. FE 4267). Am 30. 4. wurde eine sechstägige Industrieausstellung in Djakarta eröffnet (R. Melbourne 28. 4. W 722). **Sozialistische Staaten:** Die Beziehungen zur **U d S S R** erfuhren durch den Besuch einer Parlamentarierdelegation (die auch Rumänien und Polen bereiste) eine Auflockerung (NZZ 30. 5., Antara 16. 5. FE 4289). Der Leiter der Delegation, der stellv. Parlamentssprecher Domo Pranoto, äußerte sich zufrieden darüber, daß weder die Internierten-Frage, das Verbot der KP, noch die Beziehungen zu China erwähnt wurden; statt dessen habe sich die UdSSR bereit erklärt, die wirtschaftlichen Beziehungen auf der Basis der Gleichheit wieder aufzunehmen. Pranoto äußerte sich auch positiv über die Gespräche in **P o l e n** und **R u m ä n i e n** (Antara 30. 6. FE 4336).

3. Kambodscha

Am 2. 4. wurden vom „Permanenten Komitee für nationale Verteidigung“ Maßnahmen verkündet, die im Rahmen des Notstandes u. a. die Überwachung der Mitglieder des Königshauses, Einschränkung der Tätigkeit politischer Gruppen und die Bekämpfung von Subversion und Banditenwesen vorsehen (R. Phnom Penh 4. 4. FE 4264). Am 4. 4. trat Innenminister Lon Non zurück (NZZ 6. 4.). Die militärische Situation verschlechterte sich Anfang April wesentlich, führte zu einer Einschließung der Hauptstadt und der Errichtung einer Luftbrücke durch die USA (NZZ 10., 12., 14. 4.). Am 17. 4. gab Präsident Lon Nol den Rücktritt der Regierung Hang Thun Hak und die Gründung eines „Hohen Politischen Rates“ bekannt. Dieser Rat sollte ursprünglich aus elf Mitgliedern bestehen und „einheitliche Beschlüsse in allen exekutiven Prinzipien“ fassen (R. Phnom Penh 18. 4. FE 4275). Am 28. 4. wurde Lon Nol per Dekret zum Vorsitzenden, Cheng Heng zu seinem Stellvertreter, Sirik Matak und In Tam zu den Mitgliedern des Rates ernannt (R. Phnom Penh 19. 4.). Gleichzeitig wurde das Parlament für sechs Monate suspendiert (R. Phnom Penh 24. 4.). Die Schaffung des „Hohen Politischen Rates“, der eine Verbreiterung der politischen Basis des Landes darstellt, kam angeblich auf Drängen der USA zustande und stellt den Versuch dar, angesichts der bedrohlichen militärischen Situation eine politische Einheitsfront zu bilden. Am 11. 5. wurde nach eingehenden Beratungen In Tam beauftragt, ein neues Kabinett zu bilden, das am 16. 5. vorgestellt wurde. Die wichtigsten Ressorts sind wie folgt besetzt:

Ministerpräsident	In Tam
Außenminister	Long Boret
Innenminister	Hem Ketsana
Verteidigungsminister	U Say

(R. Phnom Penh 16. 5. FE 4297).

Das Programm der Regierung wurde von In Tam am 17. 5. mit den Worten „Solidarität, Frieden, Wohlergehen“ umrissen. Für die Innenpolitik wird eine republikanische Regierung, Nationalismus, Souveränität, territoriale Integrität, für die Außenpolitik Unabhängigkeit, Neutralität und Frieden angestrebt (R. Phnom Penh 17. 5.). Während sich die militärische Situation weiter verschlechterte und eine Eroberung der Hauptstadt Ende Juni bevorzustehen schien, wurde aus den USA die Streichung der Kredite für die Bombardierungen durch den Senat und das Repräsentantenhaus bekannt (NZZ 27. 6.), was jedoch am Veto von Präsident Nixon scheiterte (NZZ 29. 6.).

4. Königreich Kambodscha (Exilregierung Sihanouk)

Die Aktivitäten der Regierung Sihanouk beschränken sich neben der Kampftätigkeit der „Roten Khmer“ auf politische Erklärungen und ausgedehnte Reisen zur Manifestierung des Anspruchs auf die Anerkennung als einzig rechtmäßige Regierung. Am 6. 4. traf Sihanouk nach einem angeblichen Besuch in den „befreiten Gebieten“ Kambodschas in Hanoi ein, wo er ein gemeinsames Kommuniqué unterzeichnete (VNA 6., 7. 4. FE 4266). Phnom Penh erklärte zu diesem und anderen Besuchen, daß die Bilder darüber gefälscht, Sihanouk nie selbst in Kambodscha gewesen sei (FAZ 22. 5., NZZ 22. 5., FE 4312). Sihanouk reiste anschließend nach Nordkorea weiter (KNCA 14.–17. 4., FE 4273, 76). Berichte über Verhandlungen zwischen der Regierung Lon Nol und den „Roten Khmer“ wurden von Kambodscha dementiert, während Vertreter Sihanouks eine politische Lösung überhaupt ablehnten (NZZ 11. 5.). Eine ausgedehnte Reise nach Afrika und Osteuropa begann Sihanouk am 8. 5. Sie führte ihn zunächst nach Algerien (FE 4293), dann nach Senegal, wo er eine Vereinbarung über die Vertiefung der Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet traf (NCNA 13. 5. FE 4295, NZZ 14. 5.). Weitere Stationen seiner Reise waren Mali (Unterzeichnung eines Kommuniqués) (NCNA 18. 5.), Guinea (R. Conakry 15. 4. FE 4297), die VR Kongo sowie Libyen (FE 4299, 4301, 03). Sambia, Marokko und Mauretanien bildeten den Abschluß (FE 4306, 09). Anschließend besuchte Sihanouk Albanien, Jugoslawien und Rumänien. Ziele und Ergebnisse dieser Besuche waren jeweils die gleichen – Sihanouk wollte mit den ihm freundlich gesinnten Staatsoberhäuptern Solidarität und Übereinstimmung demonstrieren, um dadurch seiner Exilregierung eine gewisse außenpolitische Anerkennung zu

sichern, wobei hinzuzufügen ist, daß dieses Ziel ohne die Unterstützung durch die VR China kaum in diesem Maße erreichbar wäre.

5. Laos

Nach längerer Unterbrechung fand am 10. 5. das 4. Treffen zwischen Prinz Souvanna Phouma und Phoumi Vongvichit statt, ohne daß es dabei zu einer Einigung über die zu bildende Koalitionsregierung kam (NCNA 14. 5.). Nach dem Friedensabkommen vom 21. 2. hätte diese bereits im März gebildet werden sollen, doch kam es zu Differenzen über die Verteilung der Kabinettsposten. Das Verbleiben der amerikanischen Militärberater erklärt sich aus dieser Verzögerung, da nach Art. 2 des Abkommens ausländische Truppen erst 60 Tage nach der Bildung einer Koalitionsregierung das Land verlassen müssen. Nach Angaben der USA standen Mitte Mai etwa 85 000 Nordvietnamesen in Laos, während Thailand etwa 15 000 Mann entsandt hatte, für die die USA die Kosten tragen (NZZ 18. 5.). Trotz wiederholter Versicherungen beider Seiten, das Friedensabkommen zu respektieren kam es bis Ende Juni zu keiner Einigung; dagegen beschuldigten sie sich zahlreicher Waffenstillstandsverletzungen (vgl. u. a. FE 4267, 77, 79, 92). Am 11. 5. wurde die 2. Sitzung der 7. Nationalversammlung eröffnet, zu deren Vorsitzendem Phoui Sananikone gewählt wurde (R. Vientiane 11. 5., 15. 5. FE 4296). Am 1. 6. veröffentlichte der Pathet Lao ein Memorandum über das Pariser Abkommen, das die Hauptschuld für die Verzögerung der Verhandlungen in der Politik der USA sieht. Gleichzeitig wurde die Bereitschaft bekräftigt, grundsätzlich zu dem Abkommen zu stehen und die Regierung in Vientiane aufgefordert, sich vom Einfluß der USA und dem „ultrareaktionärer Kräfte“ zu befreien (R. Pathet Lao 1. 6. FE 4312). Auch weitere Treffen zwischen Vongvichit und Souvanna Phouma am 21. 5., 28. 5. und 4. 6. brachten keine Fortschritte (R. Pathet Lao 23., 24. 5., R. Vientiane 5. 6. FE 4304, 08, 14).

Äußeres Eine Delegation des Pathet Lao unternahm im April eine „Freundschaftstour in sozialistische Staaten“, die sie u. a. in die VR China, nach Nordvietnam und Nordkorea, die UdSSR und in die DDR führte (FE 4274, 86, ADN 7. 5.). Am 18. 5. wurden mit Algerien diplomatische Beziehungen aufgenommen (R. Vientiane 18. 5. FE 4301).

6. Malaysia

Inneres Am 17. 4. wurde durch den König die 3. Sitzung des Parlaments in Kuala Lumpur eröffnet. Der König führte u. a. aus, daß die Regierung jederzeit der Bedrohung durch Terroristen und subversive Kräfte gewärtig sei. Lobend erwähnte er die Zusammenarbeit mit Thailand und Indonesien (R. Kuala Lumpur 17. 4. FE 4275). Sicherheitsfragen scheinen im Vordergrund der Innenpolitik zu stehen. Am 24. 4. erklärte der stellv. Premier Tun Ismail, daß ausländische Staatsangehörige in Aktivitäten gegen die Regierung verwickelt seien (R. Kuala Lumpur 24. 4. FE 4280). Gleichzeitig wurden Berichte über kommunistische Aktivitäten in Sarawak bekannt; zwischen 1972 und Anfang 1973 wurden 104 feindliche Soldaten getötet, 59 gefangengenommen, eine Vielzahl Waffen beschlagnahmt (Antara 27. 4. FE 4282; s. a. FE 4285, 86). Am 26. 4. wurde Kuala Lumpur „föderatives Territorium“, womit gesichert sein soll, daß die „Interessen des Volkes in der Hauptstadt“ garantiert seien, während gleichzeitig die besondere Position als nationale Hauptstadt demonstriert werden soll (R. Kuala Lumpur 26. 4. FE 4281). Drei Minister von Sarawak wurden am 2. 5. Vizepräsidenten der neuen „Partai Pesaka Bumiputra Bersatu Sarawak“, einer Schwesterpartei der „Partai Pesak und der „Partai Bumiputra“. Präsident ist der Minister für Angelegenheiten Sarawaks, Tan Sri Temenggong Jogah (R. Kuala Lumpur 2. 5. FE 4286). Minister für besondere Aufgaben wurde am 5. 6. der bisherige stellv. Minister für Kommunikation Lee Choon (R. Kuala Lumpur 5. 6. FE 4314). Am 30. 6. erklärte Tun Abdul Razak zur Innenpolitik u. a., daß die militanten Terroristen in Sarawak und an der Grenze zu Thailand unter Kontrolle seien. Über die Aufgabe der UMNO in den siebziger Jahren erklärte er, daß diese das Volk zur „Erreichung der Wiederherstellung der Gesellschaft und der Schaffung einer gerechten und disziplinierten Nation“ führen solle (R. Kuala Lumpur 30. 6. FE 4335).

Wirtschaft Zur Erstellung eines langfristigen Planes für die Wirtschaftsentwicklung wurde ein Komitee gebildet, an dessen Spitze der Generalsekretär des Ministeriums für Landwirtschaft und Fischerei, Abdullah Salleh, steht (R. Kuala Lumpur 26. 3. W 719); ein weiteres

Komitee beschäftigt sich mit der einheimischen Beteiligung an Handel und Industrie (R. Kuala Lumpur 4. 4. W 719). Die weitgehende Selbstversorgung mit Reis (zu 85%) wurde am 11. 4. von der Nationalen Reisbehörde bekanntgegeben (NCNA 14. 4.). Am 8. 5. wurde von der Regierung das Währungsabkommen mit Singapur mit sofortiger Wirkung gekündigt, was mit Meinungsverschiedenheiten über das währungspolitische Vorgehen sowie der unterschiedlichen Wirtschaftslage beider Staaten, die stets zu Schwierigkeiten Anlaß gegeben hätten, begründet wurde (R. Kuala Lumpur 8. 5. FE 4291). Ein ähnliches Abkommen mit Brunei wurde am 22. 5. durch Brunei beendet (R. Kuala Lumpur 22. 5. FE 4303). Finanzminister Tun Tan Siew Sin erklärte vor einer Konferenz über die Wirtschaftssituation am 21. 5., daß der Aufwärtstrend weiter anhalten werde. Für das laufende Jahr wird eine Zunahme des Brutto-sozialproduktes um 10% erwartet. Der Export soll um 11%, die privaten Investitionen um 10% steigen. Das Ziel der Politik ist es, Kuala Lumpur zum wichtigsten Konsumgütermarkt Ostasiens zu machen und eine führende Stellung auf dem Kautschukmarkt zu erreichen. Das gegenwärtige System der Exportabwicklung stehe im Gegensatz zu den Interessen des Landes, da nur 45% über Kuala Lumpur, 55% aber über Singapur liefen (R. Kuala Lumpur 21. 5. W 726, SCMP 24. 5.). Der Dollar-Kurs wurde am 21. 6. freigegeben (JAT 22. 6.).

Äußeres Am 4. 6. genehmigte die Weltbankgruppe einen Kredit von 13,5 Mio. \$ für den Ausbau des Wasserversorgungssystems im Klang-Tal (IDA-Pressemitteilung 4. 6.). **Asien:** Zur Anregung von Investitionen aus Japan soll u. a. ein Zentrum zur Investitionsförderung in Tokyo errichtet werden. Seit 1963 stiegen die Investitionen von 10,8 Mio. auf 16,4 Mio. US-\$ 1972 (JAT 27. 4.). Am 19. 5. wurde auf gemeinsamer Unternehmerbasis ein Abkommen zum Bau einer Werft unterzeichnet; sie soll mit einem Aufwand von 92–98 Mio. M.\$ bei Johore Bharu gebaut und einer der größten Südasiens werden (JAT 20. 5.). Die Beziehungen zu Singapur sind nach Premier Lee durch die Trennung der Währungseinheit nicht gefährdet (SCMP 12. 5.). Informale Gespräche wurden zwischen Razak und dem Premier Thailands Kittikachorn Ende Mai abgehalten; weitgehende Übereinstimmung wurde über bilaterale, regionale und internationale Aspekte einschließlich der Indochinafrage erzielt (R. Kuala Lumpur 23. 5. FE 4304). Mit Nordkorea wurden am 30. 6. diplomatische Beziehungen aufgenommen (R. Kuala Lumpur 30. 6. FE 4335). Im Hinblick auf die Beziehungen zur VR China erklärte Razak am 30. 6., daß Gespräche mit Peking über eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen bereits begonnen haben und daß er mit einem baldigen Abschluß rechnet (R. Kuala Lumpur 30. 6. FE 4335). Am 5. Mai hielt sich Razak zu Gesprächen mit Suharto in Indonesien auf, wo er mit diesem Vorgehen gegenüber den USA wegen der Freigabe der Zinnvorräte besprach. (R. Djakarta 7. 5. FE 4230).

Afrika: Mit dem Irak wurden am 5. 4. diplomatische Beziehungen aufgenommen (R. Bagdad 5. 4.). **Europa:** Am 16. 6. erfolgte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Finnland (R. Kuala Lumpur 15. 6. FE 4323). Ein Luftfahrtabkommen mit Österreich wurde am 2. 5. vereinbart (R. Kuala Lumpur 2. 5. W 724).

(Zur Tätigkeit deutscher Gewerkschaften vgl. Stuttgarter Zeitung 4. 7.). **Sozialistische Staaten:** Ein Abkommen über den Luftverkehr wurde am 1. 5. mit der CSSR unterzeichnet (R. Kuala Lumpur 2. 5. W 724), die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR am 4. 4. vereinbart; über den Austausch diplomatischer Repräsentanten soll später verhandelt werden (ADN 3. 4.). Mit der UdSSR wurde am 8. 4. ein Programm über kulturellen und wirtschaftlichen Austausch für ein Jahr vereinbart (Kuala Lumpur 8. 4. FE 4267). Anfang Mai kamen sowjetische Sachverständige zur Prüfung der Voraussetzungen für die Planung eines Wasserkraftwerkes nach Malaysia; die Prüfung wird 17 Monate dauern, (JAT 6. 5) (vgl. auch NZZ 8. 5.).

7. Philippinen

Inneres Seit der Verhängung des Kriegsrechts im September 1972 ist die Innenpolitik von der „neuen Gesellschaft“, die Präsident Marcos schaffen will, in der Korruption, Bestechung, Schmuggel etc. ausgeräumt sind, bestimmt. Weniger Freiheiten sollen mit mehr Ordnung ausgewogen werden, was von einem Großteil des Volkes begrüßt wird. Angeblich ging die Kriminalität um 60% zurück, nachdem der Besitz von Schusswaffen verboten, korrupte Beamte entlassen und die „Privatarmee“ vieler Politiker aufgelöst wurde (NZZ 23. 6.). Die Lage in den Südpfeilen ist nach Marcos seit Mitte April unter Kontrolle; bei Zusammenstößen sol-

len etwa 1500 Aufständische verwundet bzw. getötet worden sein (R. Moskau 25. 4.). Ein Dialog der Regierung mit Moslemführern verspricht Aussicht auf eine baldige Beendigung der Unruhen in Mindanao (SCMP 5. 5.). Auf einen Aufruf von Marcos hin erklärten sich die Moslems bereit, bei den Aufständischen zu vermitteln, wozu Marcos einen Entwicklungsplan zur Erhöhung des Lebensstandards der Moslem-Minderheit vorlegte (AFP 9. 5.). Einen konkreten Hinweis auf die nach wie vor kritische Situation stellt dagegen der Erlaß vom 12. 5. zur Ableistung eines allgemeinen Wehrdienstes bis zu 12 Monaten dar, der mit der „dringenden Notwendigkeit“, die regulären Truppen zu unterstützen, begründet wurde (JAT 13. 5.).

Wirtschaft Die Arbeitslosigkeit ging von 10% (1965) auf 4,8% im Mai zurück; um für 626 000 Personen Arbeitsplätze zu schaffen, sind nach Marcos verstärkte Investitionen, der Wiederaufbau des Gewerkschaftswesens und mehr soziale Gerechtigkeit erforderlich (SCMP 3. 5.). Die Gründung von Kooperativen in Mindanao wurde von Marcos am 4. 5. im Rahmen eines Entwicklungsprogramms angeordnet (FE 4288). Ebenfalls auf Anordnung von Marcos soll der Export von Holz als eine der wesentlichsten Deviseneinnahmequellen innerhalb der nächsten drei Jahre gefördert werden (JAT 10. 5.). Das seit 13 Jahren bestehende Verbot der Beteiligung ausländischer Investoren an der Reis- und Maisindustrie wurde Ende Mai aufgehoben. Die Devisenreserven in Höhe von 530 Mio. \$ sind die höchsten in der Geschichte des Landes (JAT 22. 5.). Bedingt durch die Stabilisierung im Innern stieg auch das Vertrauen der ausländischen Investoren; nach der Gründung einer „National Economic Development Authority“ (NEDA), die die Wirtschaftsplanung durchführt, ist eine konzentriertere Entwicklung festzustellen. Zur Erschließung neuer Einnahmequellen wurde die Steuereintreibung intensiviert. Außerdem sollen die Pfründe der Oligarchie angezapft und diese dazu veranlaßt werden, ihr Geld in die Wirtschaft des Landes zu investieren (90% des Volkvermögens ist im Besitz einiger hundert Familien). Der Außenhandel entwickelt sich positiv; im Februar wurde ein Überschuß der Außenhandelsbilanz von etwa 10 Mio. \$ erzielt, im ersten Quartal 73 betrug die Exporte mit 358,8 Mio. 32% mehr als im Vorjahr; die Importe gingen um 21,2% auf 257 Mio. \$ zurück (FAZ 23. 6.). Die Bodenreform ist ein wesentlicher Faktor der Landwirtschaft. In den Provinzen Pampanga und Nueva Ecija wurde damit begonnen, Zertifikate des Landtransfers an Pächter zu verteilen, denen das Land nach 15 Jahren gehört, wenn sie in Jahresraten den Großgrundbesitzern das Land in bar oder Naturalien bezahlt haben, deren Wert die Regierung nach der Ernte der drei letzten Jahre festlegt (NZZ 3. 6.).

Äußeres Zur Außenpolitik erklärte Marcos am 8. 5., daß diese nach wie vor im Dienste der Nationalinteressen stehe. Seit der Unabhängigkeit am 4. 7. 1946 seien die USA der wichtigste Partner gewesen. Große Bedeutung maß der ASEAN bei, vor allem im Hinblick auf die regionale Zusammenarbeit in Südostasien. Die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten sollen normalisiert werden, nach dem Austausch von Botschaftern mit Rumänien und Jugoslawien werden Beziehungen mit der UdSSR und der VR China erwogen (R. Manila 8. 5. FE 4294). Die Internationale Finanzkorporation (IFC) gewährte der Textilindustrie des Landes ein Darlehen von 1,5 Mio. US-\$ zur Erweiterung der Produktionskapazität (IFC-Bulletin). Eine Handelsmission reiste am 24. 4. in die VR China zur Erforschung des Marktes (R. Manila 23. 4. W 722). Der Stand-by-kredit Japans in Höhe von 50 Mio. \$ wurde für ein weiteres Jahr bewilligt (JAT 22. 6.). Der Außenhandel mit sozialistischen Staaten betrug seit Mai 1972 45 Mio. \$, davon 19,2 Mio. \$ Exporte nach China (R. Manila 25. 5. W 726).

8. Singapur

Die Reserven in ausländischer Währung betrug am 11. 5. 5,7 Mia. US-\$ (R. Singapur 11. 5. W 725). Malaysias Entscheidung (s. dort), die Währungsunion mit Singapur zu beenden, erleichtert angeblich die Bemühungen Singapurs, finanzielles Zentrum in Südostasien zu werden (R. Singapur 18. 5. W 726). Lee Kuan Yews Wirtschaftspolitik zielt darauf ab, zum Sitz multinationaler Unternehmen zu werden. Beispiel dafür ist das Engagement von Rolle, das seit 1971 vier Fabriken baute. Der Gesamtumsatz des Konzerns betrug 1972 230 Mio. DM, davon 65 Mio. in Singapur (vgl. Die Zeit 13. 4., NZZ 17. 4., FAZ 5. 6.). Vom 25.–31. 5. hielt sich Lee Kuan Yew in Londonien auf,

wo er mit Razak vor allem Fragen bilateraler Zusammenarbeit sowie regionale Probleme erörterte. Am 25. 5. wurde ein Abkommen über die Wassergrenze unterzeichnet, das demnächst ratifiziert werden soll (R. Djakarta 25. 5., Antara 26. 5., R. Singapur 31. 5. FE 4306, 10). Am 11. 6. wurde ein Abkommen mit der Pertamina über den Verkauf von Ölprodukten vereinbart (R. Djakarta 12. 6. W 729). Am 7. 5. traf Lee zu einem dreitägigen Besuch in J a p a n ein; bei den Gesprächen standen die Zusammenarbeit der ASEAN-Staaten sowie bilaterale Fragen im Mittelpunkt (JAT 8. 5., Kyodo 10. 5. FE 4293). Das Ziel eines Geheimbesuchs vom 14.—16. 5. war T a i w a n. Die Vermutung, daß Singapur eine Vermittlerrolle zwischen Taipei und Peking spielen könne, wurde als „kompletter Unsinn“ zurückgewiesen (JAT 1. 6., SCMP 18. 5.).

9. Thailand

Inneres Zur Sicherheit äußerte der stellv. Premier Praphat Charusathien am 2. 5. daß die kommunistischen Terroristen in naher Zukunft ihr Aktivitäten erheblich einschränken würden. Er führte dies auf die Tätigkeit des „Communist Suppression Operations Command“ zurück, das versucht, die Terroristen umzustimmen, da es sich bei den meisten um Irreführte handele, die zu Terrorakten gezwungen würden (R. Bangkok 2. 5. FE 4287, s. a. FE 4288, 91). Der Auflösung ihrer Verbände und ihrer Entwaffnung stimmten etwa 10 000 Angehörige der 93. Division der Kuomintang-Armee zu, die sich seit 1949 in Thailand aufhalten, nachdem ihnen die Regierung die Niederlassung erlaubte, wenn sie die Bedingungen erfüllten und den Opiumanbau einstellten (Bangkok Post 6. 5., SCMP 8. 5. FE 4293). Am 29. 5. beschloß das Kabinett die Beförderung Charusathiens zum Feldmarschall, Admiral der Flotte und Luftmarschall (R. Bangkok 29. 5. FE 4309). Zur Situation im Lande erklärte Premier Kittikachorn am 6. 6., daß diese nach wie vor von den Ereignissen in Laos und Kambodscha abhängig sei. Die Kürzung der Hilfe der USA ließe zu einer Minderung des Glaubens in die Bündnistreue der USA als Führer der freien Welt geführt (R. Bangkok 6. 6. FE 4317). Am 12. 6. beschloß das Kabinett einen Stop der Reisausfuhr, eine Kontrolle des Reispreises und die Verabschiedung eines Reishandelsgesetzes (s. Wirtschaft). (R. Bangkok 13. 6. FE 4322). Nach Studentenunruhen nach dem Ausschluß von 9 Studenten wurden am 22. 6. alle Universitäten und Hochschulen für einen Tag geschlossen (R. Bangkok 21., 22. FE 4328, 30). Die Demonstrationen wurden fortgesetzt, während die Regierung behauptete, daß die Hintermänner dieser Demonstration „gewissen Leute, die nicht Studenten sind“, seien (R. Bangkok 26., 27., 29. FE 4332, 33, 34).

Wirtschaft Die Reis- und Maisernte wird wegen der Trockenheit und des späten Monsunregens etwa 12% niedriger sein als 1972 (13,9 Mio. t Reis), wodurch der Export zurückgehen und das Außenhandelsdefizit steigen werden. Die dadurch ausgelöste Furcht vor einer Reisknappheit führte zum Ansteigen der Reispreise und am 12. 6. zu einer Exportsperrung, wovon lediglich bereits vereinbarte Ausfuhren ausgenommen waren (FE 4322, JAT 14. 6.).

Äußeres Der Handel mit L a o s stieg 1972 erheblich (Export 27,6 Mio. Import 4 Mio. \$) (JAT 21. 6.). S i n g a p u r s Außenminister Rajatnan wurden am 28. 6. bevorzugte Reislieferungen zugesagt, über deren Höhe noch verhandelt werden soll (JAT 30. 6.). Vom 2.—7. 6. tagte das Grenzkomitee mit M a l a y s i a, das Maßnahmen zur Sicherung der gemeinsamen Grenze auf Land und See erörterte (R. Kuala Lumpur 4. 6. FE 4313, 15). Der stellv. Außenminister Chunhawan besuchte am 6. 4. I n d o n e s i e n zu Gesprächen über die Kooperation unter den ASEAN-Staaten, die Situation in Südostasien und bilaterale Fragen. Außenminister Malik sagte dabei zu, zur nächsten ASEAN-Ministerkonferenz auch Nordvietnam, Südvietnam, Laos, Burma und Kambodscha einzuladen (R. Djakarta 8. 4. FE 4266, 68). Um die Person des früheren Ministerpräsidenten von B i r m a, U Nu, kam es zu Differenzen mit Ne Win, die bei einem Besuch Ne Wins am 5. 5. bereinigt wurden. Beide Staaten erklärten sich bereit, das gemeinsame Grenzkomitee zu reaktivieren, Thailand versicherte, niemals Oppositionelle zur Regierung Ne Win unterstützt zu haben, während U Nu der Regierung zusagte, demnächst auszureisen (R. Bangkok 5. 5. FE 4288). Am 15. 6. wurde U Nu aufgefordert, das Land zu verlassen, nachdem er entgegen den Vereinbarungen politisch aktiv geworden sei (JAT 17. 6.). Um eine Normalisierung der Beziehungen zu N o r d v i e t n a m ist die Regierung bemüht; direkte Kontakte bestehen über das Rote Kreuz über die Frage der Rückkehr von etwa

40 000 Flüchtlingen nach Vietnam (R. Bangkok 11. 4. FE 4260). Japan gewährte eine Anleihe in Höhe von 1,82 Mia. Yen zum Ausbau des Telefonsystems (JAT 6. 4.). Anfang April akzeptierte Japan die Erweiterung der Exportgüter aus Thailand auf 98 Artikel (JAT 12. 4.). Am 18. 5. folgte ein Abkommen über die Errichtung eines petrochemischen Werkes nach vierjährigen Verhandlungen, an dem sich Japan mit 42 Mia. Yen beteiligt (JAT 20. 5.). Die Notwendigkeit der Hilfe der USA in militärischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht wurde des öfteren hervorgehoben, nicht ohne Kritik an ihrem Disengagement. Eine Minderung der Hilfe würde die Sicherheit Thailands gefährden, da die Subversion vom Ausland genährt würde, insbesondere seit dem Rückzug der USA aus Kambodscha und Laos (R. Bangkok 10. 5., 1. 6. FE 4294, 4311). Mit Wirkung vom 1. 6. wurde mit Rumänien die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart (Agerpress 1. 6.).

10. Nordvietnam

Inneres Anfang April fand eine Konferenz über wissenschaftliche, kulturelle und informationsbezogene Aufgaben „in der gegenwärtigen Situation“ statt, die Premier Pham Van Dong besuchte (R. Hanoi 3. 4. FE 4264). Am 22. 4. wurden Wahlen zum Volkskongreß in Hanoi, Haiphong und zwölf anderen Städten abgehalten (VNA 22. 4. FE 4279). Die Wahlbeteiligung wurde für Hanoi mit 99,12%, für einige ländliche Gebiete mit 100% angegeben (VNA 26. 4. FE 4281). Vom 29. 4.—2. 5. fanden in anderen Provinzen und Dörfern Wahlen mit einer Beteiligung von 80 bzw. 75% statt (R. Hanoi 2. 5. FE 4289). Eine Amnestie für Kriminelle, „die sich rehabilitiert haben“, wurde am 4. 5. verkündet (VNA 4. 5. FE 4289). Der Jugend-Landeskongreß unter dem Motto der „drei Bereitschaften“ fand vom 11.—12. 5. in Hanoi statt. Am 23. 5. und am 14. 6. tagte das ständige Komitee der Nationalversammlung unter Vorsitz von Truong Chinh. Auf dem Treffen im Juni wurde die Schaffung eines Aufbauministeriums beschlossen, Neubesetzungen innerhalb der Regierung vorgenommen. Der stellv. Ministerpräsident Nguyen Con wurde der Funktion als Präsident des staatlichen Planungskomitees für den Bereitschaftsdienst des Regierungsrats enthoben, an seine Stelle trat der bisherige stellv. Präsident des staatlichen Planungskomitees Nguyen Lam. Do Muoi, stellv. Ministerpräsident, wurde das Amt des Aufbauministers übertragen, Boi Quang Tao, Minister des alten Aufbauministeriums, wurde für andere Aufgaben abberufen, Nguyen Thanh Binh, Präsident der Inspektionskommission der Regierung, trat an die Stelle des Ministers für landwirtschaftliche Bewässerung, Ke Tan (VNA 14. 6. FE 4322). Das Erziehungswesen stand im Mittelpunkt einer Artikelreihe der Parteizeitung „Nhan Dan“ im Juni, das die Bedeutung der Erziehung für die „revolutionäre Sache“ und das „häusliche Glück“ hervorhob (R. Hanoi 31. 5., 23. 6. FE 4312, 34), weitere Anstrengungen wurden auch im Militärwesen gefordert. General Giap hof auf einer Konferenz des Parteikomitees von Hanoi Mitte Juni den Sieg über die USA hervor, betonte aber die Notwendigkeit der Konsolidierung verstärkter militärischer Anstrengungen (R. Hanoi 27. 6. FE 4333).

Wirtschaft Wiederaufbau von Industrie, Landwirtschaft und Infrastruktur sind die wichtigsten Aufgaben. Chinesischen Angaben zufolge wurden seit Anfang des Jahres Wohnungen für über 130 000 Personen erstellt (NCNA 28. 3. W 719). Anfangs April fand eine Konferenz über den Handel innerhalb des Landes statt, auf der der Aufbau eines Verteilernetzes für Industriegüter gefordert wurde (R. Hanoi 12. 4. W 721). Bereits Mitte April wurde die Instandsetzung der Eisenbahnlinien und der Straßen gemeldet, während die Wasserwege zur Hälfte wieder befahrbar sind. Auf dem Gebiet der Wirtschaftsplanung hat die Landwirtschaft Priorität im Rahmen der neuen Agrarpolitik soll die Gesellschaftsstruktur auf dem Lande durch die Schaffung großer Staatsfarmen modifiziert werden. Für den industriellen Aufbau sind vor allem Facharbeiter und Manager notwendig, wozu ausländische Hilfe benötigt wird (NZZ 20. 4.). „Nhan Dan“ beklagte am 23. 4. die mangelnde Arbeitsmoral in einigen Fabriken in denen angeblich nur 4–5 Stunden gearbeitet würde, forderte eine Verbesserung der Qualität bei günstigeren Preisen (R. Hanoi 20. 4. W 722). Kritisiert wurde auch das Management in den Genossenschaften, da in vielen die einzelnen nur „leichte Arbeiten und Vergnügungen“ suchten, ohne sich anzustrengen, wobei dieses Verhalten im Gegensatz zu dem Patriotismus und den Aufgaben des Volkes stände (R. Hanoi 4. 5. W 724). Dabei wurde hervorgehoben, daß der Krieg gegen den US-Imperialismus zwar günstige Voraussetzungen

geschaffen habe, aber größte Anstrengungen und intensive Arbeit verlange. Die Zunahme des Schwarzhandels wurde ebenfalls kritisiert. Viele Produkte, deren Beschaffung, Ankauf und Verteilung dem Staat obliegen, werden illegal verkauft (R. Hanoi 16. 5. FE 4298). Weitere Aufrufe im Parteiorgan zur Steigerung der Produktion und Effektivität der Arbeit und zu einem „neuen Weg des Denkens und Handelns“ weisen auf Mängel und Mißstände im Wirtschaftssystem hin (Nhan Dan 31. 5. W 728, 4. 6. W 729). Ein anderer Artikel beschäftigt sich mit dem Recht der Frauen auf Eigentum (R. Hanoi 24. 6. FE 4332).

Äußeres/Asien: Aus Japan soll im Laufe des Jahres die Einfuhr von Textilien, Stahl, Düngemitteln und chemischen Produkten beginnen, während Kohle, Roheisen und landwirtschaftliche Erzeugnisse exportiert werden sollen (JAT 31. 3.). Mitte April wurde ein weiteres Abkommen über Arbeitsgespräche zum Zweck der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart (JAT 24. 4.). Am 16. 4. reiste eine landwirtschaftliche Delegation zu einem sechsmonatigen Besuch nach Japan (Kyodo 26. 4. FE 4281) und am selben Tag wurde der Gouverneur von Tokyo, Minobe gebeten, seinen Hanoi-Besuch zu verschieben (Kyodo 27. 4. FE 4282). Am 9. 5. wurde eine Gesellschaft für den wissenschaftlichen und technischen Austausch zwischen beiden Staaten in Tokyo gegründet (JAT 10. 5.). Um die Aufnahme von „freien Krediten“, die zum Wiederaufbau verwendet werden sollen, suchte Nordvietnam in Singapur nach (JAT 9. 4.). Mit dem Pathet Lao wurde am 9. 5. ein Abkommen über das Kommunikations- und Transportwesen unterzeichnet, nach dem Hanoi 1973 die Pathet Lao in diesen Bereichen unterstützt (VNA 12. 5. FE 4296); Mitte Juni folgten ein Abkommen über nichtrückzahlbare Unterstützung bei Bauprojekten sowie der Ausbildung in verschiedenen Berufszweigen (JAT 16. 6.). Am 22. 6. reiste eine Delegation unter Pham Van Dong in die Mongolische VR und nach Nordkorea. Sie wurde in Ulan Bator von Premier Tsendenbal und anderen führenden Politikern empfangen und führte dort bis zum 25. offizielle Gespräche (Tass 22. 6., VNA 25. 6. FE 4330); am 20. 6. war ein Kulturabkommen für 1973 unterzeichnet worden (VNA 23. 6. FE 4329); am 25. folgten eines über Handel- und Zahlungsaustausch für 1974 (VNA 25. 6. FE 4331)! Vom 26. 6. bis 1. 7. hielt sich die Delegation in Nordkorea zu Gesprächen auf (ACNA 28. 6. FE 4334, VNA 1. 7. FE 4326). **Amerika:** Die USA gaben am 27. 6. bekannt, daß alle fünf Hafeneinfahrten sowie die angrenzenden Gewässer des Hafens von Haiphong entmint seien (NZZ 30. 6.). Die angekündigte amerikanische Hilfe für Hanoi wurde vorerst so lange stillgelegt, bis Hanoi die Bedingungen des Waffenstillstandsabkommens erfülle (FAZ 3. 5.) (VNA 20., 27. 4. FE 4277, 84 s. a. NZZ 14. 4.). **Europa:** Aus der Bundesrepublik hielt sich G. Berendonck vom 21.–26. 4. in Hanoi auf, wo er die künftigen Beziehungen mit Hanoi erörterte (dpa 21. 4., VNA 27. 4. FE 4280, 82). Außenminister Scheel erklärte zum Abschluß der Botschafterkonferenz in Djakarta am 29. 4., daß Bonn die Gespräche über die diplomatischen Beziehungen fortsetzen würde, wobei er ausführte, daß die Entscheidung als solche klar sei (dpa 29. 4.). Die Mittel des Deutschen Caritasverbandes sollen zum Bau eines Krankenhauses in Haiphong und zum Ankauf von Baumaterial verwendet werden; der Caritasverband will außerdem medizinisch-technische Einrichtungen liefern (FAZ 5. 5.). Bei den Kontakten, die seit dem Besuch Berendoncks bestehen, wurde deutlich, daß Hanoi zwar auf Bonner Hilfe hofft, aber nur wenig Interesse an diplomatischen Beziehungen hat (FAZ 1. 6.). Schwedens Außenminister Wickman besuchte vom 7. – 11. 4. Nordvietnam und unterzeichnete ein Abkommen über wirtschaftlich-technische Kooperation in Höhe von 300 Mio. Kronen, den höchsten Betrag, den Schweden jemals zur Verfügung stellte (VNA 7., 11. 6. FE 4317, 19, NZZ 14. 6.). Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Frankreich wurde am 12. 4. bekanntgegeben. Gleichzeitig wurde Paris aufgefordert, die Existenz der Provisorischen Revolutionsregierung (Vietcong) anzuerkennen (VNA 25. 5.). Diplomatische Beziehungen wurden auch mit den Niederlanden (am 9. 4.) aufgenommen. **Sozialistische Staaten:** Mit der DDR wurde am 14. 5. ein Plan für medizinische Zusammenarbeit für 1973–75 unterzeichnet (VNA 16. 5. W 725); auf der 9. Sitzung des ZK der SED wurde beschlossen, bei dem Aufbau der Stadt Vinh zu helfen (VNA 31. 5. W 728). Am 18. 6. traf eine Delegation für Hochschul- und Fachhochschulwesen zu einen vierzehntägigen Besuch in Ostberlin ein (ADN 18. 6.), während eine Gruppe von Bauexperten unter dem stellv. Minister für das Bauwesen, Kosel, Hanoi besuchte (ADN 19. 6.). Zum Grundvertrag zwischen beiden deutschen Staaten erklärte Hanoi am 23. 6., daß dieser ein „wichtiger Sieg des Volkes der DDR“ sei (VNA 23. 6. FE 4330); am 22. 6. wurde ein Abkommen über die wissenschaftliche Zusammenarbeit für 1973/74 unterzeichnet (JAT 24. 6.).

Aus der CSSR besuchte eine Parlametarierdelegation unter Alois Indra am 4. 4. Hanoi, wo sie sich bis zum 11. 4. aufhielt (FE 4265, 67, 70); am 18. 4. wurde eine Hilfe in Höhe von 1,5 Mio. Kronen in Prag in Form von 10 t Textilien überreicht (VNA 18. 4.); die 9. Tagung der Gemeinsamen Kommission für wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit fand unter Teilnahme des Ministers für das Bauwesen der Technologie, Karel Löbl, statt (CTK 2. 6. W 727). Die UdSSR bekräftigte ihre Absicht, auch künftig auf der Seite „des vietnamesischen Volkes“ zu stehen (Tass 14. 5.); das am 13. 6. unterzeichnete Zusatzabkommen wurde von der Pravda als „neuer Schritt auf dem Wege zur Herstellung eines echten Friedens in Vietnam“ bezeichnet (Tass 16. 6.). **Sonstige:** Mit Burundi wurde am 16. 4. die Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf Botschafterebene vereinbart. Die Teilnahme an der ASEAN-Konferenz vom 16.–18. 4. in Thailand wurde von Nordvietnam wegen der militärischen Präsenz der USA in diesem Staat abgelehnt (JAT 8. 4.).

11. Südvietnam

Inneres Wie im Norden werden auch im Süden große Anstrengungen zum Wiederaufbau von Industrie und Wirtschaft gemacht, nicht ohne daß die Bevölkerung vor einem drohenden Angriff des Nordens gewarnt und zur Vorsicht angehalten wird (R. Saigon 6. 4. FE 4266). Besorgnis erregt die Situation in Kambodscha, wobei gleichzeitig betont wurde, daß Südvietnam dort nicht eingreifen wolle (R. Saigon 9. 4. FE 4268, FE 4278). Trotz der Ablehnung durch den Vietcong sind allgemeine Wahlen für den 26. 8. 73 vorgesehen (JAT 27. 4.); erste Wahlen in zwei Provinzen, bei denen der Vietcong nicht zugelassen war, fanden am 6. 5. statt (JAT 7. 5., NZZ 7. 5.). Bis Ende des Jahres sollen insgesamt 1285 Dörfer neue Gemeinderäte wählen. Präsident Thieu kündigte am 13. 5. ein umfassendes Nachkriegsprogramm zur Behebung von Kriegsschäden, Schaffung besserer Lebensbedingungen und dem Aufbau der Wirtschaft an; die Landwirtschaft steht dabei im Mittelpunkt (NZZ 15. 5.). 26 Parteien wurden am 17. 5. verboten, da sie nicht den Bedingungen Thieus entsprachen, welche er im letzten Jahr erlassen hatte; derzeit bestehen noch vier Parteien (Vietnam Press 18. 5. FE 4299). Am 12. 5. erließ Premier Cran Thein Khiem ein Dekret über die Internierung „gefährlicher Elemente“, die die nationale Verteidigung, Sicherheit und öffentliche Ordnung gefährdeten (Vietnam Press 19. 5. FE 4301). In einer Rede am 20. 5. skizzierte Thieu einen Wiederaufbauplan, der in drei Phasen ablaufen soll (R. Saigon 20. 5. FE 4302). Am 17. 6. um 18.00 Uhr wurden die Kandidatenlisten für die Senatswahlen am 26. 8. geschlossen (R. Saigon 17. 6. FE 4325).

Wirtschaft Anfang April wurde von der Regierung eine Liste von Investitionsvorhaben aufgestellt, die für das Ausland gedacht ist und gewinnträchtige Anlagemöglichkeiten bieten soll. Die erforderlichen Mittel belaufen sich auf 138,5 Mio. \$ (SZ 2. 4.). Das Erdölproduktionsgesetz vom 1. 12. 1970 wurde durch vier Dekrete des Ministerpräsidenten ergänzt, nach denen 55% Einkommenssteuer für die Ausbeutung der Ölfelder vorgesehen sind. Ein anderes Dekret setzt den jährlichen Pachtvertrag für die Ölerwartungsgebiete sowie die Zusatztarife für ölproduzierende Gebiete fest (JAT 9. 4.). Der Piaster wurde am 29. 4. erneut abgewertet, seine Parität gegenüber dem US-\$ beträgt danach 485 statt 475 (FAZ 30. 4.). Der Abzug der US-Truppen stellt eine schwere Belastung dar; sie wird u. a. daraus ersichtlich, daß das amerikanische Militär rund 500 Mio. \$ jährlich ausgab. 1972 waren es noch 200 Mio. \$, für 1973 werden mit weniger als 50 Mio. gerechnet. Um die benötigten Einnahmen zu erhalten, verabschiedete Präsident Thieu neue Steuergesetze, die mit Wirkung vom Juli in Kraft treten und u. a. eine Umsatzsteuer von 10% für alle Geschäfte vorsehen; eine Konsumsteuer soll auf verschiedene Gebrauchsgüter erhoben werden (SZ 7. 5., FAZ 21. 5.). Das Wiederaufbauprogramm soll jährlich zu einer neunprozentigen Steigerung des Bruttosozialprodukts führen, das 1980 eine Steigerung von 80% erreicht haben soll (NZZ 22. 5.).

Äußeres Präsident Thieu unternahm im April eine Auslandsreise, die ihn zuerst in die USA führte, wo er mit Präsident Nixon zusammentraf; allerdings erhielt er nicht die gewünschte Waffenhilfe, wohl aber wirtschaftliche Unterstützung. Hauptgesprächsthemen waren die Sicherung der Waffenruhe und die Anwesenheit nordvietnamesischer Truppen in Laos und Kambodscha (NZZ 2., 3., 5. 4., FAZ 4. 4.). Das Abschlußkommuniqué enthielt eine erneute Warnung an Hanoi im Hinblick auf die fortgesetzt Infiltration von Soldaten und Waffen, welche die USA als Verletzung des Waffenstillstandsabkommens betrachten (NZZ 5. 4., 7. 4.). An-

schließend reiste Thieu nach Italien, wo er vom Papst empfangen wurde (NZZ 11. 4.), hielt sich einen Tag in London auf und besuchte anschließend die Bundesrepublik. Die Bemerkung von Kanzler Brandt, daß man „einige Besucher lieber gehen als kommen“ sehe, wurde vom Außenministerium als „ausgesprochene Unhöflichkeit“ bezeichnet, zugleich wurde betont, daß „die Freundschaft zwischen Westdeutschland und Vietnam durch eine Erklärung allein nicht gefährdet“ werden könne (Vietnam Press 27. 4. FE 4281, NZZ 11. 4.). Weitere Stationen waren Südkorea und die Republik China (FE 4271, 72). Frankreich erhob parallel zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Nordvietnam seine Beziehungen zu Südvietnam auf Botschaferebene (R. Saigon 10. 4. FE 4269). Ende Mai wurde eine Anleihe in Höhe von 30 Mio. \$ zur Modernisierung und Ausweitung verschiedener Industrieprojekte mit fünfzehnjähriger Laufzeit bei 4% Zins gewährt (R. Saigon 30. 5. W 728). Vor einer Anerkennung der Provisorischen Revolutionsregierung wurde Japan am 22. 5. gewarnt, als es die Einreise von Vertretern dieser Regierung offiziell genehmigte (R. Japan 25. 5.). Mit Singapur wurde am 26. 5. ein Luftverkehrsabkommen ratifiziert (R. Saigon 26. 5. W 727).

12. Vietnam-Krieg/Vietnam-Verhandlungen

Entsprechend dem Abkommen vom 27. 1. sollte innerhalb von 90 Tagen ein Abkommen zwischen der Regierung Südvietnams und der Befreiungsfront über eine politische Lösung erzielt werden. Zu diesem Zweck sollte ein „Rat der Wiederversöhnung und nationalen Eintracht“ aus drei Gruppen gebildet werden, der auch freie Wahlen organisieren soll. Dazu traten in Paris politische Delegationen Saigons und des Vietcong zusammen, deren Verhandlungen aber schnell auf Schwierigkeiten stießen (NZZ 6. 4., Vietnam Press 14. 4., FE 4272, NZZ 14. 4.). Beide Seiten hatten einen 6-Punkte-Plan für die künftigen Verhandlungen vorgesehen, doch wurden sie jeweils von der anderen Seite abgelehnt (R. Saigon 25. 4., VNA 25. 4. FE 4279, 80, FAZ 26. 4.). U. a. kam es um den von Südvietnam vorgesehenen Wahltermin am 26. 8. zu Auseinandersetzungen, da der Vietcong ihn rundweg ablehnte, Südvietnam daran festhält. Ein Antrag des Vietcong auf ein Verbindungsbüro bei den UN wurde abgelehnt (NZZ 12. 4.). Die USA ergriffen eine Reihe von Maßnahmen, um die Einstellung der Kämpfe entsprechend dem Vertrag vom Januar zu erzwingen; dazu stellten sie am 17. 4. die Minenräumung vor Nordvietnam ein (VNA 19. 4. FE 4276, NZZ 22. 4.) und setzten eine neue Diskussionsrunde zwischen Kissinger und Le Duc Tho an. Auch der Beginn des Austausches von zivilen Gefangenen in Vietnam wurde verschoben (NZZ 28. 4.). Am 17. 5. begannen nach Vorbereitungsgesprächen die Verhandlungen zwischen Kissinger und Le Duc Tho in Paris. Mehrere Gesprächsrunden zogen sich fast einen Monat hin (s. u. a. NZZ 21. 5., FAZ 24. 5., 25. 5., 28. 5., NZZ 31. 5., FAZ 7. 6.). Nachdem offensichtliche Widerstände von seiten Saigons ausgeräumt werden konnten, wurde am 13. 6. in Paris ein Zusatzabkommen vereinbart und von Vertretern Nordvietnams, Südvietnams, des Vietcong und der USA unterzeichnet (Text FE 4321, NZZ 16. 6.). Entsprechend dem 14-Punkte-Abkommen sollte am 15. 6. ein neuer Waffenstillstand in Kraft treten, doch gingen die Kämpfe weiter. Vorschläge Saigons an Hanoi über eine Wiedervereinigung wurden von Hanoi zurückgewiesen (FAZ 30. 6.). Durch den Rückzug Kanadas aus der Kontrollkommission am 29. 5. (R. Montreal 29. 5. FE 4308) sowie durch zahlreiche Zwischenfälle wurde auch dieses Instrument zur Rückfriedenssicherung weitgehend wirkungslos. Vorwürfe an die Adresse Hanois wegen mangelnder Koordination mit der Kontrollkommission wurden von Hanoi zurückgewiesen (R. Hanoi 1. 6.). Als Nachfolger für Kanada ist Indonesien vorgesehen.

III. Ostasien

1. Volksrepublik China

Inneres Der 6. Kongreß der Kommunistischen Jugendliga Pekings wurde vom 28. 3.–3. 4. abgehalten; seit 1969 sollen über 160 000 beigetreten sein (R. Peking 2. 4. NCNA 3. 4. FE 4265). Parallel dazu wurden in verschiedenen Provinzen Jugendkongresse abgehalten (s. FE 4265, 67, 70). Auch die Gewerkschaften scheinen nach der Kulturrevolution wieder aufgebaut worden zu sein. Bei Gewerkschaftskongressen in Shanghai und Peking im April wurden neue Führungsgremien gewählt, weitere Kongresse in anderen Provinzen und Städten angekündigt

(NCNA 23. 4. FAZ 25. 4. FE 4278, 80 NZZ 5. 5.). Die Feierlichkeiten zum 1. Mai wurden mit den üblichen Festveranstaltungen begangen und standen unter dem Motto der „Gigantischen Siege Chinas in der Kulturrevolution und seinen neuen Siegen auf allen Sektoren der Arbeit dank der Bewegung der Kritik des Revisionismus und Berichtigung des Arbeitsstils“ (NCNA 1. 5. FE 4285, 86, 89). Mit Demonstrationen und Massenveranstaltungen wurden der Tag der Jugend am 4. 5. (FE 4291) und der Jahrestag von der Erklärung Mao Tse-tungs vom 20. 5. (FE 4303) begangen. Daß auch weiterhin die Korruption nicht beseitigt ist, beweisen verschiedene Artikel, die u. a. Mißbrauch von Macht und Streben nach Prestige brandmarken (FE 4292). Am 23. 5. wurde eine Arbeitsversicherung verwirklicht, nach der alle Arbeiter und Angestellten ein Recht auf Unterstützung im Krankheitsfall, bei Unfällen, Geburt, Alter und Tod besitzen; die Kosten trägt der Staat bzw. die Betriebe (R. Peking 23. 5. NZZ 29. 5.). Das Atompotential Chinas soll nach US-Angaben weiter im Wachsen begriffen sein; China verfügt danach über Raketen mit Atomsprengköpfen, die bis Tokyo, zum Ural bzw. Indonesien reichen (FAZ 25. 5.). Am 27. 6. wurde der 15. Kernwaffentest durchgeführt, wobei Peking gleichzeitig erklärte, daß es „niemals als erster Staat“ Atomwaffen einsetzen werde (NCNA 28. 6. FE 4333 FAZ 9. 6.). Die Schwerpunkte der Massenmedien im Berichtszeitraum waren nahezu unverändert – das Studium der Werke des Marxismus-Leninismus-Maoismus, die Abgrenzung nach links und rechts, die Kritik am Revisionismus. Praktisch in allen Beiträgen wird die revisionistische Linie Liu Shao-chis angegriffen (Hung Chi Nr. 4/73, KMJP 24. 4. JMJP 22. 4.). Weitere Schwerpunkte waren die Steigerungen der landwirtschaftlichen Produktion, die Verbesserung des Lohnsystems, der Wiederaufbau der Jugendorganisation sowie die Gleichstellung der Minderheiten (Hung Chi Nr. 4/73, JMJP 4. 4., 9. 3., KMJP 27. 3.). Die ideologischen Grundsatzkommentare weisen stets darauf hin, daß die politische Linie der Partei „nicht gradlinig und theoriegemäß“ verläuft sondern sich den „Veränderungen der Lage“ anpassen muß (Hung Chi Nr. 4/73, NCNA 2. 5.). Ein permanentes Anliegen der Massenmedien war das Festhalten an der von Mao gegründeten Parteigrundlinie, die Forderung nach „korrekter“ Lösung von Widersprüchen innerhalb des Volkes und als Endziel die Reform der „objektiven“ und „subjektiven“ Welt (Hung Chi Nr. 6/73). **Personalia:** Der ehemalige Generalsekretär der KP, Teng Hsiao-ping, wurde Mitte Mai wieder rehabilitiert (NZZ 14. 4. FAZ 16. 4., 18. 4.). Ebenfalls in die Politik zurückgekehrt ist das ehemalige Mitglied des Politbüros Wang Chia-hsiang (SCMP 8. 5. FAZ 2. 6.). Gesundheitsministerin wurde am 20. 6. Frau Liu Hsiang-pien (NZZ 22. 6.). **Sonstiges:** Nach Chou En-lai soll die Geburtenrate bis 1980 auf 1,5‰ gesenkt werden (FAZ 25. 4.); nach der UN-Statistik betrug die Bevölkerungszahl Mitte 1972 800 720 000 (1971: 787 180 000) (JAT 17. 5.). Eine Reform nach fortschrittlichen Methoden soll eine wesentliche Vereinfachung der chinesischen Schrift bringen (R. Peking 9. 5.). Im Gegensatz zu früher können künftig auch Ingenieure und Techniker Mitglieder der KP Chinas werden (R. Lanchow 20. 5.); ebenso wurden viele Angehörige nationaler Minderheiten Mitglieder der KP (NCNA 30. 6.).

Wirtschaft Chinesische Wissenschaftler entwickelten eine neue Methode zur Lagerung von Frischgemüse in nichtgekühlten Räumen (NCNA 2. 4., W 719). Die Getreidesorten wurden in den letzten Jahren dank intensiver Forschung wesentlich verbessert (NCNA 9. 4. W 721). Die Ernährungslage scheint trotz der schlechten Ernte im letzten Jahr befriedigend zu sein; das wirkliche Problem liegt daran, daß das Gesamtwachstum der Wirtschaft weitgehend von der Landwirtschaft abhängig ist (FAZ 14. 4. W 723). Die Energiewirtschaft soll sich schwunghaft entwickelt haben (R. Peking 17. 4.); die Industrieproduktion stieg 1972 im Vergleich zu 1965 um 18‰ (NCNA 17. 3.). Die Vorrangstellung der Landwirtschaft wird betont (Hung Chi Nr. 4/73, NCNA 21. 4.), wozu auch die „Landansiedlung“ Jugendlicher intensiviert wird (KMJP 30. 3.). Auf der Tagung der ECAFE in Tokyo erklärte der Vertreter Chinas am 16. 4. u. a. daß es kein Überbevölkerungsproblem gäbe, da sich die Getreideproduktion stärker als die Einwohnerzahl erhöhe (NCNA 17. 4. W 721 FAZ 26. 4.). Eine Steigerung der Getreideproduktion wird vor allem durch die Verbesserung der Bewässerung, die Verwendung von Kunstdünger und Mechanisierung erzielt (NZZ 4. 5.). Das wissenschaftliche Zentrum für Technologie ist Shanghai; es verfügt über 14 Gruppen mit über 1300 Mitarbeitern (NCNA 15. 5.). (Die laufenden Erfolgsmeldungen über wirtschaftliche Ergebnisse in einzelnen Provinzen und Städten können nicht detailliert aufgezählt werden, es sei auf die entsprechenden Berichte im Anhang von SWBFE verwiesen.) Peking verfügt über mehr als 2000 Stationen, die sich um die Kinder unter sieben Jahren kümmern (NCNA 1. 6. W 727). Bei der Eisen- und Stahlfabrik von Hang-

chow wurde für die Zeit von Januar–Mai 73 ein Rekordergebnis erzielt, das die staatliche Planung um 12,27% übertraf (NCNA 19. 6.). Große Anstrengungen werden zum Aufbau von Kleinstkraftwerken unternommen, die nahezu sämtlich zur Elektrizitätserzeugung dienen; 1960 gab es 9000, Mitte 1973 waren es 35 000 (SZ 19. 6.). Die 33. Kantoner Frühjahrsmesse fand vom 15. 4.–15. 5. statt; ihr Wert für China liegt in der Förderung des Außenhandels (NCNA 9. 4. NCNA 15. 4. FE 4237); insgesamt wurden über 30 000 Exponate der Landwirtschaft, Industrie und des Handels gezeigt (NCNA 23. 4.). Erstmals gezeigt wurden automatische und elektronische Geräte (NCNA 3. 5. FE 4286). Unerwartet hoch waren die Preise, die zeigten, daß China kein „Billigland“ mehr ist; die Preissteigerungen betragen durchschnittlich 30% (FAZ 16. 5. SZ 19. 5. NZZ 9. 6.). Bemerkenswert waren die zahlreichen Neuerscheinungen auf dem Textilsektor – von den 3600 Artikeln sollen 80% neue Varianten sein (NZZ 29. 5.). Die Messe wurde insgesamt von 26 000 Kaufleuten aus über 100 Staaten besucht. Der Anschluß Chinas an das Flugnetz wird zunehmend dichter, da sich immer mehr Gesellschaften um Landrechte in China bemühen. Offensichtlich will China selbst eine große Fluglinie aufbauen; seit 1967 wurden etwa 30 Düsenflugzeuge im Ausland bestellt (SZ 2. 4.). (Zu Binnenwirtschaft und Außenhandel s. NZZ 6., 8., 10. 4.)

Äußeres/Amerika: Erster Chef des „Verbindungsbüros“ in den USA wurde Huang Chen (63), ehem. Botschafter in Paris, seit 1969 Vollmitglied des ZK der KPCh (FAZ 2. 4.). Vertreter der USA in China wurde David Bruce (75). Am 14. 5. reiste eine 21köpfige Journalistendelegation zu einem Freundschaftsbesuch in die USA (NCNA 14. 5. FE 4296). Die Delegation wurde am 29. 5. auch von Präsident Nixon und H. Kissinger empfangen (NCNA 30. 5.). Mit dem Wandel in den Beziehungen Peking–Washington scheinen die Voraussetzungen gegeben, die Frage der blockierten chinesischen Guthaben (70–80 Mio. \$) und der eingefrorenen amerikanischen Vermögenswerte in China (etwa 135 Mio.) zu regeln. In Paris traf Außenminister Chi Peng-fei am 13. 6. mit H. Kissinger zusammen (NCNA 13. 6.). Trotz der Annäherung bestehen unveränderte Konfliktpunkte, allen voran die amerikanische Vietnampolitik (NZZ 14. 4., JMJP 17. 6.). Der Reisetrom von den USA nach China hält an, unter ihnen David Rockefeller und die Schauspielerin Shirley McLain. Die Nachrichtenagenturen AP und UPI erhielten keine Erlaubnis, Korrespondenten nach China zu senden (NZZ 4. 6.); die „New York Times“ meldete, daß ihr von chinesischer Seite nahegelegt wurde, pekingfeindliche Anzeigen zurückzuweisen (SZ 19. 5.). Kanada räumt dem Handel mit China wenig Chancen ein, da nach Ansicht kanadischer Wirtschaftler China die Preise bis zu 100% angehoben habe (CBC 15. 4. W 721). Am 11. 6. wurde ein ziviles Luftfahrtabkommen und ein technisches Protokoll unterzeichnet (NCNA 12. 6. FE 4320). Die Beziehungen zu Mexiko wurden durch den Besuch von Präsident Echeverría vom 19.–24. 4. intensiviert; er wurde durch einen Leitartikel in der „Volkszeitung“ begrüßt, von Mao Tse-tung empfangen, führte u. a. Gespräche mit Premier Chou En-lai. Am 20. 4. wurde ein Handelsabkommen und Vereinbarungen über den kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Austausch für 1973/74 unterzeichnet (NCNA 19.–24. 4., FE 4277, 79). Bemerkenswert war die Bereitschaft Chinas, den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen in Lateinamerika zu unterzeichnen, was es noch wenige Monate zuvor abgelehnt hatte (NCNA 24. 4., FAZ 25. 4.). Die Frau des ehemaligen (und designierten) Präsidenten Argentiniens Peron, Isabel Martinez, hielt sich Mitte Mai in Peking auf und wurde auch von Chou En-lai empfangen (NCNA 13. 5. FE 4296). Der Handelsminister Panama traf am 13. 5. in Peking ein, führte Gespräche mit Chou En-lai und Pai Hsiang-kuo (NCNA 17. 5.). Kolumbien forderte Anfang Mai eine fünfköpfige Journalistengruppe wegen „Aktivitäten in bezug auf die Staatsordnung Kolumbiens“ zum Verlassen auf (JAT 10. 5.). Asien: Der erste Botschafter Japans in China, Hiroshi Hashimoto, überreichte am 3. 4. Tung Pi-wu sein Beglaubigungsschreiben (Kyodo 3. 4. FE 4236). Der Delegationsaustausch zwischen China und Japan ist ausgesprochen reger und besteht aus Delegationen aller Provenienz. Ein Abkommen über die Lieferung von Stahlprodukten aus Japan wurde am 9. 4. unterzeichnet; zwischen Juli und Dezember 1973 werden 1,2 Mio. t Stahl (ausgen. Röhren) nach China verschifft (Kyodo 10. 4. W 721). Einem Vorschlag über Austauschbesuche zwischen örtlichen Verwaltungen beider Staaten stimmte China Mitte April zu (JAT 15. 4.). Die chinesischen Besucher in Japan betragen 1972 insgesamt 537 (1971: 71), während etwa 8000 Japaner im gleichen Zeitraum nach China reisten; dem stehen 1972 47 000 Besucher aus Taiwan und 205 000 Japaner in Taiwan gegenüber (Kyodo 15. 4. FE 4273). Am 15. 4. begann eine Delegation unter dem Präsidenten der Chinesisch-japanischen Freundschaftsgesellschaft, Liao Cheng-chih, eine

einmonatige Japanreise (NCNA 15. 4. FE 4273). Die Delegation wurde u. a. zweimal von Premier Tanaka und Außenminister Ohira empfangen (NCNA 17., 18. 4., NZZ 19. 4.). Nach einer Fülle von Aktivitäten, Festveranstaltungen und Gesprächen mit Politikern fast aller Parteien wurde der Besuch am 14. 5. mit einem großen Empfang abgeschlossen (NCNA 28., 30. 4., 2., 5., 11., 14. 5.). Das KP-Organ „Akhata“ kritisierte die Freundschaftsgesellschaft wegen ihrer „Einmischung in demokratische, revolutionäre Bewegungen in Japan“ (JAT 9. 5.). Ende April wurde ein erstes Ölabkommen, das den Verkauf von 1 Mio. t Rohöls an Japan vorsieht, unterzeichnet (JAT 27. 4.). Außerdem wird China bis März 1974 insgesamt 100 000 t Sojabohnen exportieren (JAT 1. 5.). Am 4. 5. folgte ein Abkommen über die Verlegung eines Unterwasserkabelsystems mit 480 Leitungen (NCNA 4. 5.), wozu Postminister Chuji Kuno nach Peking gereist war (Kyodo 1. 5. FE 4285). Keine Einigung dagegen wurde über ein Luftfahrtabkommen erreicht; die Gespräche scheiterten wegen der Weigerung Japans die Flugverbindung nach Taiwan abzubrechen (JAT 8. 4., 5. 5.). Wegen dieser Schwierigkeiten schlug Japan ein Schifffahrtsabkommen vor (JAT 15. 5.); Chou En-lai gab am 5. 6. seiner Unzufriedenheit über die Luftfahrtverhandlungen Ausdruck (Kyodo 5. 6. FE 4314). Die Verhandlungen über Düngemittel wurden am 9. 5. erfolgreich beendet; Japan liefert 1973 300 000 t weniger als 1972 nach China, erreichte aber weitgehende Preissteigerungen (Ammonium-Sulfat stieg um 42, Harnstoff um 32%) (JAT 10. 5.). Die Ausweitung des privaten Fischereiabkommens wurde auf Vorschlag Chinas um ein weiteres Jahr verlängert (Kyodo 20. 6. FE 4327 JAT 21. 6.). Eine japanische Wirtschaftsdelegation unter dem ehem. Außenminister Fujiyama wurde am 23. 6. von Chou En-lai empfangen (NCNA 23. 6. FE 4330). Ein Protest Japans gegen den jüngsten Atomversuch Pekings wurde von diesem „energisch“ zurückgewiesen (Kyodo 1. 7. FE 4336). H o n g k o n g war das Ziel eines Besuches des 92jährigen Chang Shih-chao (Mitglied des ständigen Komitees des Volkskongreß) am 25. 5., der zwar als inoffizieller Besuch deklariert wurde, dessen Begleitumstände aber darauf schließen lassen, daß er dazu diente, Führer nach Tawan auszustrecken (NCNA 25. 5. FE 4306 NZZ 7. 6.). Die chinesische Währung wurde am 1. 6. gegenüber dem Hongkong- $\text{\$}$ um 1,4% aufgewertet; 100 H- $\text{\$}$ entsprechen 38,41 Yüan (JAT 4. 6.). P a k i s t a n entsandte eine 14köpfige Delegation des National Defense College unter Generalmajor Nasir Ahmed Chaudhri nach China (SCMP 12. 5.). Am 22. 5. wurde ein Abkommen über die Konstruktion eines Elektrizitätswerkes mit einer Kapazität von 200 kw unterzeichnet; die Hälfte der Kosten (geschätzt 70 Mio. Rupien) will Peking tragen (R. Karachi 22. 5. W 726). Außenminister Chi Peng-fei traf am 17. 6. zu einem dreitägigen Besuch in Rawalpindi ein (NCNA 17. 6. NZZ 18. 6. FE 4325). Der Edelsteinexport aus Sri Lanka übertraf in den ersten drei Monaten 1973 den gesamten Vorjahresexport (NCNA 30. 3.) (vgl. Sri Lanka). Die indische Intervention in Sikkim (s. dort) wurde von China kritisiert und als „Kolonialpolitik“ bezeichnet (NCNA 11. 4. FE 4276). Die Beziehungen zu I n d i e n sind unverändert distanziert, wengleich dieses den Wunsch nach einer Aussöhnung mit China äußerte (NZZ 12. 4.) (vgl. Indien). Die 15. Eisenbahnkonferenz mit N o r d - v i e t n a m wurde am 16. 4. erfolgreich beendet (VNA 16. 4. W 721). Großes Lob wegen ihrer Leistungen erhielten die Industriebetriebe und Bewässerungsprojekte in Nordvietnam (NCNA 7. 4., 23. 4.). Am 24. 4. traf Xuan Thuy in Peking ein, wo er u. a. mit Chou En-lai und Prinz Sihanouk konferierte (NCNA 24., 25. 4. FE 4280). Am 24. 4. entsandte China eine Grußbotschaft zum Jahrestag der Genfer-Konferenz nach Hanoi (NCNA 24. 4. FE 4279). Auf seinem Weg nach Paris machte Chefunterhändler Le Duc Tho nach Moskau auch in Peking Station (NCNA 12. 5. FE 294). Eine Regierungsdelegation unter Le Duan und Pham Van Dong besuchte vom 4.–11. 6. China und traf u. a. mit Mao Tse-tung und Chou En-lai zusammen, der erneut betonte, daß China keine Einmischung in Indochina tolerieren werde (FE 4312–16); am 8. 6. wurde ein Abkommen über Gratihilfe für 1974 unterzeichnet (NCNA 8. 6. FE 4317). Der Besuch wurde am 11. 6. abgeschlossen, im gemeinsamen Kommuniqué wird die chinesische Unterstützung für Nordvietnam hervorgehoben, großen Raum nimmt die Kambodscha-Frage ein (Text: NCNA 11. 6.). Trotz demonstrativer Solidaritätserklärungen bestehen Differenzen zwischen Hanoi und Peking – zum einen weil Nordvietnam weiterhin entschlossen scheint, sein Ziel zu einer Kontrolle des Südens zu erreichen, China aber an einer Stabilisierung der Situation in Indochina (mit Rücksicht auf die Beziehungen zu den USA und aus Opposition gegen die UdSSR heraus) interessiert ist, zum anderen wegen der unterschiedlichen Haltung Hanois und Pekings zu Moskau (JAT 23. 6. FAZ 13. 6.). Am 19. 6. wurde der Exekutivplan für die Kooperation auf dem Gesundheitswesen für 1973/74 unterzeichnet (VNA 19. 6. FE 4326).

Nordkorea wird durch Peking in seiner Haltung in der Wiedervereinigungsfrage voll unterstützt (NCNA 11. 4.), was auch durch das chinesische Plädoyer für die Aufnahme Nordkoreas in die WHO demonstriert wurde (NCNA 10. 5.). Neben anderen traf am 15. 6. eine Wirtschaftsdelegation unter dem stellv. Premier Choe Chae-u in China ein, wo am 18. 6. ein Abkommen und Protokoll über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet wurde (NCNA 18. 6.). Ausdrückliche Unterstützung erhielt Nordkorea durch einen Leitartikel zum 25. Jahrestag des Koreakrieges in der „Volkszeitung“ (NCNA 25. 6. FE 4330). Gegenüber der Republik China hat Peking seine Haltung modifiziert und verfolgt nun sein Ziel der Wiedervereinigung, in dem es betont, häufig über „Patrioten aus Taiwan“ berichtet und demonstrativ erklärt, daß „die Landsleute in Taiwan stets in der Heimat willkommen“ seien (vgl. u. a. NCNA 4. 6. FE 4264, Kyodo 20. 4. FE 4277, NCNA 30. 4., JAT 6. 5.). Ausdrücklich wurden Taiwanesen zum internationalen Tischtennisturnier in Peking eingeladen, allerdings unter der Fahne der „Provinz Taiwan“ (NCNA 25. 5., 28. 6.). Eine Handelsdelegation aus den Philippinen traf in Peking ein und wurde am 5. 5. von Chou En-lai empfangen (NCNA 5. 5. FE 4289, JAT 7., 16., 17. 5.). Indonesiens Außenminister Malik gab am 25. 4. bekannt, daß er das Angebot Chinas für eine Normalisierung der Beziehungen vom März durch Außenminister Chi Peng-fei zurückgewiesen habe, da er das gegenwärtig zwischen beiden Ländern bestehende Einvernehmen als ausreichend betrachte (JAT 27. 4.). Interessiert an Beziehungen zu China ist Thailand, das die Absicht äußerte, ein „Verbindungsbüro“ in Peking zu eröffnen (ohne die Beziehungen zu Taiwan abzubrechen) (The Nation 2. 4.). Direkte Beziehungen zwischen beiden Staaten bestehen durch Sportdelegationen (R. Bangkok 31. 5., 17. 6. FE 4310, 24). Singapur hat nach eigenen Angaben keine Eile, Beziehungen mit China aufzunehmen, da dies zur „Einschränkung seiner außenpolitischen Bewegungsfreiheit“ führen könne (SCMP 23. 5.). Mit Malaysia wurde Mitte Juni ein Kautschuk-Abkommen im Werte von 170 Mio. \$ getroffen; China wird im Austausch dafür 100 000 t Kautschuk beziehen (SCMP 22. 6.). In den Beziehungen zur Mongolischen VR ergaben sich keine Veränderungen — im Zuge der Polemik des Sowjetblocks gegen Moskau attackierte auch die mongolische Presse die chinesische Politik, protestierte Ulan Bator gegen die Explosion der chin. Wasserstoffbombe (Tass 7. 4., 29. 6.). **Europa:** Die Industrieausstellung Großbritanniens vom 26. 3.—7. 4. wurde täglich von etwa 20 000 Chinesen besucht, unter ihnen Chou En-lai, Chi Peng-fei usw. (NCNA 6., 7. 4. FE 4266). Anfang Mai besuchte eine Journalistendelegation Großbritanniens, die ihre Eindrücke über die „Hsinhua“ wiedergab, wobei vor allem der Anschluß Londons in die EG erörtert wurde (NCNA 7., 16. 5.). Am 1. 6. wurde die Parität der chinesischen Währung gegenüber dem £-Sterling geändert, der neue Kurs beträgt je £-Sterling 4,9868 Yen (FAZ 2. 6.). Chi Peng-fei besuchte vom 7.—10. 6. London, führte u. a. Gespräche mit Premier Heath, Außenminister Douglas-Home (NCNA 7.—10. 6. NZZ 8. 6.). Die sich verbessernden Beziehungen zu Frankreich werden u. a. durch die am 4. 5. in Paris eröffnete Archäologische Ausstellung augenscheinlich (NCNA 4. 5. FE 4288). Unter den französischen Besuchern Chinas waren der Direktor der Nachrichtenagentur AFP Jean Marain, (NCNA 20. 5.) sowie der frühere Premier Chaban-Delmas (NCNA 3. 6.). Am 11. 6. traf Chi Peng-fei in Paris ein, wo er Gespräche mit seinem Amtskollegen Jobert, Premier Messmer, führte und auch von Präsident Pompidou empfangen wurde (FE 4321, NZZ 14. 6.). Im Mittelpunkt des chinesischen Interesses stand die Europapolitik, Frankreichs Haltung gegenüber der NATO und den USA, was unter dem Aspekt der Unterstützung Chinas der amerikanischen Präsenz in Europa, der Befürwortung der europäischen Integration und der Ablehnung der KSZE zu sehen ist. Am 20. 5. traf Griechenlands stellv. Premier Nikolaos Makarezos zu einem offiziellen Besuch in China ein (FE 4301); er wurde am 22. 5. von Chou En-lai empfangen. Der Besuch demonstriert das Interesse Pekings, seine diplomatische Präsenz im Mittelmeerraum zu unterstreichen (vgl. Iran). Während des Besuches wurden ein Luftfahrt-, ein Handels- und Zahlungsabkommen sowie eines über den See-Transport unterzeichnet (FE 4304, NZZ 22. 5., FAZ 24. 5.). Nach griechischen Angaben sollen jährlich im Werte von 10 Mio. US-\$ von beiden Staaten exportiert werden (R. Athen 23. 5. W 727). Der Sportaustausch mit der Bundesrepublik macht Fortschritte und wird als unmittelbares Ergebnis des Besuches des Vizepräsidenten des IOC, Willi Daume, betrachtet (FAZ 5. 4.). Am 11. 4. wurde Fritz von Xylander entlassen (FAZ 12. 4.); er bestritt, jemals Spionage gegen China oder für den US-Geheimdienst betrieben zu haben. Am 16. 4. traf der erste Botschafter der BRD, Rolf Pauls, in Peking ein

(dpa 16. 4.). Ende April bereiste eine chinesische Tischtennismannschaft die Bundesrepublik, wo sie u. a. in München, Saarbrücken und Berlin antrat (FAZ 24. 4.). Eine chinesische Journalistendelegation besuchte auf ihrer Europareise auch Bonn und München (FAZ 9. 5.). Eine Wirtschaftsdelegation unter Leitung von Berthold Beitz reiste am 20. 5. auf Einladung zu Gesprächen über die Handelsbeziehungen nach Peking (NCNA 22. 5. FE 4303). Die Delegation wurde u. a. von Chou En-lai empfangen, obwohl dieser privatwirtschaftliche Delegationen in der Regel nicht empfängt (FAZ 29. 5.). Nach ihrer Rückkehr am 1. 6. wurden als Resultate folgende Punkte genannt: China wünscht keine wirtschaftliche Vertretung mit dem Ausland, ist nicht bereit, ausländische Beteiligungen zu akzeptieren; Lieferverpflichtungen wie die Zahlung von Anlagen in Form von produzierten Erzeugnissen werden von China nicht übernommen; Industrieanlagen sollen mit 20–30% angezahlt, der Rest der Kaufsumme nach fünf Jahren (auch in Raten) beglichen werden; positiv reagierte China auf das Angebot, Studien-, Ausbildungs- und Forschungsplätze in der BRD zur Verfügung zu stellen; interessiert ist es vor allem an Maschinen für die Schwerindustrie, Werkzeugmaschinen, der Elektrifizierung der Eisenbahnen, der Modernisierung des Post- und Fernmeldewesens sowie am Ausbau von Hafenanlagen (NZZ 5. 6.). Der chinesische Botschafter in Bonn, Wang Yu-tien, traf am 18. 6. ein (dpa 18. 6.). **L u x e m b u r g s** Außenminister Gaston Thorn besuchte China vom 4.–7. 5., er traf u. a. mit Pai Hsiang-kuo, Chi Peng-fei und Chou En-lai zusammen (NCNA 4.–8. 5.). Auch der Außenminister **N o r w e g e n s**, Dagfinn Vaarvik, besuchte China im Mai (vom 8.–13. 5.) und unterzeichnete dort ein Luftverkehrsabkommen (NCNA 8.–13. 5.). Vom 15.–22. 5. besuchte der Außenminister **D ä n e m a r k s** K. D. Andersen China, wo er ebenfalls (am 17. 5.) ein Luftverkehrsabkommen unterzeichnete und Gespräche mit der chinesischen Führung einschließlich Chou En-lais abhielt (NCNA 15.–22. 5.). Schließlich war auch der Außenminister **S c h w e d e n s**, Krister Wickman, im Berichtszeitraum in China und unterzeichnete am 1. 6. ebenfalls ein Luftverkehrsabkommen (NCNA 1. 6.). **F i n n l a n d** entsandte eine Delegation unter dem stellv. Erziehungsminister Marjatta Vaeaenaenen vom 14.–17. 4. nach Peking (NCNA 14.–17. 5.). **S p a n i e n** berichtet von einem Aufschwung seines Handels mit China; in den ersten drei Monaten 1973 wurden Waren im Werte von 75,6 Mio. Peseten (1972: 34,7 Mio.) exportiert (R. Madrid 2. 5. W 723). In **S p a n i e n** ging die Polizei energisch gegen maoistische Splittergruppen vor (NZZ 7. 6.). Mit **Ö s t e r r e i c h** wurden am 2. 4. Noten über das Handels- und Zahlungsabkommen unterzeichnet (NCNA 3. 4.). Anfang April reiste die Wiener Philharmonie nach China (NCNA 11. 4.). Aus **B e l g i e n** reisten Anfang April eine Wirtschaftsdelegation sowie eine Regierungsdelegation nach China; sie stand unter der Führung von Außenhandelsminister Andrew Kampinaire. Bei den Gesprächen wurde vereinbart, einen gemeinsamen Ausschuß zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen einzusetzen (NCNA 24. 4.). Der Beitrag der **S c h w e i z** am Chinatourismus im Berichtszeitraum bestand aus Max Petitpierre, den ehemaligen Bundesrat, der am 9. 5. ebenfalls von Chou En-lai empfangen wurde (NCNA 9., 12. 5. NZZ 11. 5.). **N a h e r O s t e n**: Am 3. 4. traf der Wirtschaftsminister des **I r a n**, Houshang Ansari, in Peking ein, wo er u. a. mit Pai Hsiang-kuo zusammentraf; am 8. 4. wurde ein Handels- und Zahlungsabkommen unterzeichnet (NCNA 3., 4., 8. 4. FE 4264, 68), mit dem ein Handelsumfang von 4,8 Mio. Rial avisiert wird, 70% der Exporte des Iran werden Industrieprodukte sein (R. Teheran 10. 4. W 721). Vom 14.–16. 6. hielt sich Chi Peng-fei in Teheran auf und nahm dort an der Ministerratskonferenz der CENTO teil (NCNA 14. 6., AFP 17. 6.). Der Besuch zog Angriffe der UdSSR und eine Verstimmung mit der Befreiungsbewegung am Persischen Golf nach sich (R. Teheran 15. 6., ME 4323, 24, JAT 17. 6.). Der **I r a k** ratifizierte im Mai das Protokoll über wirtschaftliche und technische Kooperation, das im Dezember 1972 vereinbart worden war (INA 21. 5. W 727). Am 14. 6. besuchte eine Delegation unter dem Gesundheitsminister, Izzat Mustafa, China (NCNA 14. 6.). Eine Delegation aus **S ü d j e m e n** hielt sich vom 5.–31. 5. in China auf (NCNA 31. 5.). Entsprechend der Haltung Chinas im **N a h o s t k o n f l i k t**, in der es „die gerechte Sache“ der Palästinenser unterstützt (bei unversöhnlicher Feindschaft gegen Israel aber gleichzeitig versucht, die sowjetische Politik zu diskreditieren), kondolierte Peking am 14. 4. zum Tode von drei Palästinenserführern (NCNA 14. 4.) und lobte Aktionen der palästinensischen Kommandos (NCNA 5. 6. FE 4314). Am 30. 5. wurde in Peking eine Ausstellung über palästinensische revolutionäre Kunst eröffnet (NCNA 12. 6.). Stets wird in der chinesischen Propaganda den „Supermächten“ die Schuld an der gegenwärtigen Situation im Nahen Osten zugeschrieben (u. a. Peking 16., 19. 5. FE 4301). **Sozialistische Staaten**: Die Auseinandersetzung mit der

U d S S R als bestimmendes Moment der Außenpolitik Chinas findet ihren unmittelbaren Ausdruck in einer permanenten Polemik in Rundfunk und Presse beider Seiten. Aus der Fülle der Polemik werden im folgenden stellvertretend einige Schwerpunkte genannt. China kritisierte des öfteren die Auswanderung sowjetischer Juden nach Israel (R. Peking 1. 4.), rollte erneut die Grenzfrage auf (R. Fukien 2. 4. FE 4262, NZZ 12. 4.). Mitte Mai wurden die seit Oktober 1969 mit Unterbrechungen (ergebnislos) geführten Grenzverhandlungen in Peking wiederaufgenommen (NZZ 18. 5.). Im Rahmen der Polemik gegen die „Supermächte“ attackierte China die „sowjetischen Intrigen gegenüber den territorialen Gewässern“ (R. Peking 3. 4. FE 4267), plädierte für eine neue Konvention des Genfer Seerechts (R. Peking 3. 4.) und griff auch die Mittelmeerpolitik Moskaus an (NCNA 6. 4.). Einen massiven Angriff gegen die chinesische Minderheitenpolitik der Mongolischen VR gab die Ostblock-Presse in voller Länge wieder (NZZ 10. 4. Tass 7. 4. Pr 8. 4.). Die 29. ECAFE-Konferenz in Tokyo wurde zum Schauplatz von Auseinandersetzungen zwischen Peking und Moskau (NZZ 16. 4. Pr 19. 4.). Zu Auseinandersetzungen kam es auf der 7. Sitzung der UNIDO im Mai in Wien (R. Peking 26. 5. FE 4309). Die Befürchtungen Chinas vor einem präventiven Schlag der UdSSR wurden von der „Pravda“ Anfang Juni energisch zurückgewiesen (Pr 3. 6.) und mit dem Vorwurf der „Entspannungsfeindlichkeit“ Pekings gekontert, der sich sowohl in der Ablehnung des kollektiven Sicherheitssystems als auch in der „Einheitsfront mit der NATO“ manifestiere (NCNA 28. 5., Tass 1. 6., NZZ 5. 6., Pr 9. 6.). Gleichmaßen wurde von beiden Seiten die außenpolitische Aktivität des jeweils anderen mißtrauisch verfolgt und polemisch kommentiert (Pr 26. 4., 29. 5., 10. 6. Tass 7. 6.). So beim Besuch von Bertold Beitz, als Chou En-lai erklärte, er kenne nur Königsberg und nicht Kaliningrad (FAZ 8. 6.), bei der Unterstützung Japans bei der Rückforderung der Kurilen (NCNA 23. 6.). Die UdSSR verurteilte die chinesische Atomexplosion, bezeichnete sie als „Kommentar“ zum Gipfeltreffen Breschnew/Nixon (Pr 29. 6., Neue Zeit 27. 6.). Das Verhältnis Chinas zum S o w j e t b l o c k orientiert sich an dessen Beziehungen zur Sowjetunion, woraus resultiert, daß dieses Verhältnis kaum besser sein kann. Bestenfalls wird eine „Koexistenz mit gedämpfter Polemik“ erreicht wie im Falle der DDR, ohne daß deshalb Zweifel an der Zugehörigkeit der DDR zum sowjetischen Lager bestehen. Am 25. 4. besuchte der stellv. Außenhandelsminister Gerhard Nitzschke die Kantoner Messe (NCNA 25., 28. 4.). Demgegenüber ist P o l e n ein eifriger Protagonist der antichinesischen Polemik und dient als Sprachrohr Moskaus gegen die Europapolitik Pekings (PAP 4. 4., 6. 4., 12. 6.). Ende Mai wurde ein chinesisch-polnischer Schiffsbauauftrag für drei Frachtschiffe mit 15 200 t Tragkraft in Peking unterzeichnet (FAZ 30. 5.). Zum 500. Jahrestag des Geburtstags von Kopernikus wurde am 20. 6. in Peking eine Ausstellung eröffnet (NCNA 20. 5.). U n g a r n tritt ebenfalls mit häufigen Polemiken gegen China hervor (vgl. u. a. MTI 10. 4.). Vom 24. 5.—2. 6. wurde in Budapest ein Treffen der gemeinsamen wissenschaftlich-technischen Kommission abgehalten und ein Protokoll unterzeichnet (NCNA 2. 6.). B u l g a r i e n beteiligt sich ebenfalls an der Polemik (vgl. u. a. BTA 25. 4.); im Berichtszeitraum wurde ein Abkommen für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet (BTA 23. 4. W 722). Gleiches gilt für die Haltung der C S S R (vgl. u. a. CTK 11. 4., Prag 23. 4., CTK 3. 5., 8. 6.). Am 20. 4. wurde in Peking ein Protokoll über die 15. Sitzung der gemeinsamen Kommission für technisch-wissenschaftliche Kooperation unterzeichnet (NCA 20. 4.). Dagegen sind die Beziehungen zu R u m ä n i e n von intensiven Kontakten und vom Fehlen jeglicher Kritik bestimmt. Ende April besuchte der Staatssekretär des Forstministeriums, Mihail Suder, China (NCNA 30. 4.). Eine Delegation der Chinesischen Akademie der Wissenschaften besuchte im April Rumänien (NCNA 14. 5.) während eine Handelsdelegation im April (NCNA 21. 4.) und eine Schiffsdelegation im Mai (NCNA 12. 5.) Rumänien besuchte. Mitte Mai erhielt der chinesische Botschafter in Bukarest durch Staatschef Ceausescu eine hohe Auszeichnung für dessen Beitrag „zur Entwicklung der Freundschaft“ (FAZ 18. 5.). Am 23. 5. wurde ein Abkommen über die Klassifikationsbestimmung von Seeschiffen unterzeichnet (NCNA 23. 5.). Vom 17.—31. 5. tagte die 15. Sitzung und der gemeinsamen Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit (R. Bukarest 11. 6. W 728). Eine Militärdelegation unter dem ersten stellv. Verteidigungsminister Ion Gheroghe besuchte im Juni China (FE 4333 NCNA 28. 6.). In J u g o s l a w i e n (Belgrad) wurde am 21. 6. eine Wirtschafts- und Handlungsausstellung eröffnet (NCNA 21. 6.); der Handel zwischen beiden Staaten betrug im vergangenen Jahr 33 Mio. \$, ein Anstieg auf 80—90 Mio. wird erwartet (Tanjug 21. 6. W 730). Ende Juni besuchte eine Wirtschaftsdelegation China (FE 4336). **Ozeanien:** Der stellv. Außenminister und Minister für

Außenhandel **Neuseelands**, J. A. Walding, stattete China vom 27. 3.—3. 4. einen Besuch ab. Im Abschlußkommunique vertraten beiden Seiten die Ansicht, daß „die Unabhängigkeit und Souveränität aller Länder im asiatischen pazifischen Raum respektiert und nicht der Einmischung äußerer Mächte unterworfen“ sein sollte (R. Peking 3. 4. NCNA 3. 4. FE 4263).

Australien entsandte vom 12.—19. 5. eine Handelsmission unter dem Minister für Überseehandel, J. F. Cairns, der die Schaffung eines gemeinsamen Handelskomitees und ein Handelsabkommen vereinbarte (NCNA 19. 5. FE 4300). Nach Abschluß seines Besuches versicherte Cairns, daß Australien seinen Handel auch mit der Republik China fortsetzen werde (R. Melbourne 29. 5. FE 4308). Im Juni folgten zwei Parlamentarierdelegationen (NCNA 21. 6., 1. 7. FE 4328, 36).

Afrika: Die Auseinandersetzungen zwischen Peking und Moskau führten auch zu Auseinandersetzungen über die Afrikapolitik. So wurde der 10. Jahrestag der Gründung der O A U von beiden Seiten zum Austausch von Polemiken benutzt (Tass 24. 5. NCNA 24. 5. FE 4304, 05). Eine Militärdelegation aus Ägypten unter Generalstabschef Al-Shazly besucht im April China, das angeblich Waffenlieferungen für den Fall, daß Ägypten sich jeder Regelung mit Israel widersetze, in Aussicht gestellt haben soll (NZZ 9. 4.). Auf der 25. Internationalen Messe in Casablanca/Marokko war China mit einem Pavillon vertreten (NCNA 8. 6.). **Algerien** entsandte am 2. 5. eine Regierungsdelegation unter Oberst Mohamed Ben Ahmed, der mit chinesischen Politikern übereinstimmte, daß „die Hegemonie der Machtpolitik der Supermächte die Sicherheit der Mittelmeerländer“ gefährde (NCNA 3. 5.). Am 4. 5. wurde eine gegenseitige Handelsversicherung abgeschlossen (R. Algier 4. 5. W 725 NCNA 5. 5.). Die Kooperation mit dem Sudan weitet sich stetig aus; am 24. 4. traf eine Delegation des Industrie- und Bergbauministeriums zum Studium der Textilindustrie in China ein. Am 30. 6. folgte eine Regierungs- und Handelsdelegation unter dem Finanzminister Ebrahim Moneim Mansur (NCNA 30. 6.). Mit **Tunesien** wurde am 5. 6. ein Abkommen über die Entsendung eines Ärzteteams unterzeichnet (NCNA 6. 5.). In **Mauretanien** fand vom 6.—18. 6. eine chinesische Handelsausstellung statt (NCNA 19. 6.); der erste Botschafter Mauretaniens, Ameen Kasenally, überreichte am 19. 5. sein Beglaubigungsschreiben (NCNA 19. 5.). Außenminister Duval traf am 24. 5. in Peking ein; er führte Gespräche über die bilateralen Beziehungen u. a. mit Chou En-lai, Chi Peng-fei (NCNA 24. 5.—1. 6.). **Nigeria's** Außenminister Okoi Arikpo traf am 25. 4. in China ein wo er u. a. mit Chou En-lai, Chi Peng-fei und Außenhandelsminister Fang Yi zusammentraf (NCNA 26., 27., 28. 4.). Aus **Zaire** trafen am 5. 4. 19 chinesische Landwirtschaftsexperten in China ein, weitere 12 folgten am 11. 6. (R. Kinshasa 6., 11. 6.). Am 24. April wurde aus der VR Kongo die Zerschlagung einer Maoistengruppe gemeldet (R. Brazzaville 24. 4.). Ein Protokoll über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit wurde am 24. 5. in Brazzaville unterzeichnet (NCNA 24. 5.). Außenminister Charles David Ganso traf am 12. 6. zu einem Freundschaftsbesuch in Peking ein (NCNA 12.—14. 6.). Eine Gruppe chinesischer Ärzte traf am 6. 4. in **Sierra Leone** ein um dort in Krankenhäusern zu arbeiten (R. Freetown 6. 4.). Ende April besuchte eine Handelsmission aus **Ghana** Peking und Kanton (NCNA 27. 4.). Der Präsident **Kameruns**, H. A. Ahidjo, stattete China vom 25. 3.—2. 4. einen Besuch ab. Ahidjo wurde von Mao Tse-tung empfangen, das gemeinsame Abschlußkommunique gibt eine weitgehende Übereinstimmung der Ansichten wider (NCNA 2. 4.). Nach Angaben aus Kamerun hat China während des Besuches einen zinslosen Kredit in Höhe von umgerechnet etwa 227 Mio. DM für die Finanzierung noch zu bestimmender bilateraler Entwicklungsvorhaben zugesagt (Technischer Außenhandel 11. 5.). Vom 21. 6.—1. 7. war eine Handelsdelegation aus **Rwanda** in China (NCNA 1. 7.). Unter Leitung des Ministers für Industrie, Handel und Tourismus, Ketema Yifru, besuchte eine Wirtschafts- und Handelsdelegation aus **Äthiopien** am 14. 6. China (NCNA 14.—21. 6.). Anfang April besuchte eine Handelsdelegation aus **Zambia** Peking (NCNA 3. 4.), im Anschluß daran folgten zwei Berater des Präsidenten zu Gesprächen u. a. mit Chou En-lai und Chi Peng fei (NCNA 13., 14. 4.). Am 25. 5. wurde bei einer Feier der Bau eines Rundfunksenders bei Lusaka seiner Bestimmung übergeben, wofür China einen Zuschuß in Höhe von 10 Mio. \$ geleistet haben soll (NCNA 26. 5. dpa 27. 5.). Am 26. 5. wurde eine Überlandstraße und eine Brücke bei Kafue in West-Zambia übergeben, deren Bau ebenfalls mit chinesischer Hilfe erfolgte (NCNA 27. 5.). Hilfsgüter in Höhe von 10 Mio. \$ bekam Präsident Kaunda wegen der Schwierigkeiten, bedingt durch die Schließung der Grenze zu Rhodesien (AP 27. 5.). Mit **Mali** wurde am 4. 4. ein Abkommen über die Hilfe beim Gesundheitswesen unterzeichnet, nachdem China ein 45köpfiges medizinisches Team

für zwei Jahre zur Verfügung stellt (R. Bamako 4. 4.). Moussa Traore hielt sich vom 18.–27. 6. zu einem offiziellen Staatsbesuch in China auf, wo er u. a. von Mao Tse-tung und Chou En-lai empfangen wurde (NCNA 23. 6.). Am 24. 6. wurde ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet (R. Peking 24. 6.). Eine Delegation aus Somalia unter Außenhandelsminister Warsama Ali besuchte am 14. 4. die Kantonner Messe (NCNA 14. 4.).

2. Republik China (Taiwan)

Inneres und Wirtschaft Auf der ersten Sitzung der 51. Tagung des Legislativ-Yüan erklärte Präsident Chiang Ching-kuo, daß das Ziel des kommunistischen Blocks, die Welt zu erobern, sich nicht geändert habe und daher auch nicht von einer wirklichen Entspannung gesprochen werden könne. Die Hauptaufgaben für die Bundesrepublik umriß er mit präventiven Maßnahmen gegen konspirative Aktionen der Kommunisten, die Verstärkung der Beziehungen mit befreundeten Staaten (insbesondere den USA) und der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit allen Staaten des Fernen Ostens und Südostasiens (R. Taipei 23. 2. FE 4231). Am 20. 3. kündigte Chian Ching-kuo ein Hilfsprogramm für die Landwirtschaft an, in dessen Rahmen u. a. den Bauern Reis zu subventionierten Preisen abgekauft werden soll. Als Ziel seiner Landwirtschaftspolitik nannte er die Möglichkeit für die Bauern, „ihr Land frei zu benutzen, frei zu produzieren und frei zu kaufen und zu verkaufen“, die Modernisierung der Bauernvereinigungen und Gewässerschutzmaßnahmen sowie die Einführung von Fernseh- und Rundfunkprogrammen (R. Taipei 21. 3.). Ein Gesetz über den Handel mit Drogen wurde am 5. 6. von Legislativ-Yüan beraten. Danach sollen Import, Herstellung und Verteilung von Drogen durch ein besonderes Verwaltungsorgan im Gesundheitsministerium verwaltet werden (R. Taipei 5. 6. FE 4319). Die Wirtschaft Taiwans befindet sich trotz außenpolitischer Rückschläge in einem anhaltenden Aufschwung. 1972 war ein erfolgreiches Jahr, das Brutto-sozialprodukt (BSP) erhöhte sich um 11% und erreichte 7182,5 Mio. \$. Das Pro-Kopf-Einkommen stieg auf 372 \$, die Industrieproduktion (Anteil von BSP 36,6) stieg um 26,2%, die landwirtschaftliche Produktion dagegen nur um 1,3%. Eine neue Rekordhöhe erreichte der Außenhandel mit 5963,3 Mio. \$ (Steigerung 42%). Die Exporte stiegen auf 3117,9 Mio. \$, womit der Außenhandel der Republik größer ist als der der VR China. Die Devisenreserven betragen 1450 Mio. \$, die Einnahmen der Regierung stiegen auf 14,6%. Negativ war die Steigerung der Inflationsrate um 1,7 auf 3%. Nach dem 6. Vierjahresplan, der 1972 anließ, soll das BSP 1976 11,6 Mia. \$, das Pro-Kopf-Einkommen 550 \$ betragen. Vorgesehen ist die Schaffung von 190 000 neuen Arbeitsplätzen. Auf dem industriellen Sektor ist das größte Projekt ein Stahlwerk und eine Schiffswerft, auf dem Gebiet der Infrastruktur soll die Eisenbahn elektrifiziert und eine Nord-Süd-Autobahn gebaut werden; für die Modernisierung der Landwirtschaft sind 50 Mio. \$ vorgesehen, zusätzlich zu den im Rahmen eines zweijährigen Rehabilitierungsprogrammes bereitgestellten 45 Mio. \$ als Anleihe für die Bauern. Die außenpolitische Isolierung wirkte sich nachteilig auf die Auslandsinvestitionen aus, die gegenüber 1971 um 22% zurückgingen. Taiwan ist zuversichtlich in Hinblick auf die Auslandsinvestitionen (alle Angaben NZZ 19. 6., 19. 6.). Im Export von schwarz-weiß Fernsehern überflügelte Taiwan 1972 Japan mit insgesamt 3,5 Mio. Geräten (18,92% des Weltmarktes) CIS 18. 5.).

Äußeres/Asien: Im Mittelpunkt steht nach wie vor die Gegenwirkung zur Politik der VR China. In der ersten Kabinettsitzung des Jahres erklärte Chiang Ching-kuo, daß Taiwan 1973 „eine Offensive an allen Fronten gegen die internationale Politik der VR China führen werde (AFP 9. 1.). Trotz der diplomatischen Rückschläge will Taiwan weiterhin eine aktive Rolle in der internationalen Politik spielen. Die Bilanz für 1972 besteht aus einer Teilnahme an insgesamt 92 internationalen Konferenzen, davon 14 auf Regierungsebene. Außerdem nahm Taiwan an 73 internationalen kulturaustauschprogrammen teil, mit über 20 Staaten wurden bilaterale Verträge unterzeichnet (R. Taipei 10. 1.). Demgegenüber bemüht sich Peking mehr denn je um Taiwan bzw. seine Bevölkerung und legt eine ausgesprochen freundliche Haltung an den Tag, läßt in besonderen Rundfunksendungen für Taiwan Flüchtlinge zu Wort kommen (u. a. FE 4209, 4225, 34, 35) (vgl. auch VR China/Asien). Taipeh ist jedoch nach wie vor gewillt, keinerlei Kompromisse mit Peking zu schließen, noch irgendwelche Gespräche aufzunehmen, „da es nur den Kampf auf Leben und Tod zwischen uns und den chinesischen

Kommunisten geben" kann (JAT 6. 6.). Mit S ü d v i e t n a m wurde am 19. 1 ein Abkommen über die landwirtschaftliche und technische Kooperation vereinbart (Vietnam Press 20. 1. FE 4200). Am 27. 2. wurde ein Abkommen über die Gewährung einer Anleihe in Höhe von 200 Mio. Yuan (etwa 5 Mio. US-\$) vereinbart; (Aufschub 4, Rückzahlung 15 Jahre, 4% Zins) (Vietnam Press 27. 2. W 715, JAT 1. 3.). Mit K a m b o d s c h a wurde ein Abkommen über technische Zusammenarbeit am 24. 1. unterzeichnet (CIS 24. 1.); am 2. 4. folgte ein Luftfahrtsabkommen (R. Pnom Penh 3. 4. FE 4264). Die Beziehungen T h a i l a n d s zu C h i n a wurden von General Prapan Kullapichit nach einem Besuch hervorgehoben, wobei er das taiwanische Entwicklungsmodell als beispielhaft bezeichnete (R. Bangkok 18. 1. FE 4200). Berichte aus B i r m a über die Tätigkeit des taiwanischen Geheimdienstes wies das Verteidigungsministerium am 19. 6. zurück (CNA 19. 6., R. Rangung 14. 6. FE 4321) (vgl. Birma). Der Handel mit J a p a n stieg in den ersten drei Monaten auf 257 Mio. US-\$ (20% mehr als im Vorjahr) (SCMR 4. 5.). Für den Fall der Unterzeichnung eines Luftfahrtabkommens J a p a n s mit der V R C h i n a kündigte Taiwan die Sperrung des Luftraumes für japanische Linienmaschinen an (JAT 8. 6.) (vgl. Japan). **Amerika:** Der Handelsüberschuß mit den USA soll auf taiwanischen Wunsch hin abgebaut werden. 1971 belief sich der Handel auf 1,477 Mia. \$, wobei China einen Überschuß von 288,7 Mio. erzielte (R. Taipeh 13. 1.). Die Vereinbarung zwischen den USA und der V R C h i n a über die Einrichtung von Verbindungsbüros wurde von Taiwan als „null und nichtig“ bezeichnet. In einer Vierpunkte-Erklärung des Außenministeriums wurde bekräftigt, daß Nationalchina auch künftig gegen den Kommunismus kämpfen werde und das chinesische Festland zurückerobern wolle (R. Taipeh 13. 3., SZ 24. 2.). Ungeachtet der politischen Schwierigkeiten wurden die wirtschaftlichen Kontakte weiter ausgebaut. Ende April wurde ein Anleihekontrakt für die zu bauende US-Navy-Basis auf der Insel Diego Garcia an eine taiwanische Firma vergeben (SCMP 1. 5.) Ein Kredit in Höhe von 400 Mio. US-\$ wurde von sieben US-Banken für den Ausbau von Industrieunternehmen gemeinsam aufgebracht (JAT 9. 6.). Trotz vorheriger Dementis wurde Mitte Juni bekannt, daß die USA ab 1. 7. 1974 ihr vierjähriges Militärhilfsprogramm einstellen wird, trotzdem aber die Unterstützung mit militärischem Material auf Kreditbasis fortsetzen werden (Dawn 14. 6.) (zu den Beziehungen Republik China/USA vgl. FAZ 9. 4.). **Afrika:** Der Außenminister der Z e n t r a l a f r i k a n i s c h e n R e p u b l i k, Joseph Potolot, besuchte Anfang März die Republik China (R. Taipeh 12. 3. FE 4247). Die Handelsbeziehungen zur Republik S ü d a f r i k a werden intensiviert. Für 1973 wird ein Handelsumfang von 80 Mio. US-\$ angestrebt, 22 Mio. mehr als im Vorjahr (CNA 28. 6.). Der stellv. Außenminister Hse Kon-yang besuchte im Juni O b e r v o l t a, dessen Minister für Tourismus, Mathieu Ekra, am 20. 6. zu einem zweiwöchigen Gegenbesuch in Taipeh eintraf (R. Abidjan 20. 6.). **Sonstige:** Mit J o r d a n i e n wurde am 20. 3. ein Handelsabkommen unterzeichnet (R. Amman 20. 3. W 719). Die Schuhproduktion der BRD nimmt in zunehmendem Maße Produktionsstätten im Fernen Osten, vor allem in Taiwan, in Anspruch (FAZ 13. 4.). Am 9. 6. begann eine Delegation eine Reise nach Afrika und dem Nahen Osten, wobei unter anderem Panama, Columbien, Brasilien, Elfenbeinküste, Ghana, Nigeria, Südafrika, Saudi Arabien und Bahrain besucht wurden (JAT 9. 6.). Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Peking brach Taipeh am 13. 3. die diplomatischen Beziehungen zu S p a n i e n ab, nicht ohne die Möglichkeit offenzulassen, inoffizielle Beziehungen weiter aufrecht zu erhalten (R. Japan, R. Madrid 13. 3. W 717). Eine zweite Handelsmission begann am 21. 6. eine Europareise zur Verbesserung der Absatzmärkte; sie bereisten u. a. die BRD, die Niederlande, Belgien, Frankreich und Italien (CNA 25. 6.).

3. Japan

Inneres Mit Ichiro Tsuda wurde am 22. 4. in Habikino/Osaka der erste kommunistische Bürgermeister gewählt. In Hino gewann der von den Oppositionsparteien unterstützte Morita die Bürgermeisterwahl gegen den von der LDP unterstützten Kandidaten (JAT 24. 4.). Der Plan der Regierung, das Direktwahlsystem durch eine Verhältniswahl zu ersetzen (JAT 25., 26., 28. 4.) stieß auf den Widerstand der Opposition und hatten der Verzicht von Premier Tanak auf die Änderung zur Folge (Jiji-Press 15. 5.). Die Opposition hatte diesen Beschluß, der u. a. eine Sicherung der Regierung zum Ziele hatte, erzwungen (JAT 29. 4., SZ 16. 5., FAZ 19. 5.).

Am 19. 5. wurde die Parlamentsperiode um 65 Tage verlängert, was mit noch nicht verabschiedeten wichtigen Gesetzesvorhaben begründet wurde (Jiji-Press 19. 5.). Die Oppositionsparteien boykottierten daraufhin bis zum 25. 5. das Parlament (FAZ 21. 5., R. Tokyo 25. 5.). Zu weiteren Auseinandersetzungen kam es über das Vorgehen der Regierung, die zum Rücktritt von Verteidigungsminister Masuhara und des Unterhaussprechers Nakamura führten (Jiji-Press 28. 5., FAZ 30. 5. FE 4308). Neuer Verteidigungsminister wurde Sadanori Yamanaka (52) (Kyodo 29. 5. FE 4308). Erneute Differenzen ergaben sich wegen einer Äußerung von Handelsminister Nakasone darüber, daß Japan eine Monarchie sei; sie wurden durch Tanaka beigelegt, der Nakasone zustimmte (R. Tokyo 8. 6. FE 4316, JIJI-Press 11. 6. Kyodo 13. 6.). Durch den Sieg von Frau T. Katsunagi bei den Oberhauswahlen in Osaka verfügt die KPJ über 11 Sitze im Oberhaus und ist berechtigt, Gesetzesvorlagen einzubringen (Jiji-Press 18. 6.). Die Auseinandersetzungen erreichten ihren Höhepunkt, als die Regierung mit ihrer absoluten Mehrheit drei umstrittene Gesetzesvorlagen verabschieden ließ; Auf Vermittlung des Unterhauspräsidenten wurden erneute Beratungen abgehalten (SZ 23. 6.). Die Streitigkeiten hatte sich u. a. an der geplanten Erhöhung der Stärke der Selbstverteidigungskräfte entzündet. Am 9. 6. wurde eine „Verteidigungsgesellschaft“ gegründet, die sich mit der Erforschung von Sicherheitsfragen befassen soll (JAT 7. 6.). Bis Ende des Haushaltsjahres 1976 sind eine Flugabwehrartilleriegruppe im Chugoku-Bezirk, die Stationierung von Phantom-Düsenjägern auf mehreren Stützpunkten sowie die Erhöhung der Streikräfte um 9000 Mann angestrebt (JAT 22. 6.). Neuer Generalstabschef der Luftwaffe wurde Generalleutnant Motoharu Shirakawa (JAT 23. 6.) (zur Diskussion über den Flughafen s. NZZ 20. 6., über Kyoto NZZ 17. 5.).

Wirtschaft Die Zuchtperlenindustrie konnte sich im letzten Jahr konsolidieren; die Preise steigen um ca. 15%, 70% der Produktion gingen ins Ausland. Wichtigster Abnehmer sind die USA mit 24%, vor der BRD mit 21%. Eine Bedrohung stellten Maßnahmen der Regierung zur Säuberung der Küstengewässer dar (NZZ 1. 4.). Am 2. 4. wurde die Diskontrate von 0,75% auf 5% erhöht (NZZ 4. 4.). Ein Programm zur Kontrolle der Preise wurde von Tanaka am 13. 4. angekündigt, das u. a. eine Erhöhung der Importquote um 30% vorsieht (Kyodo 13. 4. W 721). Der Außenhandel stieg im Finanzjahr 1972 (bis März 1973) um 18,3% gegenüber dem Vorjahr auf 31,41714 Mia. \$; die Exporte in die USA stiegen um 13,8% auf 9,62355 Mia. \$, die nach Europa um 41,2% auf 5,52193 Mia. \$ (Kyodo 12. 4. W 721). Die Rohstahlproduktion stieg um 16,4% auf 102,93 Mio. t, womit erstmals die 100 Mio t-Grenze überschritten wurde (JAT 12. 4.). Die Einfuhrbeschränkungen wurden für eine Reihe von Wagen am 13. 4. erheblich gelockert (FAZ 14. 4.). Die Zahlungsbilanz wies im März ein Rekorddefizit von 1,09 Mia. \$ auf (bisheriger Höchststand 607 Mio. im Januar 73, Jiji-Press 16. 4.). Zu einer erheblichen Beeinträchtigung des öffentlichen Lebens kam es durch eine Frühjahrsoffensive der Gewerkschaften, die u. a. eine Streikaktion der Eisenbahner mit sich brachte (NZZ 19. 4.). Nach einem Kompromiß (monatlich 18,49% mehr Lohn) konnte ab 28. 4. der Verkehr normalisiert werden (Jiji-Press 28. 4., NZZ 29. 4., FAZ 30. 4.). Mit Wirkung vom 1. 5. wurden alle Industriezweige (Ausnahme 22 Branchen) für ausländische Direktinvestitionen bis zu 100% geöffnet (NZZ 28. 4.). Die Löhne der Angestellten und Arbeiter erhöhten sich 1972 gegenüber 1971 um 15%, der Bruttolohn lag bei Männern bei 88 200 Yen (14,7% mehr), bei Frauen bei 46 200 Yen (plus 15,2%) (NZZ 4. 5.). Die Exporte im Finanzjahr 72/73 stiegen um 19,4% gegenüber dem Vorjahr, die Importe um 25,2%. Ein Aktivsaldo der Zahlungsbilanz von 2,96 Mia. \$ steht einem Überschuß von 8,04 Mia. \$ im Vorjahr gegenüber. Die Exporte belaufen sich auf 29,5 Mia., die Importe auf 24,7 Mia. \$ (FAZ 14. 5.). Die Arbeitsproduktivität stieg 1972 um 11,1% (1971 um 14,4%), die Zuwachsrate der Produktivität um 4,5% bleibt hinter der der Löhne zurück (NZZ 25. 5.). Der Diskontsatz wurde mit Wirkung vom 30. 5. auf 5,5% angehoben, die Mindestreservesätze um 0,25 auf 0,5% erhöht (SZ 29. 5.). Das Bruttosozialprodukt stieg auf 95,2248 um 11,5%; das Prokopfeinkommen betrug 2313 \$, das Nationaleinkommen stieg um 43,2%, Löhne und Gehälter erhöhten sich um 16,7% (JAT 1. 6.). Neue Richtlinien für Auslandsinvestitionen wurden Anfang Juni erlassen; sie gelten für japanische Firmen mit Gemeinschaftsunternehmen in Entwicklungsländern; ihr oberstes Gesetz ist die Entwicklung von konstruktiven Beziehungen zu den Gastländern (JAT 6. 6., Jiji-Press 6. 6.). Die Automobilproduktion betrug im Finanzjahr 72/73 6,53 Mio. Einheiten, 11% mehr als 1971/72. Die Exporte erhöhten sich lediglich um 2%, die Inlandsnachfrage stieg um 15% (NZZ 10. 6.). (Zu den Japan Air Lines s. NZZ 9. 5., zur weltwirtschaftlichen Politik NZZ 27. 5., zu den Lohn-erhöhungen FAZ 25. 5.).

Äußeres/Amerika: Der Widerstand gegen die Stützpunkte der U S A verstärkt sich, nachdem sich auch die DSP der Forderung nach einem Abzug angeschlossen hat. Bei der ersten Sitzung des von beiden Staaten gebildeten Rates zur Erörterung des Sicherheitsvertrages wurde eine Überprüfung der Stützpunkte vereinbart (SZ 25. 4.). Der Besuch des Kaisers in den USA wurde am 24. 4. verschoben (NZZ 27. 4.). Anfang Mai wurde eine Vereinbarung über die vorzeitige Rückzahlung der japanischen Nachkriegsschulden in Höhe von 175,074998 Mio. \$ getroffen (Jiji-Press 1. 5.). Die Reaktion Japans auf die neue „Atlanticharta“ der USA war reserviert, da man darin den Versuch zu erkennen glaubte, Japan „an die Leine“ nehmen zu wollen (FAZ 11. 5.). Diesen Befürchtungen entsprechen angebliche Forderungen der USA über die Zusammenarbeit der Seestreitkräfte im Kriegsfall (MTI 4. 6.). Außenminister Ohira erklärte am 4. 6. vor dem Oberhaus, daß er nicht an eine neue Belastung des Verhältnisses zu den USA glaube (Jiji-Press 5. 6.). Kritisiert wurden die angeblich überhöhten Profite japanischer Firmen von der Presse Brasiliens (JAT 3. 6.). Mit Paraguay wurde am 14. 5. ein Kreditabkommen in Höhe von 3,9 Mia. Yen unterzeichnet (JAT 9. 5.). Das Kfz-Werk der General Motors del Peru wurde am 16. 4. für einen Kaufpreis von ca. 5 Mio. \$ von Nissan gekauft (JAT 26. 4.). Mit Mexiko soll ein gemeinsames Schürfunternehmen gegründet werden, das vor allem Kupfer abbauen wird (JAT 28. 6.). Eine Finanzierung der Exporte nach Kuba soll künftig über die Export-Import-Bank erfolgen und deutet den Wandel der Beziehungen zu Kuba an (JAT 5. 6.). **Afrika:** Ägypten wurde eine Anleihe in Höhe von 3080 Mio. Yen zur Verbesserung der Zahlungsbilanz und der wirtschaftlichen Situation am 30. 4. zugesagt (Laufzeit 13, Aufschub 7 Jahre, 4,5% Zins) (Kyodo 1. 5. W 723). Äthiopien erhielt einen Kredit von 42 Mio. Ä-\$ (W 727 23. 5.). Ein Abkommen zur Erstellung von Plänen für den Bau einer Eisenbahn und dem Ausbau von Häfen wurde im April mit Guinea vereinbart (East African Standard 21. 4.). Am 9. 5. wurde mit Kenya ein Abkommen über den Ausbau des Flughafens unterzeichnet (R. Nairobi 9. 5.); eine Anleihe in Höhe von 299 Mio. Yen folgte am 12. 5. (Kyodo 12. 5. W 725) (Aufschub 5, Laufzeit 18 Jahre, 5,75% Zins). Madagaskar erhielt eine Anleihe in Höhe von 4,2 Mia. Yen (Aufschub 7, Laufzeit 18 Jahre, 4% Zins) (Jiji-Press 12. 5.); vier japanische Firmen gründeten die „Japan-Madagaskar-Entwicklungsgesellschaft“ mit Sitz in Tokyo, die die Zusammenarbeit auf dem landwirtschaftlichen Gebiet fördern will (JAT 26. 6.). Die südafrikanische Bergbau-firma Iscor strebt eine Zusammenarbeit mit japanischen Stahlfirmen an, um den Bau einer Eisenbahnlinie zu realisieren (Jiji-Press 20. 6.). **Asien:** Indonesien erhielt am 30. 3. Kredite in Höhe von 23 Mia. Yen zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten in Erdölvorkommen (Kyodo 30. 3.); mit der Pertamina wurde ein Vertrag über den Import von 58 Mia. Liter schwefelarmen Rohöls in der Zeit von 1973–83 vereinbart (Jiji-Press 8. 4. W 719). Abkommen über Projekthilfe in Höhe von 872,014 Mio. Yen wurden am 10. 4. unterzeichnet (Antara 11. 4.). Die Exporte nach Indonesien betragen 1972 616 Mio. \$ (1971 453,6, 1970 315,7 Mio.) (R. Djakarta W 726). Mitte Juni stimmte Japan zu, Indonesien noch dieses Jahr mit 50 000 t Reis zu versorgen (JAT 24. 6.). Ein Abkommen über die Lieferung von Düngemittel im Wert von 3 Mio. Yen wurde Ende Juni geschlossen (JAT 30. 6.). Eine Einigung über die gemeinsame Erschließung des strittigen Festlandssockels mit Südkorea wurde am 28. 4. erzielt (JAT 29. 4.). Anfang April wurde von der Export-Import-Bank eine Anleihe von 1,8 Mia. Yen gewährt (Aufschub 3, Laufzeit 13 Jahre, 6,25% Zins) (JAT 4. 4.). Nach Angaben Südkoreas hat Japan damit die USA von dem ersten Platz bei Auslandsinvestitionen verdrängt; die japanischen Investitionen betragen mit 262,6 Mio. \$ Ende März 57% der Gesamtinvestitionen (JAT 19. 5.). Im Hinblick auf die Koreafrage erklärte Außenminister Ohira, daß Japan sich in dieser Frage „je nach der Entwicklung“ verhalten werde (Jiji-Press 30. 5.). Die Ankündigung Südkoreas, keine Einwände gegen einen Beitritt beider Staaten in die UN zu erheben, wurde von Ohira als „realistischer und konstruktiver“ Schritt bezeichnet (Jiji-Press 23. 6.). Auf der 10. Handelskonferenz vom 14.–15. 6. in Tokyo wurde ein verbesserter Handelsaustausch vereinbart (Jiji-Press 18. 6.). Die politischen wie wirtschaftlichen Beziehungen zu Nordkorea verbessern sich weiter. Mit einer Gesamtsumme von 31,41714 Mia. \$ liegt die Exportzuwachsrate 1972 bei 18,3% (JAT 13. 4.). Die dreitägige Sitzung der Japan-Nordkorea-Gesellschaft endete am 16. 4. mit der Annahme eines Aktionsprogrammes, das eine weitere Stärkung der Beziehungen, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sowie die Auflösung der Verträge Japans mit Südkorea fordert (JAT 17. 4.). Die Ablehnung der Aufnahme Nordkoreas in die WHO wurde

von diesem heftig kritisiert (KCNA 17. 5. FE 4289). Ungeachtet dessen ging der Austausch von Delegationen weiter (FE 4324, 27). Eine Regierungsdelegation hielt sich vom 13.–21. 4. zu Sondierungsgesprächen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen in Nordvietnam auf (FAZ 16. 4.). Es wurden Gespräche über die Errichtung diplomatischer Beziehungen vereinbart, nachdem sich Hanoi daran, sowie der Unterstützung Japans beim Wiederaufbau sehr interessiert zeigte (JAT 22., 24. 4.). Ohira erklärte am 24. 4., es gäbe „keine ernsthaften Hindernisse“ für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen (Tass 24. 4.). Im Mai und Juni reisten mehrere Delegationen nach Hanoi (FE 4313, NZZ 6. 6.). Angeblich wurden dieser Delegation drei Bedingungen für die Aufnahme formeller Beziehungen genannt: die strikte Einhaltung des Pariser Vietnam-Abkommens, die Verbesserung der Haltung Japans gegenüber dem Vietnam und die Lösung der Reparationsfrage aus dem Zweiten Weltkrieg (Jiji-Press 11. 6. FAZ 12. 5.) (vgl. auch Nordvietnam). Die japanische Botschaft in der Mongolischen VR wurde am 15. 6. eröffnet. Mit Malaysia wurde Anfang April der gemeinsame Bau einer Palmölraffinerie vereinbart (JAT 20. 5.). Ein Kreditabkommen über 1,9 Mio. Yen zum Ausbau des Telefonsystems wurde mit Thailand vereinbart (Aufschub 7, rückzahlbar in 20 Jahren, 5% Zins) (JAT 6. 4.). Zum Abschluß einer viertägigen Handelskonferenz auf privater Ebene verpflichtete sich Japan zur Förderung von Gewerbe und Berufsausbildung (JAT 14. 4.). Zu einem inoffiziellen Besuch kam Singapurs Ministerpräsident Lee Kuan Yew am 7. 5. nach Japan (Kyodo 10. 5. FE 4295). Laos wurde am 17. 4. angeboten, die Hälfte der Mittel für die zweite Phase des Kraftwerkproduktes am Nam Gum Dam in Laos zu übernehmen (Jiji-Press 17. 4.). Birmas Ministerpräsident Ne Win besuchte Japan vom 18. 4.–2. 5. (JAT 19. 4.). Anfang April wurde ein Abkommen zum Export einer Erdölraffinerie im Werte von 7 Mia. Yen vereinbart (JAT 3. 4.). Aus der Republik China wird Japan 1973 mehr als 70 000 t Zement beziehen (JAT 1. 4.). Im Rahmen einer Erweiterung wird die Nissan Motor Co. ab August monatlich 1000 ihrer Wagen in Taiwan montieren lassen (JAT 25. 6.) (vgl. auch VR China). **Sozialistische Staaten:** Haupthindernis für die Beziehungen zur UdSSR ist weiterhin der Streit um die Kurilen, in dem beide Seiten unnachgiebige Positionen vertreten (NZZ 1. 4. R. Moskau 30. 3.). Die Vorgeschichte über die Zusammenarbeit der Ölfelder von Tjumen wurden weiter intensiviert (Jiji-Press 2. 4.). Problematisch gestalteten sich die Gespräche über die Fangquoten der Fischerei im Nordpazifik (R. Japan 10. 4. Kyodo 7. 4. FE 4267); sie wurden am 24. 4. abgeschlossen, Japan kann danach in der laufenden Saison 91 000 t Lachs im Nordpazifik fischen. (Japan verlangte 95,000 t, Moskau hatte 60 000 t angeboten) (R. Tokyo 25. 4.). Einigung wurde über ein Kohleabkommen erzielt, wonach Japan ab 1984 ca 10 Mio. t schwerer Koks Kohle jährlich importieren wird (JAT 24. 4.). Am 10. 5. nahm die LDP einen Sechspunkteplan über ihre Haltung zur Erschließung Westsibiriens (Tjumen) an (Kyodo 10. 5.). Die Fangquote über den Krabbenfang für 1973 liegt 53% unter der des Vorjahres, was von der UdSSR mit „verminderten Beständen“ begründet wurde (JAT 13. 5.). Nach dem Abkommen für 1973 kann Japan vom 1. 6.–30. 9. 5330 Boote zum Gewinn von Seetang in das Gebiet um die Kaigara-Inseln entsenden (JAT 19. 5.). Ohira drückte sich über die Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR ausgesprochen zufrieden aus (Tass 28. 5. W 727). 1972 wurden erstmals 1 Mia. \$ im Handelsumsatz überschritten (Tass 1. 6.). Die für Ende August vorgesehene Reise Tanakas nach Moskau wurde auf Wunsch Moskaus verschoben (Kyodo 6. 6. FE 4316 NZZ 8. 6.). Gegen das häufige Überfliegen japanischen Territoriums durch sowjetische Aufklärungsflugzeuge protestierte Japan ebenso wie gegen ein Übungsschießen, das teilweise in den Fischfanggebieten stattfand (Kyodo 16. 5. NZZ 14. 6.). Eine verstärkte sowjetische Flottenpräsenz im Indischen und Pazifischen Ozean wurde gemeldet (NCNA 24. 6.). Das sowjetische kollektive Sicherheitssystem für Asien wird von Japan abgelehnt, ohne daß eine offizielle Stellungnahme dazu erfolgte, da „nie Einzelheiten über dieses System zu erlangen“ waren (R. Tokyo 27. 6.). Am 26. 4. wurde eine dreitägige Wirtschaftskonferenz mit der DDR beendet, die eine Ausweitung des Handels beschloß und ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet wurde (ADN 23., 26. 4. W 722). Am 15. 5. wurden diplomatische Beziehungen auf Botschaftsebene mit der DDR aufgenommen (Kyodo 28. 4. FE 4283 JAT 30. 4. FAZ 15. 5.). Mit Jugoslawien wurde am 9. 4. ein Abkommen über einen Kredit zur Entwicklung des Fremdenverkehrs in Höhe von 30 Mio. \$ unterzeichnet (Laufzeit 8 Jahre) (R. Belgrad 9. 4.). Ohira traf am 30. 4. zu einem zweitägigen Besuch in Belgrad ein und traf u. a. mit Außenminister Minic zusammen (Tanjug 30. 4.). Ungarns Außenminister hielt sich vom 6.–10. 4. in Japan auf, wo er u. a. ein Kulturabkommen unter-

zeichnete (Kyodo 9. 4. FE 4274, R. Budapest 10. 4.). Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Bulgarien wurde durch die Gründung einer gemeinsamen „Koohatsu-Gesellschaft“ intensiviert, die als erstes Projekt ein Luxushotel in Sofia erstellen will (BTA 26. 4. W 722). Am 20. 6. begann eine achttägige Ausstellung landwirtschaftlicher Güter in Tokyo (Kyodo 20. 6. W 730). Europa: Durch einen „neuen diplomatischen Dialog“ will Japan seine Beziehungen zu den EG-Staaten verbessern, nachdem es von diesen wegen der steigenden Importe aus Japan kritisiert worden war (Kyodo 2. 4. W 719). Die Stationen einer Europa-Reise Ohiras waren Jugoslawien, Frankreich und Belgien. Im Mittelpunkt der Gespräche mit EG-Präsident Ortoly stand der Anteil des japanischen Exports in die EG (FAZ 30. 4. NZZ 8. 5.). Mit zwei Firmen aus der Bundesrepublik wurde Mitte Mai die Lieferung einer Fabrik für Aluminiumfensterrahmen im Werte von 4 Mia. Yen vereinbart (JAT 18. 5.). Im Hinblick auf die Wirtschaftsbeziehungen zur BRD bestehen seit dem Breshnew-Besuch in Bonn Befürchtungen, daß die diplomatische Westoffensive der UdSSR nachteilige Folgen für die japanisch-sowjetische Zusammenarbeit bei der Erschließung Sibiriens haben könne (SZ 2. 6.). Mit Frankreich werden die Wirtschaftsbeziehungen intensiviert; im April wurde das Abkommen über die freiwillige Beschränkung der Einfuhr von Elektronik-erzeugnissen um ein weiteres Jahr (mit erhöhten Kontingenten) verlängert (NZZ 12. 4.). Gespräche wurden über den Bau einer gemeinsamen Fabrik zur Anreicherung von Uran geführt (JAT 22. 4.). Japan kritisierte die Atomtests Frankreichs im Südpazifik nachdrücklich (FAZ 22. 6.). Als erster Regierungschef Italiens weilte Andreotti im April in Japan zu Gesprächen über die wirtschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen Japan, USA und EG (Jiji-Press 25. 4. NZZ 28. 4.). Mit den Niederlanden wurde ein Abkommen über die Aufnahme des Luftverkehrs über Sibirien vereinbart (Kyodo 9. 6. W 728). **Naher Osten:** Die Sorge um seine Erdölversorgung veranlaßte eine Intensivierung der Beziehungen zum Nahen Osten. Am 28. 4. trat Nakasone eine Reise an, die ihn nach Iran, Kuwait, Saudi-Arabien und Abu Dhabi führte (Jiji-Press 28. 4.). Mit dem Iran wurde am 30. 4. eine gemeinsame petrochemische Gesellschaft gegründet (Kyodo 30. 4. W 725); der Handelsvertrag wurde am 22. 6. um ein weiteres Jahr verlängert (JAT 6. 6.). Mit Saudi-Arabien wurden Verträge über direkte Öleinfuhren vereinbart, nach denen etwa 50 000 Barrels Öl pro Tag eingeführt werden sollen (JAT 12. 5. Kyodo 11. 5. FE 4294). Am 22. 5. wurde ein gemeinsames Komitee für die Förderung der Wirtschaftsbeziehungen unterzeichnet (Kyodo 22. 5. W 726). Die erste Öllieferung aus Abu Dhabi (vereinbarte Menge 1,9 Mio. hl) traf am 30. 4. in Kawasaki ein (Kyodo 26. 4. W 722). Mit Kuwait wurde am 21. 4. ein Kontrakt über den Bau eines 395 000-t-Tankers vereinbart (R. Kuwait 21. 4. W 725). Eine Zusammenarbeit französischer und japanischer Erdölgesellschaften im Irak wurde am 13. 5. in Bagdad vereinbart (ASP 29. 6.). Mit der „Union de Banque Arabe et Française“ (UBAF) folgte am 11. 5. ein Abkommen über ein gemeinsames Bankunternehmen (Kyodo 12. 5. FE 4294). (Die Berichterstattung über Korea und die Mongolische VR muß aus Platzgründen auf Heft 1/74 verschoben werden.)